

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1908**

85 (14.3.1908) Badischer Landtag. Zweite Kammer. 46. öffentliche Sitzung

# Karlsruher Zeitung.

N. 85.

Samstag, 14. März

1908.

## Badischer Landtag.

### == Zweite Kammer. ==

#### 46. öffentliche Sitzung

am Donnerstag den 12. März 1908.

#### Tagesordnung:

Anzeige neuer Eingaben. Sodann Beratung des Berichts der Budgetkommission über das Budget des Groß- Ministeriums des Innern für die Jahre 1908 und 1909, Ausgabe Titel XVI und Einnahme Titel VII (Landwirtschaft) — Druckfache Nr. 12c — Berichterstatter: Abg. Schüler,

und damit in Verbindung: Beratung des Berichts der Petitionskommission über die Anträge der Abgg. Neuwirth und Genossen

- a. die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden betr. (Druckfache Nr. 35),
- b. die Aenderung des Serbistarifs, Beilage 1 zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde (Druckfache Nr. 38) — Druckfache Nr. 35 (38) a — Berichterstatter: Abg. Neuwirth (Fortsetzung und Schluß).

Am Regierungstisch: Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Freiherr von und zu Saldern, Geh. Oberregierungsrat Rebe, der Referent für Pferdebezugangelegenheiten Graf v. Wismarck, die Oberregierungsräte Märklin und Hafner.

#### Vormittagsitzung

Präsident Fehrenbach eröffnet kurz nach 9 1/4 Uhr die Sitzung.

Es werden folgende Eingänge angezeigt:

#### 1. Petitionen

1. der Gemeinderäte Niedböhlingen, Ebnet, Buchenbach, Bubenbach, Gschweiler, Urach, Döggingen, Unadingen, Weilersbach, Langenordnach, Hausenvorwald, Dittishausen sowie der Handwerkskammer Freiburg i. B., des Gewerbevereins Löfingen und der Schwarzwälder Handelskammer Billingen um Aufhebung des Ausnahmetarifs für die Zahnradstrecke auf der Hölentalbahn;

- 2. a. des badischen Amtsregistratorenvereins,
- b. der Vorstände der Vereine badischer Lokomotivbeamter, Zugmeister, Oberschaffner, Schaffner und Wagenwärter,
- c. der zuruhegekehrten Staatsbeamten der Gehaltstarklassen D, E und F in Heilberg zur neuen Gehaltsordnung;

3. des Schukmanns a. D. und Untererhebers August Penninger in Friesenheim um Erhöhung seiner Pension oder etatmäßige Anstellung;

4. des badischen Gastwirteverbandes, die Zusammenlegung der Kirchweihen betr.;

5. der Einwohner von Sachsenflur um Errichtung eines Güterbahnhofes (übergeben vom Abg. Geisler).

Ziffer 1 wird der Budgetkommission, Ziffer 2 der Kommission für die Beamtendorlagen, Ziffer 3 und 4 der Petitionskommission, Ziffer 5 der Kommission für Eisenbahnen und Straßen überwiesen.

II. Schreiben des Präsidenten des Ministeriums des Innern mit dem Gesekentwurf, die Vereinigung der Gemeinde Stetten mit der Stadtgemeinde Brrach betr., nebst Allerhöchstem Kommissorium.

Derselbe wird der Kommission für Justiz und Verwaltung überwiesen.

Zur Tagesordnung (Fortsetzung und Schluß der allgemeinen Beratung zum Landwirtschaftsbudget und der Beratung der Anträge der Abgg. Neuwirth und Gen.) erhalten das Wort

Abg. Neuwirth (natl.): Es ist für die Landwirtschaft treibende Bevölkerung gewiß erfreulich, wie von allen Seiten des hohen Hauses für die Förderung und Hebung der Landwirtschaft eingetreten wird. Wir hören viele Ratschläge, und ich gebe zu, sie sind ja alle recht gut gemeint, nur sind die Wege, die uns vorgeschlagen werden, manchmal verschieden.

Von der höchsten Wichtigkeit ist für die Landwirtschaft, was ja schon vielfach besprochen worden ist, das Schulwesen. Ich gebe ja zu, daß unsere landwirtschaftlichen Winterschulen am wohlthätigsten wirken. Wenn so ein junger Bauernsohn von der Schule in seine Heimat zurückkehrt (diese Erfahrungen habe ich schon selbst gemacht) so wirkt er dort als Pionier, seine Unternehmungen finden Nachahmung, und dadurch wird schon Vieles erreicht. Im Verhältnis zu der großen Zahl der minderbemittelten Bauernsöhne können aber nur wenige Bemittelte die landwirtschaftliche Winterschule besuchen, daher geht es mit der Arbeit nur langsam vorwärts. Es muß aber unsere Aufgabe sein, durch die Fachschulen diejenigen Kenntnisse, die für einen jungen Landwirt unentbehrlich sind, der Jugend beizubringen, und da müssen wir Mittel und Wege finden, wie wir zu dem Ziele gelangen. Wenn im allgemeinen nur alle drei oder vier Jahre ein Bauern-

John aus dem Dorf die landwirtschaftliche Winterschule besucht, so macht das nur eine geringe Zahl aus, und wie viele Dörfer haben wir leider noch in unserem Großherzogtum, die der Sache kaum zugänglich sind! Es kann da durch Errichtung von Fachschulen vieles erreicht werden. Der Herr Abg. Hrig hat ja in der letzten Sitzung schon eine Anregung dahin gegeben, ob es nicht zweckmäßig wäre, unsere Fortbildungsschulen als Fachschulen auf dem Lande einzurichten. Ich habe schon vor zwei Jahren auf diesen Punkt hingewiesen und muß sagen, ich verspreche mir von diesem Vorgehen sehr viel. In unseren Fortbildungsschulen werden die Kinder in der gegenwärtigen Zeit in den Elementarfächern, im Briefschreiben, in Buchführung usw. unterrichtet, kurz, man sucht eben die Kenntnisse, welche die Schüler in der Volksschule sich erworben haben, in diesen Fortbildungsschulen zu erhalten und zu erweitern. Wie wäre es nun, wenn wir diese Fortbildungsschulen mit dem Fachunterricht für Landwirtschaft verbinden würden, wo wir das Notwendigste, was für die Landwirtschaft erforderlich ist, lehren würden, beispielsweise durch Unterricht auf dem Gebiete der Düngerlehre, dann durch Unterricht über Kraftfutter, die Zusammensetzung der Stoffe, über Milchwirtschaft usw.? Ich stelle da meine Anforderungen gewiß nicht zu hoch, aber es ist in der gegenwärtigen Zeit eine absolute Notwendigkeit, daß unsere Jugend mit diesen Fächern vertraut gemacht wird. Ich kann in dieser Beziehung nur darauf hinweisen, wie oft auf die widerwärtigste Art Geld hinausgeworfen wird, namentlich in bezug auf die Zusammensetzung von Kraftfutter. Es wird manchmal einseitig gefüttert, es wird auch einseitig gebügel, und zwar aus dem einfachen Grunde, weil der Bauer keine Kenntnisse darüber hat, was die Pflanze zu ihrer Ernährung nötig hat. Wir haben ja beispielsweise mit der Errichtung unserer gewerblichen Fortbildungsschulen auf dem Lande wirklich gute Erfahrungen gemacht, und ich weiß aus meiner eigenen Erfahrung, daß diese Einrichtung für die kleinsten Gemeinden, wo Gewerbebetrieb, wo Industrie vorhanden ist, von wohlthätiger Wirkung ist. Die Jugend hat auch Lust und Liebe zu allen den Fächern, die dort in diesen Schulen getrieben werden, der Unterricht schlägt in ihr Fach, er regt an. Wir haben schon glänzende Resultate erzielt, indem wir unsere gewerbliche Jugend entsprechend ausgebildet und sie in den Stand gesetzt haben, selbständig Kostenanschläge anzufertigen. Es ist ja auch ein gutes Mittel zu einer Besserung des Submissionswesens, wenn die Leute rechnen gelernt haben. Ich möchte also den Vorschlag machen, daß wir unsere Fortbildungsschulen als Fachschulen einrichten, und, wie gesagt, ich stelle damit keine allzu hohen Anforderungen, es ist auch eine absolute Notwendigkeit. Ich weiß wohl, daß es im Anfang Schwierigkeiten gibt, man hat eben keine Lehrkräfte, aber bei gutem Willen wird es möglich sein, diejenigen Kräfte heranzubilden, um die Fortbildungsschulen als Fachschulen zum Vorteil der Landwirtschaft einrichten zu können.

Ich kann Sie in dieser Beziehung nur auf die Kochkurse hinweisen, die man in den letzten Jahren auf dem platten Lande eingeführt hat. Die fortbildungsschulpflichtigen Mädchen besuchen diese Kurse anstatt der Fortbildungsschule, und es ist wirklich erfreulich, zu sehen, mit welcher Lust und Liebe sie hier arbeiten; ich verspreche mir von dieser Einrichtung sehr viel.

Die von den Kreisen eingerichteten Haushaltungsschulen sind ebenfalls von der wohlthätigsten Wirkung. Auch hier kann ich aus einer eigenen Erfahrung sprechen; wir haben in meiner Gemeinde seit 24 Jahren eine solche Anstalt und haben über 1000 Schülerinnen mit bestem Erfolge ausgebildet. Es ist besonders erfreulich, bei den Prüfungen zu sehen, mit welchem Fleiß sich die Mädchen

den Aufgaben widmen. Die Bauersfrau, von der in unserer landwirtschaftlichen Debatte kaum die Rede gewesen ist, ist auch ein wichtiger Faktor in unseren landwirtschaftlichen Betrieben, denn die Zeiten sind vorüber, wo sie ihre häuslichen Geschäfte den Diensthöfen überließ. Sie muß heute selbständig walten und in der Arbeit vorangehen. Wie schlimm sieht es in einem Hauswesen heutzutage aus, wenn die Hausfrau nicht selbständig zu walten versteht! Da brennt das Haus inwendig, und das ist schlimmer als außen, wie ein Sprichwort sagt. Und ein anderes Sprichwort sagt: es kann eine Frau, die nicht zu walten versteht, in der Schürze hinaustragen, was ein Bauer mit vier Pferden nicht hereinzuführen vermag; auch das ist tatsächlich richtig. Man kann auch daraus den Nutzen der Fachschulen ersehen.

Von dem landwirtschaftlichen Unterricht in unseren Garnisonen verspreche ich mir nicht besonders viel, denn der Dienst nimmt den Rekruten in der gegenwärtigen Zeit vom Morgen bis in die tiefste Nacht in Anspruch, und die Rekruten werden deshalb kaum Zeit finden, sich diesem Unterricht zu widmen, im Gegenteil, sie werden froh sein, wenn sie noch etwas freie Zeit für sich haben.

Bezüglich der Handhabung der Farrenhaltung hätte ich auch noch Vorschläge zu machen, denn dort liegt noch sehr viel im Argen. Was nützt uns das gute Material, das man ankauft, wenn die Tiere schlecht gehalten und schlecht gefüttert werden? Da geht dann das beste Material zurück und entspricht nicht mehr den Anforderungen. Man müßte hier schärfer vorgehen und so für eine Verbesserung der Farrenhaltung eintreten. Die Farrenhaltungen werden ja größtenteils noch an Private vergeben, und die Leute, die sie übernehmen, wollen natürlich Geld dabei verdienen, was man ihnen nicht verdenken kann, und dadurch leidet die Farrenhaltung. In kleineren Dörfern ist dann noch der Mißstand damit verbunden, daß der Gemeinderat oft nicht mit der nötigen Schärfe den Farrenhaltern gegenüber auftritt, mit der er wohl vorgehen sollte. Es besteht eben auch da oft eine Vetterleswirtschaft, die man nicht aus der Welt schaffen kann. Mein Vorschlag geht dahin, daß man die Protokolle der Farrenschaukommission über die Befunde der Farren in den einzelnen Gemeinden im Amtsblatt veröffentlicht. Es könnte dadurch erreicht werden, daß eine Gemeinde, die rückständig ist, sieht, was sie zu tun hat; es wäre ein Ansporn für sie, hier schneidiger vorzugehen, als das bisher der Fall war.

Bezüglich der Einrichtung der Geflügelzuchtanstalt möchte ich mir auch einen Vorschlag erlauben; er geht dahin, daß in meiner eigenen Gemarkung ein sehr zweckmäßiger Platz dafür vorhanden wäre. Die Errichtung dort hätte den großen Vorteil, daß der Unterricht mit dem in meiner Haushaltungsschule, die mit 22 Schülern die stärkste bejuchteste in unserem Lande ist, verbunden werden könnte, wodurch nur Zweckmäßiges erreicht werden kann.

Die Pferdezuucht ist im Hohen Hause schon vielseitig besprochen worden. Ich möchte nur kurz darauf hinweisen, daß gerade der Fohlenmarkt, der vor wenigen Tagen in Sinsheim stattgefunden hat, uns gezeigt hat, daß wir in unserem badischen Unterlande mit der Züchtung der Belgieraffen auf dem richtigen Weg sind. Es hat dort ein sehr bedeutender Umsatz an Pferden stattgefunden, es wurden Fohlen schon von 14 und 15 Wochen ab mit 300 bis 400 Mark bezahlt. Also ein sehr begehrtes Material und ein Beweis, daß die Pferdezuucht mit diesem Material bei uns prosperiert.

Die Viehzucht will ich übergehen; sie ist ja so eingehend behandelt, daß ich keine neuen Gesichtspunkte mehr beizubringen vermag; ebenso den Ackerbau.

Die Ziegenzucht ist auch besprochen worden. Ich will auch hier nur mit wenigen Worten erwähnen, daß im badischen Unterland die badischen Ziegenzuchtvereine vorzüglich geleistet haben. Die Ziegenzuchtvereine in Zuzenhausen, Hossenheim und Sinsheim sind die ältesten in unserem Lande. Sie haben bedeutende Märkte, bedeutenden Umsatz nach allen Himmelsrichtungen. Auch der Kreis ist jeweils bei der Hand, solche Vereine finanziell zu unterstützen.

Und nun noch ein Wort zu unserem Landesgartenbauverein. Ich habe schon vor 2 Jahren darauf hingewiesen, daß unser Landesgartenbauverein in den letzten Jahren finanziell stiefmütterlich behandelt worden ist. Der Gartenbauverein ist in gegenwärtiger Zeit ein wichtiges Gebiet. Die Herren Abgg. Kolb, Neck und verschiedene andere Kollegen haben schon darauf hingewiesen, wie gerade der Gemüsebau in gegenwärtiger Zeit sich ausbreitet, wie ganze Gemarkungen, namentlich in der Pfalz, in den Orten, die in der Nähe von Städten liegen, mit Gemüse angepflanzt werden. Wir müssen auch diesem Gebiete unsere vollste Aufmerksamkeit zuwenden. Der Landesgartenbauverein befaßt sich ferner mit Obstbau, mit dem Bau von Spalierobst und mit Blumenzucht. Die Gartenbauvereine sind Vereine, die wir auch unterstützen müssen und die mit der Landwirtschaft eng verbunden sind. In früheren Jahren hatte dieser Verein bessere finanzielle Unterstützungen erhalten als in gegenwärtiger Zeit. Früher wurde dem Verein im Budget eine gewisse Summe zugewiesen. Heute finden wir im Budget auf Seite 132 unter § 39 einen Sammelbetrag von 64 000 Mark „für verschiedene Zweige des landwirtschaftlichen Betriebs“, und aus dieser Summe wird auch der Landesgartenbauverein unterstützt. Ich muß aber sagen, er kommt jedes Jahr mit seiner Unterstützung zu kurz. Es wird ihm die Summe, die er zu seinem Fortkommen nötig hat, nicht mehr zugewiesen, und infolgedessen ist der Verein finanziell nicht mehr so leistungsfähig, wie das früher der Fall war. Im Jahre 1888 zählte der Verein 722 Mitglieder, heute zählt er 3700 Mitglieder. Also eine sehr bedeutende Zunahme. Vom Jahre 1892 bis 1901 wurden dem Verein jeweils 1500 M. zugewiesen. Ich betone besonders: Wenn ein Verein, wie der Landesgartenbauverein seine Finanzen in Ordnung halten will, so muß er einen Voranschlag aufstellen, er muß ihn voraus schon wissen, über welche Summen er zu verfügen hat, wenn er richtig wirtschaften will, und er kann dann auch seine Arbeiten darnach einrichten. Im Jahre 1902 erhielt der Verein bei über 3000 Mitgliedern 700 M. Unterstützung, im Jahre 1903 erhielt er garnichts, im Jahre 1904 ebenfalls nichts, im Jahre 1905 eine Summe von 300 Mark, im Jahre 1906 eine solche von 800 M. und im Jahre 1907, also im letzten Jahre, eine solche von 1000 M. In Anbetracht der hochwichtigen Sache möchte ich doch sagen, daß diese Unterstützung den Leistungen des Landesgartenbauvereins tatsächlich nicht entspricht. Man kann nach meiner Ansicht mit Fug und Recht verlangen, daß auch hier die Regierung offene Hände hat und den Beitrag in Berücksichtigung der Mitgliederzahl mit mindestens 2000 M. im Budget für der Weise einstellt, daß der Verein auch im voraus weiß, über welche Mittel er zu verfügen hat. Ich möchte deshalb die Großh. Regierung dringend bitten, meiner Anregung Folge zu geben und dafür zu sorgen, daß dem Landesgartenbauverein diese Mittel zugewiesen werden. Das Ausblühen des Vereins verdanken wir besonders dem tüchtigen, bewährten Vorstand, Herrn Hofgarteninspektor Gräbener, der in unermüdblicher Tätigkeit dahin wirkt, daß der Verein sich an Mitgliederzahl vermehrt und sich namentlich auch auf dem platten Lande einführt. Wir sind diesem Herrn zu Dank verpflichtet, und ich möchte

nur bitten, daß die Regierung den Dank in der Weise zum Ausdruck bringt, daß meiner Anregung, wonach dem Verein für die Zukunft jährlich 2000 M. zugewiesen werden sollen, Folge geleistet wird.

Ich bin hocherfreut über die günstige Aufnahme, die unsere Anträge auf allen Seiten dieses Hauses wegen der Flurschadensabschätzung und der Erhöhung des Servistarsifs gefunden haben. Auch die Erklärung des Herrn Ministers hat mich in jeder Weise befriedigt, und ich kann wohl sagen, daß diese Erklärung auch draußen auf dem Lande den besten Eindruck gemacht hat. Die Ausführungen des Herrn Wittemann hat ja mein Freund Sänger neuerlich schon richtiggestellt. Herr Wittemann hat nämlich in der vorletzten Sitzung gesagt, daß diese Anträge von der Landwirtschaftskammer unserer Kammer zugewiesen worden seien. Das ist tatsächlich nicht richtig. Unsere Anträge sind zwei Monate früher dem Hohen Hause überreicht worden als die der Landwirtschaftskammer.

Die im allgemeinen ruhig und sachlich geführte Debatte zeigt uns, daß wir alle bestrebt sind, unsere Landwirtschaft treibende Bevölkerung zur Selbständigkeit heranzuziehen, und ich kann sagen, wir wollen keine Bauern, die müßig die Hände in den Schoß legen und sich auf Staatshilfe verlassen. Im Gegenteil, wir wollen sie unseren Anregungen zugänglich machen; sie sollen Umschau halten in ihren Betrieben, wo noch zu verbessern ist und wo der Betrieb noch rentabler zu gestalten ist (Beifall bei den Nationalliberalen).

Abg. Gierich (konf.): Aus dem landwirtschaftlichen Budget des Ministeriums des Innern können wir auch dieses Jahr wieder ersehen, daß die Großh. Regierung allen Zweigen der Landwirtschaft ihre Aufmerksamkeit zuwendet und allenthalben bestrebt ist, die dazu nötigen Mittel zur Verfügung zu stellen. Es ist ja über alles schon sehr viel gesprochen worden, so daß es kaum noch möglich ist, Neues dazuzutun.

Ein neuer Posten erscheint in dem Titel XVI. Es ist das der Betrag von 20 000 Mark für Errichtung einer Saat- und Zuchtanstalt. Die Errichtung einer Saat- und Zuchtanstalt wurde auf dem vorigen Landtag auch schon von mir als sehr wünschenswert empfohlen, und es ist nun sehr erfreulich, daß mit deren Einrichtung begonnen werden soll. Der Getreidebau und die Landwirtschaft gehören zusammen, und es ist auch so trotz der gegenteiligen Behauptung unseres Kollegen Kolb. Die Landwirte wissen das auch am allerbesten. In den letzten Jahren wird erheblich mehr Getreide zum Verkauf gebracht, als das früher der Fall war. Das ist auf verschiedene Umstände zurückzuführen, auf erweiterten Anbau, auf bessere Düngung und auf bessere Verkehrsgelegenheit bei günstigen Preisen.

Dabei muß der Tatsache Erwähnung getan werden, daß der Anbau einer Getreideart, die früher sozusagen eine Spezialität des bad. Unterlandes aber auch der Seegegend und des Schwarzwaldes bildete, immer mehr zurück geht, nämlich der des Spelzes oder Dinkels. Es ist das umso mehr zu bedauern, weil das Schälen oder Abgroben des Spelzes hauptsächlich eine Beschäftigung der sogenannten Kundenmühlen war, die sich damit einen nicht zu verachtenden Nebenverdienst erwarben. In manchen Gegenden ist der Rückgang der kleineren Kundenmühlen direkt auf den Rückgang des Spelzbaues mit zurückzuführen. Es ist noch ein anderer Grund, weshalb der Rückgang des Spelzbaues bedauerlich ist. Man macht mehr und mehr die Erfahrung, daß unser inländisches Getreide wenn es im Spätjahre eingebracht worden ist, auch halb zum Verkauf kommt. Es war das früher anders. Früher, als noch mit Flegeln gedroschen wurde, erfolgte die Zufuhr zum Markte nach und nach, weil nicht so viel auf einmal zum Markte gebracht werden konnte. Jetzt ar-

beiten die Dreschmaschinen allenthalben, und der jetzt stattfindende Zusammenbruch größerer Mengen im Spätjahr zum Verkauf drückt ja natürlich die Preise. Mithin hat der Preis ausgleichende Wirkung des Spelzbaues — die insbesondere darin bestand, daß längere Zeit inländische Ware zu haben war — aufgehört, und jetzt treten Momente ein, in denen die Mühlen fast ausschließlich auf ausländische Frucht angewiesen sind. Woher das kommt, ist, wie ich bereits gesagt habe, schwer zu ergründen, und ich könnte, auch wenn die Groß. Regierung mich fragen würde, keinen Aufschluß darüber geben, ebensowenig einen Rat erteilen, wie man diesem Zustande vorbeugen soll. Der Ausfall des Spelzbaues wird indes durch vermehrten Anbau anderer Halmfrüchte mehr als aufgewogen. Dank unserer jetzigen nationalen Wirtschaftspolitik finden alle Getreidesorten guten Abgang bei lohnenden Preisen, daher beschränkt sich der Landwirt nicht mehr darauf, nur soviel Halmfrüchte zu bauen, als er für seine eigene Wirtschaft braucht, er pflanzt mehr, um auch etwas verkaufen zu können, und das ist in den meisten Fällen vorteilhafter als der Bau von Handelsgewächsen, des sicheren Ertrages und leichteren Abfahes wegen, und weil ein Teil des Ertrags, das Stroh, seinem Viehstand und seinem Acker nieder zu gute kommt.

Auf die Saatzuchtanstalt zurückkommend, so hoffe ich, daß dieselbe, wenn mit Verständnis eingerichtet und betrieben, sich als eine Wohlthat für die Landwirtschaft erweisen wird; der Aufgaben, die sie zu erfüllen hat, sind viele. Es werden Versuche zu machen sein hinsichtlich der Sortenwahl nach Ertrag und Qualität, nach Winterbeständigkeit und Lagerfestigkeit bei Getreide, im allgemeinen über den Einfluß der verschiedenen Düngerarten auf Qualität und Quantität. Den Landwirten ist der Nutzen einer gründlichen Saatreinigung und der Vorteil öfterer Saaterneuerung vorzuführen.

Es wird sodann Aufgabe der Saatzuchtanstalt sein, die für die verschiedenen Landesgegenden nach Klima und Bodenbeschaffenheit geeigneten Sorten ausfindig zu machen und sie bei zuverlässigen Landwirten ausprobieren zu lassen. Auch dürfte Anleitung gegeben werden über den Wert der Reibensaart — Drillsaat — mit späterer Behandlung, wodurch die Erträge ungemein gesteigert werden sollen. Ich denke mir, es dürfte eine dankbare Aufgabe der Landwirtschaftskammer sein, sich für die Einrichtung und den Betrieb einer solchen Anstalt zu interessieren und für ihre Weiterentwicklung zu sorgen. Der Erfolg wird dann nicht ausbleiben.

Der Ansicht des Kollegen Kolb, der Getreidebau rentiere bei uns nicht, gegenüber der extensiven Volkswirtschaft Amerikas produzierten wir zu teuer und unsere Bauern sollen sich mehr dem Bau von Handelsgewächsen und dem Gemüsebau zuwenden, muß ich widersprechen. Grau, Herr Kolb, ist alle Theorie. Wie soll eine Viehzucht bestehen ohne Getreidebau, und wie soll die Milchproduktion, die Sie ja auch empfehlen zu fördern, ohne Getreidebau und Viehzucht gehoben werden? Dann, in welcher schwierigen Lage könnte Deutschland kommen, wenn im Falle eines Krieges die ausländischen Getreidezufuhren abgeschnitten würden und wir keine eigenen Vorräte auf unseren Speichern hätten? Deutschland ist sozusagen ein Binnenland, und ein solcher Fall liegt doch nicht außer der Möglichkeit. Nein, der Getreidebau ist von eminent nationalem Interesse, und es ist ganz in Ordnung, wenn seitens der Regierungen alles getan wird, um ihn zu erhalten und zu fördern.

Auch die Ansicht, daß unsere Kleinbauern kein Getreide zu verkaufen haben, und daß deshalb der Getreidezoll keinen Wert für sie habe, ist unzutreffend. Wenn es so wäre, möchte ich wissen, woher die großen Quantitäten

inländischen Getreides, die in diesem Spätjahr zum Verkauf gebracht wurden, gekommen sind, angesichts des Umstandes, daß es bei uns in Baden Großgrundbesitz, mit Ausnahme des eines industriellen Betriebes, nicht gibt! Wie groß die Mengen verkauften inländischen Getreides sein mögen, können Sie daraus ermessen, daß ein einziger Händler, der keinen Anspruch darauf erhebt, als „groß“ bezeichnet zu werden, wie er mir freundlich mitteilte, seit 15. Juli d. J., also seit der letzten Ernte, in sämtlichen inländischen Getreidesorten den Verkauf von 17 300 Doppelzentner, mithin 173 Waggons zu 100 Doppelzentner, vermittelte, und dieses Getreide stammte vorwiegend aus Mittelbaden. Dabei ist aus dem gleichen Gebiet wohl noch eine mehrfache größere Menge auch durch andere Hände gegangen oder zwischen Produzent und Konsument direkt zum Abschluß gekommen.

Ich glaube, wenn der von mir hoch geschätzte Herr Dr. Hecht sein Buch heute noch einmal zu schreiben hätte, würde er zu anderen Folgerungen kommen. Die Verhältnisse haben sich eben inzwischen geändert. Die Statistik der letzten Jahre beweist dies auch. Zum Beweise dafür will ich einige Zahlen anführen. Das Statistische Jahrbuch umfaßt ja nur die Jahre bis 1905. Im Jahre 1905 wurde nun aber an Winterweizen mehr angebaut gegenüber dem Jahre 1896 1570 ha mit einem Mehrergebnis von 153 790 Doppelzentner; an Winterroggen mehr 4700 ha mit einem Mehrergebnis von 234 460 Doppelzentner; an Hafer mehr 2810 ha mit einem Mehrergebnis von 116 440 Doppelzentner. Die einzige Fruchtart, die zurückging, ist, wie ich vorhin schon bemerkte, der Spelz; die anderen Sorten haben den Vorteil davon gehabt. Aber auch das Ertragnis pro Hektar hat sich gesteigert. Während früher als Durchschnittsertragnis erzielt wurde 12,25 Doppelzentner pro ha für Roggen, 13,00 Doppelzentner pro ha für Spelz, 12,25 Doppelzentner pro ha für Weizen, 14,21 Doppelzentner pro ha für Gerste, 13,42 Doppelzentner pro ha für Hafer, wird im Jahre 1905 von sämtlichen Sorten pro ha ein besseres Resultat erzielt. Ich glaube nicht fehlzugehen, wenn ich annehme, daß im Jahre 1906 und im Jahre 1907 auch viele Verhältnisse sich noch besser gestaltet haben werden; ich habe, soweit ich Gelegenheit hatte, es kennen zu lernen, diesen Eindruck. Es wird auch der Hafer, der nach der Statistik im Ertragnis etwas zurückgeblieben ist, wohl im Laufe des letzten Jahres wieder eingeholt haben, was er früher zurückgeblieben ist.

Es ist sodann von den landwirtschaftlichen Konsumenten und Bauernvereinen die Rede gewesen, deren Förderung die Groß. Regierung sich ja auch angelegen sein läßt. Ich verkenne durchaus nicht den Vorteil des Zusammenschlusses der Landwirte zu gemeinschaftlichem Einkauf und Verkauf und stehe mit mehreren Vereinen in freundschaftlichem Verkehr. Vielfältig wird aber von anderen Geschäftsleuten geklagt, daß diese Vereine sich durchaus nicht die Beschränkung auferlegen, die ihnen durch ihren Namen und die Steuerfreiheit vorgeschrieben ist, sondern daß oft das Bestreben obwaltet, einen möglichst großen Umsatz zu erzielen, und man deshalb beim Verkauf sich nicht auf seine Mitglieder beschränkt, auch im Vertrieb auf Dinge verfällt, die mit „Landwirtschaft“ kaum in Verbindung gebracht werden können. So wird mir mitgeteilt, ein solcher „landwirtschaftlicher Konsumverein“ habe u. a. Bismarckerunge und Schiefertafeln zum Verkauf kommen lassen. Durch solches Geschäftsgebahren werden doch andere Geschäftsleute am Platz in ihrem Erwerb sehr geschädigt. Von den Vertretern der Weinbaubezirke haben wir dieser Tage übereinstimmende Klagen über die Not der Weinbauern und den schwierigen Abfah ihres Produktes gehört. Man sollte meinen, diese Not-

lage müßte auch in die Gegenden gedrungen sein, in welchen der Weinbau nicht heimisch ist und habe dort ein Gefühl der Teilnahme geweckt. Aber statt dessen gibt es Vereine, die glauben, sich ein Verdienst zu erwerben, wenn sie ihre Mitglieder auf die Vorteile des Bezugs von italienischen Weintrauben aufmerksam machen und und ihnen den Bezug vermitteln. Wenn die Vereine im Herbst badischen Wein bezögen und ihn gerade so streckten wie den italienischen, dann käme er auch nicht teurer als dieser. Das sind Geschäfte, die in den Rahmen landwirtschaftlicher Verbrauchvereine nicht mehr passen, und ich glaube, die Leitung der Verbände, deren Spitze ja diesem Hohen Hause angehören, dürfen alle Veranlassung haben, Vereinsvorstände oder auch Vereinsbeamte mit solch ausgeprägtem Geschäftssinn auf die ihnen gesetzten Schranken aufmerksam zu machen.

Noch einige Worte über den Obstbau. Der Obstbau in unserem Lande hat in den letzten Jahren, wie man wohl sagen kann, einen geradezu merkwürdigen Fortschritt gemacht. Wo man hingeht, findet man junge Anpflanzungen, und man findet auch überall mehr Verständnis für den Obstbau, als das in früheren Jahren der Fall war. Trotzdem bedarf aber auch jetzt noch der Obstbau einer gründlichen und verständnisvollen Pflege; das kann nur derjenige ermessen, der sich damit beschäftigt. Denn wie vielem ist so ein junger Obstbaum nicht ausgesetzt; da kommt die Blutraus an ihn, es kommen andere Schädlinge an ihn; es kommen auch die Hufen im Winter, und es kommen die Fuhrwerke, die den Baum beschädigen; auf alles das ist zu achten, gegen alle diese Gefahren ist Vorkehrung zu treffen. Wir werden wohl im allgemeinen noch lange Zeit brauchen, bis wir so weit sind wie die Herren in der Bühler Gegend, wo wirklich Ausdauer und System im Obstbau ist, wo auch der Vertrieb gefördert wird, und wo die Herren zum Vorteil des ganzen Bezirkes ihre Erfolge erringen haben. Aber daß diese Vorteile auch anderen Landesgegenden zuteil werden, das soll mit auch eine Aufgabe der Gr. Regierung sein; sie möge darauf achten, daß in Gegenden, die für die Anpflanzung von Obstbäumen sich besonders geeignet erweisen haben, eine sachgemäße Pflege und Belehrung eintritt. Unter diesen Bezirken ist ja derjenige von Mosbach bekannt, er gehört zu jenen, die in dieser Beziehung jetzt schon viel tun; es sollte in der Hinsicht aber noch viel mehr Verständnis erweckt und noch mehr getan werden. Ich möchte daher die Bitte meines Kollegen Vanschaach unterstützen, daß der für das Unterland vorgeordnete Obstbaulehrer nach Mosbach kommt, daß aber auch eine andere, mit Fruchtbäumen reich gesegnete Gegend, der Seekreis, in gleicher Weise mit einem Obstbaulehrer bedacht wird (Beifall).

Herr Oberregierungsrat Rebe: In der Dienstags-Sitzung hat der Herr Abg. Leiser das Getreidelagerhaus in Rosenbergl zur Sprache gebracht und daran den Wunsch nach einer beschleunigten Auszahlung der für dieses Unternehmen zugesagten Staatsbeiträge geknüpft. Wenn ich den Herrn Abg. Leiser richtig verstanden habe, meinte er damit nicht den vom Großh. Ministerium des Innern bewilligten Staatsbeitrag — der ja ausweislich unserer Akten bereits vollständig zur Auszahlung gelangt ist —, sondern einen von der Generaldirektion der Bad. Staatseisenbahnen zugesagten Beitrag (Abg. Leiser: Jawohl), eine Zusage, die sich auf eine Ersatzleistung für Erdarbeiten bezieht (Abg. Leiser: Ja). Wenn das also zutrifft, so möchte ich den Herrn Abg. Leiser darauf aufmerksam machen, daß er hiewegen sich an die Generaldirektion der Staatseisenbahnen oder an das Eisenbahnministerium zu wenden

hätte; auf die Auszahlung dieses Beitrags haben wir keinerlei Einwirkung.

Der Herr Abg. Weißhaupt hat der Erwartung Ausdruck gegeben, es möchte die zu erbauende Saatzuchtsanstalt auch für die von der Anstalt entfernter liegenden Landesteile möglichst nutzbar gemacht werden, und der Herr Abg. Gierich hat sich heute eingehend über die nach seiner Ansicht einer derartigen Anstalt obliegenden Aufgaben verbreitet. Ich möchte nun kurz anführen, wie sich die Großh. Regierung die Ausführung dieses Unternehmens denkt. Hiernach soll die Anstalt einerseits im Anstaltsgelände, also in dem ihr zugeteilten Versuchsfelde, züchterische Versuche vornehmen, andererseits aber auch in verschiedenen Landesteilen vergleichende Anbauversuche zur Prüfung fremder und einheimischer Sorten einleiten. Dann soll auf die Bildung von Saatzuchtsanstalten und von Saatzuchtsanstellungen hingewirkt werden. Saatzuchtsanstalten wären Betriebe, in welchen Versuche vorgenommen werden, und Saatzuchtsanstellungen Betriebe, in welchen bewährte, örtlich passende Sorten zur Abgabe an Landwirte angebaut werden, und zwar sollen beide Arten von Betrieben unter Kontrolle der Anstalt selber stehen. Bei der Bildung und Tätigkeit der Saatzuchtsanstalten könnte auch eine Mitwirkung der Landwirtschaftskammer in Frage kommen, die ja jetzt diesen Gegenstand auch in ihren Aufgabekreis aufgenommen hat. Die Anstalt soll sich dann fernerhin mit der Abhaltung von Kursen über Züchtung, über Sortenkunde, über die Zubereitung des Saatgutes und ähnliches befassen, und endlich soll zu ihren Aufgaben noch die Beratung der Landwirte in allen züchterischen Fragen, in der Sortenwahl und bei der Beschaffung des Saatgutes, gehören. Auf diese Weise wird es möglich sein, die Saatzuchtsanstalt für unsere gesamte Landwirtschaft dienstbar zu machen und dabei auch auf die Bedürfnisse der einzelnen Landesgegenden Rücksicht zu nehmen. Mit bezug auf eine Bemerkung des Herrn Abg. Gierich möchte ich hinzufügen, daß namentlich auch die züchterische Verarbeitung des Spelzes von der Saatzuchtsanstalt in die Hand genommen werden wird.

In der letzten Sitzung hat der Herr Abg. Jhrig erklärt, er habe in dem letzten Landtage eine Vorlage wegen Hagelversicherung vermisst. Der Herr Abgeordnete befindet sich aber im Irrtum, denn es ist dem letzten Landtage eine Vorlage wegen Hagelversicherung in der Tat gemacht worden. Sie ist aber nicht mehr zur Beratung gelangt. Es soll aber nun auch diesem Landtage eine Vorlage gemacht werden, welche den Zweck hat, unsern staatlichen Hagelversicherungsfonds, der durch eine Reihe von unglücklichen Jahren auf einen geringen Bestand herabgemindert worden ist, wieder in einen leistungsfähigen Zustand zu versetzen.

Es hat dann heute der Herr Abg. Neuwirth auf gewisse Mängel der Farrenhaltung aufmerksam gemacht und den Vorschlag gemacht, es sollten künftig die Protokolle der Farrenschaukommissionen in den amtlichen Verkündigungsblättern veröffentlicht werden. Wir werden dieser Anregung näher treten. Ich glaube nicht, daß ihr erhebliche Bedenken im Wege stehen.

Der Herr Abgeordnete ist dann noch auf die Gartenbauvereine, insbesondere auf den Landesgartenbauverein zu sprechen gekommen und hat eine im vorigen Landtage schon vorgebrachte Klage wiederholt, als ob die Regierung diese Vereine oder diesen Verband stiefmütterlich behandle. Ich habe schon auf dem letzten Landtage Anlaß genommen, Verwahrung hiergegen einzulegen, und ich möchte es auch heute wieder tun und zugleich geltend machen, daß die Großh. Regierung die Bestrebungen dieser Vereine oder dieses Verbandes durchaus anerkennt, und daß sie auch bereit ist und immer bereit war, diese Bestrebungen durch geld-

liche Beihilfen zu fördern. Gerade in den beiden letzten Jahren wurde allen Wünschen des Gartenbauvereinsverbandes, die an uns gelangt sind, entsprochen, und ich glaube, eine Erkundigung bei dem Vorstande dieses Verbandes müßte dieses bestätigen. Der Herr Abg. Neuwirth hat ja selbst angegeben, daß der Verband in den Jahren 1906 und 1907 Beihilfen von 800 bzw. 1000 M. erhalten habe. Das sind doch jedenfalls ganz erhebliche Beihilfen. Dem Verbands eine bestimmte jährliche Summe auszuwerfen, wie angeregt wurde, ist nicht möglich. Wir tun das gegenüber keinem einzigen Verein, sondern wir geben allen Vereinen nur zu bestimmten Vereinszwecken von Fall zu Fall Beihilfen.

Abg. Gilbert (natl.): Die Großh. Regierung hat auch dieses Jahr zur Förderung der Landwirtschaft bedeutende Beträge ins Budget eingestellt, wofür ich ihr Anerkennung und Dank ausspreche. Es haben sich im Laufe der Debatte einige Herren dahin geäußert, die Regierung habe dieses Mal dem Gewerbe etwas mehr getan als der Landwirtschaft. Das hat mich eigenartig berührt. Die Regierung wie wir Abgeordneten sind doch nicht allein für die Landwirtschaft, sondern wir sind auch für das Gewerbe da. Das Gewerbe, die Industrie und die Landwirtschaft hängen sehr eng miteinander zusammen, und wenn es dem Gewerbe, wenn es den Arbeitern, der Industrie gut geht, geht es uns Landwirten auch gut.

Was nun im einzelnen zunächst die P f e r d z u c h t anlangt, so hat der erste Redner in dieser Debatte, Herr Abg. Müller, schon davon gesprochen, wie die Pferde zucht, d. h. die Kaltblutzucht, im Unterlande in Blüte stehe. Dem kann auch ich zustimmen. Es hat sich das besonders auf der Ausstellung in München und auch auf der Jubiläumsausstellung in Karlsruhe vor zwei Jahren gezeigt.

Was die Halbblutzucht betrifft, so kann ich da meine Befriedigung nicht aussprechen. Die Halbblutzucht ist bei uns im Oberlande in den letzten 15—20 Jahren sehr stark zurückgegangen. Auch der Herr Abg. Müller und der Herr Referent haben das zugegeben und den Grund darin gesucht, daß im Jahre 1869 und 1870 außerordentliche Remontierungen vorgenommen worden seien. Auf so weit zurückliegende Umstände möchte ich aber den Rückgang doch nicht zurückführen. Ueberdies erscheint es mir unmöglich, daß eine so geringe Zahl, wie sie damals remontiert worden ist, einen derartig großen Einfluß auf die Pferde zucht haben kann. Im Jahre 1869 betrug die Zahl der Pferde im Oberlande, d. h. in den oberen sechs Amtsbezirken, 9000 Stück; im Jahre 1870, nach der Remontierung, hatte die Zahl um nur 700 Stück abgenommen. Das kann also der Grund nicht sein, weshalb unsere Zucht so zurückgegangen ist.

Ich möchte vielmehr den Grund irgendwo anders suchen, nämlich in der Hengsthaltung. Es wird schon länger über zu geringe und zu junge Hengste geklagt. Schon jahrelang erhalten wir immer etwas mangelhaftes Hengstmaterial. Auch die Hengsthalter beklagen sich, daß, wenn sie hierher nach Karlsruhe kommen, vielfältig keine Auswahl da sei; sie müssen oft drei- bis viermal den Weg hierher machen und bekommen dann erst nicht das gewünschte Material. Meines Erachtens werden die Hengste auch zu jung angekauft. Mit zwei Jahren kann man ein Pferd absolut noch nicht schätzen, oft nicht einmal mit vier Jahren. Ich war kürzlich im Hengstfall, und ich muß sagen, wenn ich einen Hengst hätte kaufen müssen, wäre es mir gegangen wie den Hengsthältern, ich wäre auch wieder unverrichteter Dinge abgezogen. Das Material, wie es dort steht, ist wahrhaft nicht lobenswert. Es sind drei dreijährige Oldenburger Hengste da, die ja, das an-

erkenne ich, richtige Hengste sind. Aber man hat mit Oldenburger Stutenfohlen bei uns schon Versuche gemacht, die nicht gut ausfielen. Ich habe mir dann auch das Gestüt des Herrn Hauptmanns Fischer angesehen. Dieses weist entschieden bessere Hengste auf als das Staatsgestüt. Es ist dort ein Hengst namens „Diamantgraf“, ein Hannoveraner-Hengst, der sehr gut ist. Solche Hengste sollte man uns schon längst in den Schwarzwald stellen lassen, dann wäre die Zucht nicht so sehr heruntergekommen.

Der Herr Referent für Pferde zucht hat davon gesprochen, man solle die Zucht der Halbbluthengste überhaupt in Staatsverwaltung nehmen, also hier das Staatsgestüt einführen. Dagegen möchte ich aber ein Wort einlegen. Die privaten Hengsthälter im Oberlande besorgen die Sache ganz gut, und es kommt auf die Weise jedenfalls ziemlich billiger, als wenn der Staat die Sache in Selbstverwaltung übernehmen würde.

Ueber die Kindviehzucht kann ich voll und ganz meine Befriedigung aussprechen. Die Kindviehzucht im Oberlande steht in voller Blüte. Dieses verbanden wir den einzelnen Genossenschaften ebenso, den Zuchtgenossenschaften, wie dem Verbands als solchem. Die Verbandsleitung ist in sehr gute Hände gelegt. Auch die Bezirks-tierärzte arbeiten mit ihnen Hand in Hand. Ich möchte allen den Herren meine Anerkennung und meinen Dank aussprechen.

Im Budget finde ich auch einen Posten von 30 000 M. für die Wanderausstellung, die in diesem Jahre in Stuttgart stattfindet. Diese Wanderausstellung ist für uns in Stuttgart ein sehr großes Ereignis. Ich habe das Empfinden, daß die Züchter draußen im Lande etwas ausstellungsunübe sind, und ich möchte der Regierung zur Erwägung anbeibringen, ob man in Zukunft, statt alljährlich an den Wanderausstellungen sich zu beteiligen, nicht besser vielleicht alle 2 bis 3 Jahre im Lande selbst eine Ausstellung veranstalten sollte, einmal im Oberlande, einmal im Unterlande, ähnlich wie vor zwei Jahren die Jubiläumsausstellung.

Für die Kindviehversicherung ist wieder ein sehr schöner Betrag ins Budget eingestellt. Das ist sehr erfreulich. Erfreulich ist auch, daß auch in diesem Jahre wieder weitere 24 Anstalten sich dem Verbands angegeschlossen haben. Es dringt immer mehr das Verständnis durch, daß die Kindviehversicherung für den Landwirt eine sehr wichtige und sehr segensreiche Einrichtung ist. Es werden jetzt draußen im Lande Fleischabzuchtgenossenschaften sowie Privatversicherungen gegründet, und diese Gründungen sind immer die Vorboten für den Anschluß an die staatliche Versicherung. Ich bin sehr überzeugt, daß der Zugang zu diesem Verband immer noch mehr zunimmt. Eines aber möchte ich hier doch noch hervorheben: Man sollte die Versicherung so lassen, wie sie jetzt ist. Wer freiwillig sich versichern will, soll es können, aber obligatorisch möchte ich die Versicherung nicht haben; man soll den Landwirten keinen Zwang antun. Sie kommen ja alle schließlich von selbst.

Nun einiges über die Prämierungen. Ich kann nicht begreifen, daß die Prämierungen immer so kritisiert werden. Es erweckt das den Anschein, als ob die Prämierungskommissionen einseitig seien. Das muß ich aber absolut zurückweisen. An den Prämierungen ist nichts auszusetzen. Jedermann, der schon eine Prämierung mitgemacht und näher angesehen hat, wird mit

ber Ueberzeugung nach Hause gegangen sein, daß es dabei richtig und reell zugeht. Ich kann auch nicht begreifen, daß hier ein Antrag gestellt worden ist, man solle die Bezirkstierärzte von den Prämiiierungskommissionen ausschließen. Jeder Bezirkstierarzt soll doch in seinem Bezirk auch dabei mitwirken dürfen. Er ist ja bloß in einer Kommission, und es sind überall 3—4 Kommissionen gebildet. Einseitig mag ja vielleicht die Zusammensetzung der Kommissionen sein und zwar insofern, als meistens nur Liberale und Zentrumleute dabei sind. Da möchte ich nur wünschen, daß in Zukunft auch Sozialdemokraten in die Prämiiierungskommissionen kommen; damit wäre dieser Einseitigkeit abgeholfen. (Große Heiterkeit.)

Was die Prämiiierungsplatten betrifft, so möchte ich, wie vor zwei Jahren, auch wieder den Antrag stellen, die Zahl dieser Platten zu vergrößern, und zwar in meinem Bezirk für die Orte Geislingen und Blumberg.

Ich habe vor einiger Zeit auch von den Abdeckereien gesprochen. Die Regierung, die ja sehr entgegenkommend und sehr aufmerksam auf jeden einzelnen Redner ist, hat sich vielleicht inzwischen die Mühe genommen und nachgesehen, ob meine Angaben von damals über die Unterlauchringer und die Durlacher Anstalt richtig sind. Ich wäre für eine Auskunft der Großh. Regierung sehr dankbar.

Es ist auch von den Viehverkaufsgenossenschaften gesprochen worden. Ich möchte von denselben abraten. Sie würden auf sehr große Schwierigkeiten stoßen, und so ungeschickt sind unsere Bauern auf dem Lande draußen nicht, daß sie sich vom Händler einfach überumpeln lassen; sie wissen zum größten Teil ganz gut, wie die laufenden Preise sind. Es könnte sich vielleicht später einmal um die Bildung von Schweineverkaufsgenossenschaften handeln; diese ließen sich schon eher ermöglichen.

Es wird hier besonders gesagt, die Händler nähmen eigentlich den ganzen Verdienst weg. Diese Zwischenhändler sind aber wahrlich nicht zu beneiden, es gibt recht wenig reiche Leute unter ihnen. Dagegen sind es die Metzger in den Großstädten, die allen Verdienst einstecken, der sich beim Handel zwischen dem Produzenten und dem Konsumenten ergibt. Die Bewohner der Städte hätten daher allen Grund, von den Metzgern zu verlangen, daß sie mit den Fleischpreisen abschlagen, wenigstens mit dem Preise für Schweinefleisch, weil die Schweine zur Zeit sehr billig sind. (Abg. Reck: Sehr richtig!) Die Metzger auf dem Lande sind darin, das muß ich sagen, allerdings entgegenkommender.

Für die Schweinezucht sind im Budget 1400 M. eingestellt. Dieser Betrag ist ja etwas höher als im letzten Budget, aber er ist immer noch nicht ausreichend. Die Regierung sollte doch den Betrag wenigstens so erhöhen, daß in den verschiedenen Bezirken alljährliche Prämiiierungen ermöglicht wären.

Ueber die Flurschäden ist ja hinlänglich gesprochen worden. Ich kann hier nur konstatieren, daß wir im Oberland in meinem Bezirk keinen Anstand haben. Die Abschätzungen sind vor zwei Jahren, wo die Mähdrescher waren, flott von Statten gegangen, und die Geschädigten sind mit den Entschädigungen zufrieden gewesen.

Was das Servisgeld für die Pferde anbetrifft, so ist es erfreulich, daß die Regierung einer Erhöhung, vielleicht auf 30 Pfennig, freundlich gegenübersteht. Ich bin allerdings der Ansicht, daß erst ein Servisgeld von 40 oder 50 Pfennig den wirklichen Auslagen der Bauern einigermaßen entsprechen würde, aber ich nehme auch ein solches von 30 Pfennig mit Dank an.

Ich habe auch gehört, daß die Vorspannleistungen nicht im ganzen Lande gleichmäßig vergütet werden. Wir im

Oberland bekommen für den Zweispänner für 12 Stunden 10.50 Mark und die Landwirte im Unterlande bekommen dafür, wie ich höre, 12.50 Mark. Ich möchte nun die Regierung bitten, sie möchte dafür Sorge tragen, daß die Sache einheitlich geregelt wird.

Die Kranken- und Invalidenversicherung ist wirklich eine segensreiche Einrichtung, aber sie wird doch recht sehr mißbraucht. Dem Gedanken des Gesetzgebers entspricht die praktische Anwendung des Gesetzes nicht mehr überall. In meinem Bezirk müssen Gemeinden, die vielleicht 300—400 Einwohner haben, für die Gemeindekrankenversicherung oft recht bedeutende Beiträge, 900—1000 M. im Jahre, darauflegen, obschon sie die höchst zulässigen Beiträge erheben.

Auch bezüglich der land- und forstwirtschaftlichen Unfallversicherung hat der Herr Abg. Brodmann kürzlich ganz richtig ausgeführt, daß die Beiträge hierzu allmählich so groß geworden seien wie die direkten Steuern. Das kann ich nur bestätigen. Diese Beiträge schwanken tatsächlich in ihrer jetzigen Höhe zwischen 65 und 110 Prozent im Vergleich zu der direkten Staatssteuer; hier ist dringend Abhilfe geboten.

Der Herr Abg. von Meringingen hat in einer der letzten Sitzungen eine Wirtschaftsberechnung für einen landwirtschaftlichen Betrieb aufgestellt; diese Berechnung ist ganz zutreffend. In vielen landwirtschaftlichen Betrieben geht eben heutzutage Null von Null auf. In vielen Fällen ist es aber noch schlimmer, die Einnahmen reichen nicht aus, und der Mann hat am Ende des Jahres statt Gewinn Schulden. Daher rührt eigentlich die ländliche Verschuldung. Es halten sich mit Mühe nur noch diejenigen Betriebe, die mit eigenen Leuten arbeiten, die Tag und Nacht schinden, die im Sommer oft 20 Stunden Arbeitszeit haben und dabei sich mit der kärglichsten Kost begnügen müssen.

In neuerer Zeit ist es ja den Bauern wieder ermöglicht, etwas aus seinen Schulden herauszukommen durch die Einrichtung der Annuitätendarlehen. Mit der Einführung dieser Annuitätendarlehen hat sich die Regierung um die Landwirtschaft ein großes Verdienst erworben, und ich möchte dieselbe nur bitten, daß sie diese Einrichtung noch weiter ausbaut und fördert. Billige und zuverlässige Geldinstitute sind dringend nötig. Vielleicht wäre es möglich, ein ähnliches Institut zu schaffen, wie es die Landesversicherungsanstalt Baden hat, die Gelber zum Bau von Arbeiterwohnungen zu  $3\frac{1}{2}\%$  gibt. Der Zinsfuß für Annuitätendarlehen an Landwirte sollte  $3\frac{1}{2}\%$  auch nicht übersteigen, es würde dann davon noch viel mehr Gebrauch gemacht als jetzt.

Es ist auch vom Turnunterricht gesprochen worden, und ich kann mich den gemachten Ausführungen nur anschließen. Ich halte den Turnunterricht auf dem Lande auch für nutzlos. Unsere Buben können jahraus jahrein genug turnen, wenn sie das Vieh treiben müssen, und es wäre vielleicht besser, wenn man die Stunde, die sie jetzt turnen müssen, noch für den Elementarunterricht verwenden würde. Vielleicht würden auch die Extrastunden, die die Gemeinden jetzt besonders zu bezahlen haben, wegfallen, wenn man eine solche Aenderung in bezug auf die Turnstunde treffen würde.

Der Veterinärpolizei kann ich nur meine Anerkennung und Dank aussprechen. Schon seit mehreren Jahren ist es ihr gelungen, unser Land vor der so verheerenden Maul- und Klauenseuche zu bewahren. Wir wollen hoffen und wünschen, daß ihr das auch im gegenwärtigen Augenblick wieder gelingt, wo wir von verschiedenen Seiten sehr durch Seuchengefahr bedroht sind.

Es ist eine Saatzuchtstation für die Hochburg geplant. Ich meine aber, man sollte doch derartige Einrichtungen auch etwas im Lande herum verteilen, nicht immer alles auf einen Platz zusammenbringen. Insbesondere könnte man auch das Oberland, etwa Donau-eschingen oder Engen, dafür ins Auge fassen. Man wäre dort oben der Regierung für eine Berücksichtigung sehr dankbar. Daß solche Saatzuchtstationen für die Landwirte von großem Vorteil sind, unterliegt keinem Zweifel.

Es ist beabsichtigt, die Kinderzuchtstationen in Farrenaufzuchtstationen umzuwandeln. Ich habe da doch meine Bedenken. Ich meine, man hätte da, wie es im Budget auch vorgesehen ist, vorerst nur einmal eine der 3 Kinderzuchtstationen in eine solche Farrenaufzuchtstation umwandeln sollen, um Erfahrungen zu sammeln, und erst dann, wenn sich die Sache gut bewährt hätte, auch die übrigen Stationen umwandeln sollen. Die Farrenaufzucht ist eine heikle Sache; schon mancher hat darin ein Haar gefunden, ich selbst auch.

Es ist in dieser Debatte auch von elektrischer Kraft gesprochen worden. In verschiedenen Landesteilen strebt man jetzt die Einführung elektrischer Kraft an. Auch in meinem Bezirk sind verschiedene Gemeinden willens, ein elektrisches Kraftwerk zu erstellen, und zwar an der Wutach zwischen Achdorf und Grimmlshofen. Es wird sich nun neben der Erteilung der Konzession darum handeln, wieviel Kraft dort zu gewinnen ist. Was die Konzession betrifft, so wird es ja wohl keinen Anstand geben; die Großh. Regierung hat ja ihre Unterstützung für solche Anlagen zugesagt. Bezüglich des zweiten Punktes möchte ich aber an die Großh. Regierung die Frage richten, ob schon Messungen an der Wutach vorgenommen wurden, und wieviel Kraft dort etwa gewonnen werden könnte. (Beifall bei den National-liberalen.)

Abg. Kolb (Soz.): Wenn ich heute, am sechsten Tage der Landwirtschaftsdebatte, zum zweiten Mal das Wort ergreife, so werden Sie mir das nicht als unbescheiden ankreiden, zumal meine Partei in dieser langen Debatte erst mit einem Redner zum Wort gekommen ist. Auch hat meine Rede vom letzten Freitag von verschiedenen Seiten dieses Hohen Hauses, und auch von Seiten des Herrn Ministers so viel Widerspruch und Kritik erfahren, daß ich dazu nicht schweigen kann.

Ich will mich zunächst ganz kurz mit den Ausführungen des Herrn Ministers beschäftigen. Der Herr Minister hat gesagt, daß neben den „kleinen Mitteln“, die wir in Baden für die Hebung der Landwirtschaft anwenden, auch der Zolltarif notwendig sei; man könne die Erhöhung der Zölle nicht entbehren. Ich begreife es nun ohne weiteres, wenn ein Minister diesen Standpunkt einnimmt; denn die Minister, wie wir sie heute in Deutschland haben, werden wohl kaum einen gegenteiligen Standpunkt einnehmen dürfen, nachdem sämtliche Regierungen für die Erhöhung der Zölle eingetreten sind. Allein, was der Herr Minister vorgebracht hat, das waren zunächst doch nur beweislose Behauptungen. Jeden Beweis dafür, daß die Erhöhung der Zölle notwendig war, um speziell unserer badischen Landwirtschaft einen Vorteil zu bringen, hat sich auch der Herr Minister geschenkt.

Der Herr Minister hat dann in einer etwas geheimnisvollen Weise davon gesprochen, daß er hoffe, die Bayern würden auch in Zukunft ihre „falschen Freunde“ von den wahren unterscheiden können. Man ist sonst bei dem Herrn Minister gewohnt, daß er in ziemlich offener Weise seiner Meinung Ausdruck gibt. Dieser Satz aber war, wie gesagt, sehr geheimnisvoll gehalten, und ich bin jetzt noch nicht recht klar darüber,

wen er eigentlich gemeint hat. Wenn der Herr Minister uns mit den „falschen Freunden“ gemeint haben sollte, so müßte ich dagegen doch ganz entschieden Protest erheben. Ich glaube, die Freundschaft für die Landwirtschaft kann man nicht mit dem Maßstab messen, der von Seiten des Bundes der Landwirte angewendet wird, nämlich damit, ob Jemand für die Erhöhung der Zölle eintritt oder nicht, sondern man muß sie messen an denjenigen Arbeiten, denjenigen Taten, die man im Interesse der Landwirtschaft vollbringt. Und in dieser Beziehung, glaube ich, haben wir hier einen Standpunkt vertreten, aus dem man alles andere eher als eine feindliche Stimmung gegenüber der Landwirtschaft schließen kann.

Der Herr Minister nimmt hier in bezug auf unsere Stellung zur Landwirtschaft denselben Standpunkt ein, den er früher in bezug auf unsere Stellung zum heutigen Staat eingenommen hat. Die Konservativen dürfen sich ganz offen und rückhaltlos für den Staatsstreich aussprechen! Kein Minister denkt daran, ihnen daraus den Vorwurf des Unsturzes zu machen! Sie dürfen auch rückhaltlos wie beispielsweise damals bei Beratung des Bürgerlichen Gesetzbuchs erklären: „Wenn Ihr die Bestimmungen über den Hasenschaden nicht annehmt, dann werden wir die ganze Gesetzesvorlage scheitern lassen!“ Kein Minister schließt daraus, daß das eine feindliche Stellung gegenüber der Landwirtschaft bedeute. Sobald aber wir Sozialdemokraten in irgend einem Punkt eine abweichende Meinung haben, werden wir als „Unstürzler“ und Feinde charakterisiert.

Nun möchte ich mich zunächst mit einigen Bemerkungen beschäftigen, die von verschiedener Seite gemacht wurden über ein Wort, das ich über die Bittprozeffionen und Flurprozeffionen gebraucht habe. Die Herren Abgg. Morgenthaler und Wittemann haben daraus geschlossen, daß unsere Freundschaft zur Landwirtschaft eigentlich nur eine geheuchelte sei; denn wenn man sich gegen die Bittprozeffionen und Flurprozeffionen erkläre, könne man schon gar kein Freund der Landwirtschaft mehr sein. Das ist nun eine ganz eigentümliche Auffassung, die zu geradezu ungeheuerlichen Konsequenzen führen würde, wenn man sie auf andere Gebiete ausdehnen würde. Ich habe mich übrigens garnicht in solcher Weise über die Flurprozeffionen geäußert, wie es mir unterstellt worden ist. Ich habe verschiedentlich dargelegt, auf welche Weise wir glauben, daß die Landwirtschaft vorwärts kommen kann; ich habe dabei insbesondere auf den wissenschaftlichen Betrieb der Landwirtschaft abgehoben (wie dies von verschiedenen Seiten dieses Hohen Hauses auch geschehen ist) und im Anschluß daran erklärt, daß ich persönlich diese Art des landwirtschaftlichen Betriebs für die Landwirtschaft als nutzbringender erachte als die Flur- und Bittprozeffionen. Das ist doch eine Bemerkung, die ganz zweifellos gestattet sein darf. Ich brauche doch nicht ein Anhänger der Flur- und Bittprozeffionen zu sein. Es kann mir Niemand zumuten, daß ich da auch der Meinung bin, der andere sind, daß die Flur- und Bittprozeffionen der Landwirtschaft helfen. Darüber kann man doch wirklich verschiedener Meinung sein! Und es ist das auch durchaus kein Angriff gegen die religiöse Ueberzeugung der Landwirte. Wir haben andere Länder und Religionen, die diese Bitt- und Flurprozeffionen nicht kennen. Das waren also alles Bemerkungen, die man füglich hätte unterlassen können, die nach außen nur wieder den Anschein erwecken sollen, als seien wir Feinde der Landwirtschaft.

Und in der Tat wird von der Zentrums- und Agitationspresse die Sache schon nach allen Richtungen wieder demagogisch und agitatorisch ausgenutzt. Wie das gemacht wird, und was einem da alles passieren kann, dafür hat der Herr Abg. Sängler einen geradezu klassischen Beweis erbracht.

Er hat nämlich im vorigen Landtag ungefähr dasselbe als Nationalliberaler gesagt, was ich in diesem Jahre gesagt habe, daß nämlich die Bauern noch oft zu abergläubischen Mitteln ihre Zuflucht nehmen, wo sie viel besser zum Tierarzt oder sonst wohin gehen würden. Daraufhin hat zunächst eine ultramontane Zeitung dem Herrn Abg. Säger einen Vorwurf daraus gemacht, und wenige Tage nachher brachte dieselbe Zeitung von sich aus merkwürdigerweise dasselbe, was Herr Säger hier im badischen Landtage vorgebracht hatte. Also es kommt bei der Zentrums Presse ganz darauf an, wer es sagt. Wenn ich z. B. sage, die Bauern sollen dafür sorgen, daß sie besser rechnen können, dann erkläre ich die Bauern alle samt und sonders für dumme Kerle. Wenn aber Herr Abg. Wittemann ganz dasselbe sagt, ja, dann meint er es außerordentlich wohl und gut mit den Bauern (Heiterkeit).

Wie die Zentrums Presse das macht, und in welcher unerhörten Weise da demagogisch gehandelt wird, dafür ein Beispiel: „Der Pfälzer Bote“ bringt hin und wieder kleine Stimmungsbilder über den Landtag. In dieser Woche brachte er eines, in welchem er unter anderem mich vor die Front nimmt und in folgender Weise persifliert: „Herr Kolb bekannte zwar freimütig, daß er von der Landwirtschaft nichts verstehe; allein anstatt die allein richtige Konsequenz des Stillschweigens zu ziehen, bestieg er den Katheder und dozerte frei nach David, wie einseitig unsere Bauern sind und welche Fortschritte sie unter sozialdemokratischer Flagge machen würden! Mit beneidenswerter Kühnheit machte er usw.“ Also, wenn ich mir erlaube, mit kurzen Worten über verschiedene Dinge zu reden, über die man reden kann, auch wenn man nicht Landwirt ist, über die auch andere reden, die nicht Landwirte sind, werde ich verhöhnt. Das Gegenstück dafür bietet der „Badische Beobachter“ von vorgestern. Er schreibt: „Der vierte Tag der Landwirtschaftsdebatte floß ziemlich ruhig dahin. Der Abg. Wittemann war der erste Redner. Der Vertreter von Bonndorf verfügte über ein großes Wissen. Eine Anregung drängt die andere, Anregungen lokaler Natur, Anregungen allgemeiner Art, Anregungen bis hinauf zu den wichtigsten Fragen der Volkswirtschaft, das Bildungswesen, Volksernährung, Bedeutung der Bahnen, Nuzbarmachung der Elektrizität, das Genossenschaftswesen, Gewinnung des Gipsalpaters aus der Luft und Errichtung einer derartigen Anlage in Baden, Obst-, Wein- und Getreidebau, Ruhweide, Geflügelzucht und Prämierung. Das sind einige von den Themen, die Abg. Wittemann besprach. Die Sozialdemokratie, speziell der Abg. Kolb, bekamen den Spiegel ihrer Bauernfreundlichkeit vorgehalten.“

Wenn der Herr Abg. Wittemann, der von der Landwirtschaft genau so viel oder, deutlicher ausgedrückt, genau so wenig versteht wie ich, hierhersteht und alle möglichen theoretischen Erörterungen zum besten gibt, die er aus Büchern geschöpft hat, genau so, wie ich es auch zu tun pflege, wenn ich mich orientieren will, ist das ein Beweis von umfassender Belesenheit und von umfassendem Wissen, und Herr Wittemann wird nach allen Richtungen gelobt, während ich, wenn ich das tue, ein anmaßender Mensch bin, der von Dingen redet, über die er vernünftigerweise schweigen würde! So wird es von der Zentrums Presse gemacht, und das nennt man dann ehrliche Polemik gegenüber einem politischen Gegner!

Nun komme ich zu den Bemerkungen, die zum Zolltarif gemacht worden sind. Da war es mir außerordentlich interessant, daß die Anhänger des Zolltarifes jetzt auf einmal mit jeder möglichen Anwendung von Lebensarten bestreiten, daß der Zolltarif an der Ver-

teuerung der Lebensmittel die Hauptschuld trägt. Als wir seinerzeit in der Kampagne gegen den Zolltarif auf die Folgen aufmerksam machten, die der Zolltarif haben würde, wurden wir ebenso behandelt, wie ich eben dargelegt habe, wir wurden verhöhnt und als Leute, die wissenschaftlich die Unwahrheit sagen, hingestellt. Jetzt, nachdem dieser Erfolg eingetreten ist, nachdem alle notwendigen Lebensmittel und sonstigen Bedarfsartikel, nachdem die ganze Produktionsweise verteuert worden ist, jetzt auf einmal soll der Zolltarif gar nicht das sein, als was er von vornherein intendiert worden ist, als das künstliche Mittel, um die Lebensmittelpreise künstlich in die Höhe zu treiben!

Der Herr Kollege Schüler sagt, die Teuerung sei nicht die Folge des Zolltarifes sondern der allgemeinen Weltkonjunktur. Als ob wir jetzt erst eine Weltkonjunktur hätten! Als ob es nicht eine Weltkonjunktur gibt, seitdem man einen Weltmarkt hat. Es hat eine Weltkonjunktur auch gegeben, bevor der Zolltarif in Kraft getreten ist. Die heutige Weltkonjunktur kann allerdings eine Preisverschiebung hervorbringen wie jede Weltkonjunktur. Aber der Zolltarif ist dazu da, um den Preis des Getreides hier in Deutschland über den Weltmarktpreis hinaus zu verteuern (Sehr richtig! links). Das war der einzige und ausschließliche Zweck, und wenn das nicht der Zweck gewesen sein soll, dann weiß ich gar nicht, warum Sie den Zolltarif eigentlich eingeführt haben, zu was Sie eigentlich Hölle haben wollen! Jetzt kommt man und operiert mit solchen windigen Ausreden, die nur bei Leuten verfangen können, die sich mit solchen Fragen gar nicht beschäftigen haben.

Der Herr Kollege Schüler hat mir dann eine Vorlesung gehalten, wie wenig ich über diese Dinge unterrichtet wäre. Ich hätte sehr Wichtiges vergessen, ich hätte unter anderem vergessen, daß wir heute Millionen von Menschen haben, die ihre Lebensmittel nicht selbst bauen, und ich hätte vergessen, daß die Zahl dieser Menschen mit jedem Jahre eine größere werde; immer weniger Leute seien in der Landwirtschaft tätig, wir würden dadurch immer mehr vom Auslande mit unseren Lebensmitteln abhängig. Heute ginge die Sache noch gut; es könnten aber kriegerische Verwicklungen eintreten, es könnte die Zufuhr aus dem Auslande abgebrochen werden, und dann seien wir in einer außerordentlich schwierigen Lage. Herr Kollege Schüler, daß wir uns in einer Entwicklung befinden, wie Sie das skizziert haben, weiß ich schon lange. Ich weiß, daß in Deutschland die Zahl der Menschen, die sich in der Landwirtschaft betätigen, im Verhältnis immer geringer und daß die Zahl derer, die im Handel, in der Industrie und im Gewerbe sich betätigen, immer größer wird. Wir haben durchschnittlich einen jährlichen Bevölkerungszuwachs von 800 000 Menschen, und es ist gar nicht daran zu denken, daß dieser Bevölkerungszuwachs in der Landwirtschaft seinen Erwerb finden könnte. Selbst wenn man annimmt, daß einige hunderttausend Menschen mehr in der Landwirtschaft tätig sein könnten, so bleiben immer noch viele Hunderttausende, die zu ernähren sind, die eine andere Beschäftigung suchen müssen. Wenn man aber den Standpunkt des Herrn Kollegen Schüler teilt, muß man eine andere Folgerung hieraus ziehen. Wenn das richtig ist (und ich zweifle nicht daran), ist der Beweis erbracht, daß wir in Deutschland unsere Industrie, unser Gewerbe so rationell wie möglich wirtschaften lassen müssen, und da ist der Zolltarif das ungeeignetste Mittel, um in der Richtung wirken zu können. Wir müssen versuchen, auf dem Weltmarkt mit unserer Industrie, mit unseren Produkten, konkurrenzfähig bleiben zu können, und das können wir nicht, wenn wir künst-

lich unsere Lebensmittel verteuern und das Ausland zwingen, seinerseits wieder Zölle auf unsere Ausführartikel zu legen. Wir sind überhaupt heute in einer Lage, wo man mit Lebensarten nicht operieren kann, wie sie der Herr Kollege Schüler mir gegenüber gebraucht hat. Wir sind allerdings mit den Lebensmitteln vom Auslande abhängig. Aber es gibt auf der ganzen Welt keinen einzigen Staat, der nicht von den anderen Staaten abhängig wäre! Darauf beruht ja die ganze Wirtschaft heute, daß alle Nationen gegenseitig auf sich angewiesen sind, daß keine einzige Nation mehr besteht, die für sich allein leben könnte. Die letzten in der Beziehung waren die Chinesen; aber auch sie haben ihre Mauer abreißen müssen und sind in den Strudel des Welthandels hineingerissen worden.

Wir sind nicht bloß mit den Lebensmitteln vom Auslande abhängig sondern auch mit unseren Industrie-Produkten. Denn wenn wir unsere Industrie-Produkte im Auslande nicht mehr absetzen können und wenn man uns die Zufuhr von Lebensmitteln abschneiden kann, so sind wir in der gleich üblen Lage. Aber wir haben dabei einen Trost, Herr Kollege Schüler: Alle übrigen Nationen sind in genau derselben Lage. England beispielsweise ist nicht im entferntesten in der Lage, seinen Bedarf an Brotgetreide aus eigener Kraft zu decken. Dort wird aber einer ausgelacht, wenn er aufsteht und sagen würde, daß deshalb die englische Nation in der denkbar schlechtesten Lage sei. Wenn eine Nation ihre Einfuhr und Ausfuhr so gestaltet, daß die nationale Wohlfahrt sich hebt, daß man, an Stelle der vielen Schulden und Kosten von heute, bares Geld hat, dann kann man sagen: Die Gefahr einer Hungersnot ist vorbei. Es ist an eine solche Gefahr nicht mehr zu denken, denn, was nicht aus Amerika kommt, kann man aus Rußland beziehen oder sonstwoher. Das ist auch einer der gewaltigen Fortschritte, den wir in den letzten Jahrhunderten gemacht haben. Die Herren Kollegen Schüler und Gierich haben den entsetzlichen Zustand an die Wand gemalt, wenn wir im Falle eines Krieges keine Lebensmittelfuhr hätten. Herr Kollege Schüler, ein Krieg kann ausbrechen, wann er will, selbst wenn wir alle Speicher voll mit Lebensmitteln haben, wird die Situation doch eine furchtbar entsetzliche sein, denn der künftige Krieg wird etwas so Entsetzliches, wenn er überhaupt noch einmal möglich ist, wie die Weltgeschichte es noch zu keiner Zeit gesehen hat! Man sollte nicht bloß mit der Angst vor dem Mangel an Getreide operieren, sondern man sollte, wenn man darauf abheben will, auch den ganzen Wahnsinn, in den wir uns mit dem Militarismus hineingelegt haben, schildern. Wir sind gar nicht in der Lage, die nötige Menge von Getreide zu produzieren, weil wir auf dem Gebiete nicht mehr konkurrenzfähig sind mit dem Auslande, weil der Getreidebau, wenigstens der konkurrenzfähige Getreidebau, immer mehr an die Außenzonen der Welt gelegt wird, während die Innenzonen sich ihren Bedarf von auswärts beschaffen müssen. Wenn fort und fort hervorgehoben wird von Leuten, die etwas davon verstehen müßten, daß der Großbetrieb, der Großbesitz, weniger rentabel wird, so ist er dies eben deshalb, weil er nicht in der Lage ist, mit dem Großbetrieb des Auslandes konkurrieren zu können. Uebrigens, Herr Kollege Schüler, wenn Sie mit uns der Anschauung sind, daß der künftige Krieg ein so ungeheueres Elend über uns hereinbringen kann, so sorgen Sie mit uns dafür, dadurch einen Niegel vorzuschieben, daß man die Demokratie im wirtschaftlichen Leben wie im politischen Leben ausbaut. Das ist die allerbeste Gewähr gegen alle Gefahren auf diesem Gebiete! In dem Augenblicke, wo ein Volk die Verantwortung übernimmt für das, was ein etwa herein-

brechender Krieg an Unheil bringt, wird es wissen, was es zu tun und zu lassen hat!

Nun hat der Herr Kollege Schüler versucht, mich zu persiflieren als einen Mann, der über alle möglichen Dinge redet, von denen er nichts versteht. Es ist eigentümlich: Die Agrarier reden über alle möglichen Dinge, ohne daß man ihnen einen Vorwurf macht. Die Nichtagrarier aber sollen das nicht! Herr Kollege Schüler, ich meine, wir sind hier nicht in der Landwirtschaftskammer sondern in der badischen Volksvertretung, wo Jeder das Recht hat, zu sagen, was er will und für notwendig hält. Wenn ich es für notwendig finde, irgend etwas über die Landwirtschaft zu sagen, dann frage ich darüber nicht erst den Herrn Schüler um Erlaubnis, sondern ich tue es auch ohne seine Erlaubnis.

Wenn er darauf hingewiesen hat, ich hätte geredet wie ein Agrarminister, ich hätte aber bedenken müssen, daß selbst der Herr Minister seine Räte braucht, um überhaupt über alle diese Dinge sich orientieren zu können, so möchte ich doch bemerken, daß ich mich gar nicht in der Weise etwa aufgespielt habe. Wenn ich über irgend etwas spreche, worin ich mich nicht für sachverständig halte, dann schicke ich das immer voraus; und das habe ich auch am Eingang meiner Rede am Freitag ausdrücklich getan. Ich trete doch wahrhaftig nicht auf als einer, der anmaßend ist! Uebrigens liegen bezüglich der Minister die Dinge so, daß, wenn es auch nur einen kleinen Befähigungsnachweis für die Minister gäbe, wahrscheinlich manche, die Minister sind und waren, es nicht geworden wären. Auch Minister müssen oftmals über Dinge sprechen, die sie nicht gründlich kennen, und wir haben davon auch in letzter Zeit schon Beispiele erlebt.

Noch einige Bemerkungen über den Körnerbau. Ich habe nicht etwa gesagt, daß der Körnerbau überhaupt überflüssig sei, wie man auch heute wieder wiederholt dargelegt hat, sondern ich habe nur gesagt: Der Körnerbau bildet nicht das Rückgrat der Landwirtschaft. Ich habe das auch nicht in dem Sinne getan, wie die Herren Kollegen Schüler, Gierich und andere das aufgefaßt haben; ich habe — und das geht auch aus dem Zusammenhang meiner Ausführungen hervor — nur sagen wollen, daß der Körnerbau nicht das volkswirtschaftliche und finanzielle Rückgrat für die badische Landwirtschaft bildet. An der Richtigkeit dieser Behauptung kommen wir nicht vorbei, sie ist durch die Statistik so klipp und klar nachgewiesen, das jedes Wort, was man dagegen aufbringen wollte, verlorene Mühe ist. Ich habe nachgewiesen, daß von den getreidebauenden Familien in der badischen Landwirtschaft höchstens ein Viertel, nicht einmal ganz ein Viertel, überhaupt in der Lage ist, etwas verkaufen zu können — und auf die Verkaufsmöglichkeit kommt es an, wenn man den Nachweis führen will, daß die Getreidezölle der Landwirtschaft helfen und daß der Körnerbau das Rückgrat der Landwirtschaft bilde.

Dann ist auch vieles über die Schulen gesagt worden. Es ist außerordentlich erfreulich, daß man auch in den Kreisen der Landwirtschaft immer mehr die Bedeutung der Schule zu schätzen weiß. Man kommt nachgerade zu der Einsicht, daß ein guter Schulsack ungeheuer viel wert ist, und daß man ohne denselben gar nicht mehr konkurrenzfähig sein kann. Betrübtlich ist es aber dann, wenn man nach gewissen Vorgängen immer alle möglichen Ausstellungen und Bemängelungen, wie an unserem neuen Schulgesetz, macht. Ich bin gewiß nicht der Mensch, der verlangt, daß das Schulwesen in Stadt und Land schablonenmäßig gleich durchgeführt werden solle; hier muß man ab- und zugeben können. Aber wenn gesagt wird, man solle auf dem Lande die Sommer-

schulstunden möglichst einschränken und dafür im Winter möglichst viele Schulstunden einlegen, man solle sozusagen einen „Schulbetrieb im Umherziehen“ einrichten, dann möchte ich dagegen ganz entschieden Stellung nehmen (Zustimmung bei den Sozialdemokraten und Demokraten). Die Kinder sollen nicht in erster Linie zur Arbeit benötigt werden und nur so nebenbei etwas in der Schule lernen, sondern sie sollen eine tüchtige Schule besuchen, damit sie später auch etwas können. Mich betrübt es jedesmal, wenn ich auf dem Land spreche und hin und wieder Bemerkungen hören muß, die so recht noch die alte Stimmung wiedergeben, die man früher gegenüber der Schule gehabt hat; der Lehrer ist nicht sehr angesehen, und wenn man kommt und mehr Stunden verlangt, dann stößt man in so und so viel Ortschaften von vornherein auf sehr starken Widerstand. Die Leute sagen: Wir sind nicht einmal so viele Stunden in der Schule gewesen wie die Kinder heute, und wir haben es trotzdem im Leben vorwärts gebracht. Das sind immer so die Ausreden. Auf der anderen Seite hört man aber nie, daß die Schulstunden für den Religionsunterricht etwa reduziert werden sollten (Zuruf von Zentrumsseite). Die kleinen Kinder müssen jeden Tag in die Kirche. (Lebhafter Widerspruch beim Zentrum.) Ich war schon auf dem Lande in den Ferien, da haben wir sie jeden Morgen in die Kirche gehen müssen. Wenn's anders ist, soll's mich freuen! Aber daß für den Kirchenbesuch außerordentlich viel Zeit aufgewendet wird (was durchaus nicht absolut notwendig ist), das werden Sie nicht bestreiten wollen, da hört man aber nie, daß es zu viel sei (Zuruf vom Zentrum: Einmal in der Woche). „Einmal in der Woche“, das genügt vollständig (Lachen beim Zentrum).

Nun noch einige Bemerkungen gegenüber dem Herrn Abg. Geppert. Es war mir außerordentlich interessant, zu hören, was der Herr Abg. Geppert über die Obstzucht gesagt hat. Er hat sich dahin ausgesprochen, daß es bei uns nicht an der Zahl der Obstbäume sondern an der Pflege derselben und insbesondere an den nötigen handelsmäßigen Sorten fehle. Das sind Bemerkungen und Beobachtungen, die auch ich gemacht habe, Beobachtungen, die immer und immer wieder beweisen, daß wir doch noch Gebiete haben, die noch gepflegt werden können, und deren Pflege zum größten Nutzen für die Landwirtschaft wäre. Wenn hervorgehoben wird, daß die Schweiz für 6—8 Millionen Mark Obst in einem Jahre ausführt, während wir in Deutschland für rund 32 Millionen Obst aus dem Ausland beziehen, dann ist das doch ein Beweis dafür, daß wir hier noch rückständig sind und noch immer nicht das geleistet haben, was wir leisten könnten. Und auf dem Gebiete des Obstbaues könnten wir konkurrenzfähig sein ohne einen Pfennig Zoll, wenn wir die Sache richtig anfangen! Wir brauchen da nicht den Zollschutz; wir können die Grenzen ruhig offen lassen und können trotzdem konkurrenzfähig sein und dabei noch nach dem Ausland Obst liefern. Ich erinnere an etwas, was ich, wie ich glaube, schon früher vorgebracht habe, nämlich wie weit in dieser Hinsicht Amerika uns voraus ist. Der Herr Abg. Geppert hat wiederholt Klagen über die Versendung über den Transport des Obstes vorgebracht und wie es Jahre lang geht, bis von Seiten der Regierung, von der Generaldirektion den einfachsten, selbstverständlichsten Wünschen im Interesse der Obstverfendung entsprochen wird. In Amerika aber hat man heute schon ganze Züge eingerichtet, die das Obst von Kalifornien nach dem Osten herüber auf dem schnellsten Wege nach Newyork transportieren, damit das Obst vollständig frisch auf den Newyorker Markt gebracht werden kann; natürlich billiger Transport, sonst hat er keinen Wert. Wenn das Obst

nicht massenhaft konsumiert wird, dann kann der Obstbau nicht forziert werden, das ist ganz selbstverständlich. Wie steht es in dieser Beziehung aber bei uns? Bei uns sind die Obstbauern in einer üblen Lage, ob eine gute oder schlechte Obsternte ist. Gibt es eine gute Obsternte, dann ist der Markt überfüllt, und dann bekommen sie nichts für ihre Ware; gibt es eine schlechte Obsternte, dann haben sie zwar höhere Preise für ihre Produkte, aber die nützen ihnen dann auch nicht viel, denn sie haben ja nicht viel zu verkaufen. Durch billige Frachten sollten wir den Absatzmarkt erweitern, so daß man das Obst, das bei uns wächst, nicht nur bei uns sondern selbst im hohen Norden, in Berlin und andern Großstädten, als Massenkonsumartikel auf den Markt werfen könnte, daß selbst der Ärmste Obst in den Keller legen könnte. Damit wäre dann der Landwirtschaft gedient, es würde damit aber auch der Eisenbahn und der ganzen Volkswirtschaft gedient sein.

Genau so ist es auch auf dem Gebiete der Geflügel- und Eierproduktion. Auch da müssen wir konstatieren, daß wir jährlich 200 Millionen Mark hierfür ins Ausland fließen lassen, die wir ganz gut im Inland behalten könnten, wenn nur bei uns diese beiden Gebiete besser gepflegt würden. Das kleine Dänemark ist uns da weit voraus; ich will hier nur einige Zahlen anführen: Im Jahre 1870 betrug die Eierausfuhr 22 000 M., sie war also eine verhältnismäßig geringe; im Jahre 1890 schon 14 Millionen, im Jahre 1899 18,6 Millionen, im Jahre 1900 20,2 Millionen. Dänemark hat in der Eierproduktion Frankreich erfolgreich vom englischen Markt zurückgedrängt, und das Gleiche war der Fall mit der Butterproduktion. Wie war es bei uns in Deutschland in dieser Beziehung? Im Jahre 1899 hatten wir eine Butterausfuhr nach England von 137 755 Zentner und im Jahre 1904, fünf Jahre später, nur noch eine solche von 36 955 Zentner. In fünf Jahren ist also unsere Ausfuhr nach England um 100 000 Zentner zurückgegangen! Wenn das kleine Dänemark in der Lage ist, uns in der Weise auf Gebieten zurückzudrängen, wo wir doch konkurrenzfähig sind und wo wir doch nicht einmal notwendig haben, einen Zoll zu erheben, dann ist das eben für mich ein Beweis, daß wir uns mit unserer ganzen Zollpolitik auf einem verfehlten Wege befinden!

Dänemark konnte mit seiner Geflügelzucht seine Erfolge erzielen, weil es keinen Maiszoll hat, weil die Dänen sich gesagt haben, wir müßten ja Getreide sein, wenn wir Zoll auf einen Futtermittel erheben wollten, den wir niemals im Inland so billig bauen können, als wir ihn aus Amerika beziehen. Bei uns aber, in Deutschland, wird ein Maiszoll von 3 M. erhoben. Das bedeutet eine Schädigung unserer Landwirtschaft, wie ich sie mir größer gar nicht vorstellen kann; denn auf dem Gebiete des Maisbaues macht uns das Ausland wahrhaftig keine Konkurrenz. Es ist ein heller Wahnsinn, in Deutschland einen Zoll auf Mais zu erheben, auf ein Futtermittel, das in der Landwirtschaft Tag für Tag gebraucht wird, das wir selbst nicht, jedenfalls nicht in genügender Menge, produzieren können.

Ich erinnere auch an Finnland, das uns auf diesem Gebiete weit voraus ist. Wir haben in Finnland Gegenden, wo acht Monate hindurch Winter ist, wo man die landwirtschaftlichen Produkte förmlich der Natur abringen muß, und wo sich die Landwirtschaft trotzdem, ohne daß auch nur ein Pfennig Zoll erhoben wird, in blühendem Zustande befindet. Und wenn wir nun dort sehen, daß ganze Dörfer ihren Einkauf vollständig einheitlich organisiert haben, während bei uns in jedem Dorfe zwei Konkurrenzvereine sind, die sich gegenseitig bekämpfen, und die Leute sich fortwährend fragen, welches ist der bessere Verein, der landwirtschaftliche Verein oder

der Bauernverein, da ist es gar kein Wunder, wenn bei uns die Entwicklung gerade auf dem Gebiete, auf dem sie der Landwirtschaft den größten Erfolg bringen könnte, nur sehr langsam und in durchaus ungenügender Weise Fortschritte macht.

Dann kommen Landwirtschaftsfreunde wie Herr Gierich und bekämpfen das, was in Zukunft das Hauptmittel sein wird, das Genossenschaftswesen. Wie kleinlich ist es, wenn der Herr Abg. Gierich hier sagt, man kaufe in den landwirtschaftlichen Genossenschaften sogar Bismardheringe! Als ob damit gegen die landwirtschaftlichen Genossenschaften etwas bewiesen wird! Glaube der Herr Abg. Gierich, daß die Entwicklung des Genossenschaftswesens mit dem Verkauf und dem Einkauf von Produkten Halt macht? Nein, das ist erst der schwache Anfang von dem, was noch kommen wird. In Dänemark ist man auch da schon weiter, da hat man schon große Schlächtereigenossenschaften. Jetzt klagen hier die Bauern, daß sie so billiges Vieh haben und daß die Metzger so unverschämte hohe Preise in den Städten fordern. Woher kommt das? In den Städten hat man kein Organ, um gegen die Organisation der Metzger Front machen zu können, und die Bauern haben auch kein Organ, um den Absatz in der richtigen Weise besorgen zu lassen, und die Folge davon ist eben, daß die Bauern und die Konsumenten die Geschöpften sind, und die Metzger beiden die Haut über die Ohren ziehen. Das kann natürlich nur anders werden, wenn einmal der Absatz organisiert wird, wenn die Bauern selbst dazu übergehen, Genossenschaftsschlächtereien einzurichten. Das, was ein Großschlächter kann, das muß jede einigermaßen gut geleitete Bauerngenossenschaft noch alle Tage nachmachen können, und zwar mit viel größerem Erfolg. Das nötige Kapital läßt sich dazu sehr leicht aufbringen, wir haben auch auf anderen Gebieten Genossenschaften ins Leben gerufen und haben das nötige Kapital dazu herbeigebracht. Das gleiche wie von den Metzgergenossenschaften gilt von den Bäcker- und Mühlen-Genossenschaften, von den Mühlen-Genossenschaften usw. Heute klagt man darüber, daß die kleinen Mühlen zugrunde gehen. Ganz selbstverständlich! Der kapitalistische Mühlenbetrieb ist dem früheren kleineren Betriebe vollständig überlegen. Da hilft keine Umsatzsteuer und kein Klagen. Aber was der Landwirtschaft helfen kann, das ist, daß sie das selber macht, was der Kapitalismus vollbringt, d. h. daß sie selbst zum genossenschaftlich organisierten Großmühlenbetrieb übergeht, wie man es in Finnland und Dänemark getan hat; dann haben die Bauern den Nutzen. Es geht natürlich der eine oder der andere dabei zugrunde, aber Existenzen gehen doch zugrunde; gehen sie nicht durch die Genossenschaft zugrunde, so richtet sie der Kapitalismus zugrunde. Also lasse man, wenn die Entwicklung so gehen muß, den Vorteil der Genossenschaft zugute kommen und nicht den einzelnen Kapitalisten oder der Aktiengesellschaft.

Das Lebensprinzip der dänischen Genossenschaften ist vor allem, daß sie über das ganze Land, über alle Betriebszweige ausgebreitet sind, und zweitens, daß sie nur allererste Qualität an Waren liefern. Wenn man von einer dänischen Genossenschaft etwas bezieht, dann weiß man, man hat allerbeste Ware. Es ist strengste Kontrolle eingeführt, und es sind sehr hohe Strafen gegenüber denjenigen festgesetzt, die etwa eine Ware liefern, die den Anforderungen der Genossenschaft nicht entspricht. Damit ist die Genossenschaft von vornherein schon allen anderen voraus. Denn wenn man von Jemandem eine garantiert gute Ware beziehen kann, so zahlt man gern etwas mehr, und man erreicht damit dasjenige, was heute mit dem Zoll erreicht wird, auf viel einfachere und zweckmäßigere Weise, ohne daß dadurch andere Leute besonders zu Schaden gebracht werden.

Ich will damit nur sagen: Die Bauern dürfen sich nicht an den Karren des Großgrundbesitzes spannen lassen, sondern sie müssen erkennen, daß wir heute in einer Zeit leben, in der sich ein neues Wirtschaftsprinzip durchsetzt, und wer die Augen aufmacht, der sieht, daß dieses sich auf allen Gebieten durchsetzt, auch auf dem Gebiete der Landwirtschaft. Und wenn Sie uns heute noch auslachen und sagen, wir hätten keinen Einfluß auf die Bauern — zunächst ist es ganz gleich, ob wir Einfluß haben oder nicht, worauf es mir ankommt, ist, daß die Bauern uns in die Hände arbeiten, auch wenn sie es jetzt noch unbewußt tun, die Hauptsache ist, daß das erreicht wird, was wir wollen. Die Bauern marschieren mit ihrem Genossenschaftswesen schon auf diesem Wege, und Sie bringen sie nicht mehr davon ab, sondern Sie müssen sie förmlich auf diesen Weg drängen, da es einen anderen Weg, um mit Erfolg vorwärts kommen zu können, nicht mehr gibt.

Eine Bemerkung über die Leutenot! Daß eine Leutenot besteht, soll gar nicht bestritten werden; aber der Herr Abg. Brodmann hat mit Recht ausgeführt, daß sie nicht mehr beseitigt werden kann durch Maßnahmen, wie die Landwirtschaft sie wünscht. Das ist auch ein Grund, warum man den Großgrundbesitz nicht künstlich erhalten soll, der ja unter der Leutenot am allermeisten leidet. Es bestehen Mängel, die gar nicht geeignet sind, dieser Leutenot vorzubeugen, und wenn Vorschläge gemacht werden, wie vom Herrn Abg. Wittemann, daß man den Kontraktbruch bestrafen solle, so sind derartige Vorschläge wahrhaftig nicht geeignet, diesem Uebel entgegenzutreten. Ganz im Gegenteil! Dadurch drängt man die Leute nur noch mehr vom Lande weg (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn Sie den Arbeiter auf dem Lande unter ein A u s n a h m e g e s e z stellen, so treiben Sie ihn damit förmlich in die Stadt hinein. Die christlich organisierten Arbeiter sind mit uns gegen die Bestrafung des Kontraktbruches, wie sie die Agrarier verlangen. Man sollte endlich den Landarbeitern ein Koalitionsrecht geben, damit sie sich organisieren und auf diese Weise ihre Lage verbessern können. Darunter werden auch die Bauern wahrhaftig nicht Schaden leiden; im Gegenteil, ich bin der Ueberzeugung, daß, wenn die Bauern mehr organisierte, aufgeklärte Arbeiter einmal erhalten, sie weit besser daran sind, als wie das jetzt bei uns der Fall ist. Vielleicht könnte man auch den Bauern sonst in die Arme greifen. Ich habe einmal in irgend einem Buch gelesen — ich weiß nicht mehr wo —, in Amerika sei es üblich, daß, wenn die Leute im Sommer in die Ferien gehen, z. B. die Beamten auf's Land hinausgehen, sie den Bauern bei der Arbeit helfen, und es wird geschilbert, daß das außerordentlich gesundheitszuträglich sei, und ich glaube das ohne weiteres. Wenn das aufkommen sollte, daß unsere Leute aus der Stadt auf diese Weise ihre Ferien auf dem Lande zubringen würden, so würde die Landwirtschaft dafür jedenfalls sehr dankbar sein (Heiterkeit), und den Leuten aus der Stadt würde diese Beschäftigung nichts schaden. (Abg. Blümmel: Gehen Sie einmal mit Herr Kolb!) Bei Ihnen werde ich das wohl nicht gut können.

Dann möchte ich noch auf das geistige Leben auf dem Lande zu sprechen kommen. Ich glaube, wir sind jetzt bei einem Stadium angelangt, wo wir die Aufmerksamkeit darauf richten müssen, das geistige Leben auf dem Lande zu heben. Wenn die Landflucht so außerordentlichen Umfang angenommen hat, so nicht zuletzt deshalb, weil eben das geistige Leben auf dem Lande außerordentlich zurückgeblieben ist. Wenn in der Beziehung etwas mehr geschieht, so werden die Leute auch zweifellos mehr auf dem Lande festgehalten werden.

Zum Schluß muß ich mich zu dem Herrn Abg. Schmidt-Bretten wenden. Der Herr Abg. Schmidt hat schon einige Tage, bevor er gesprochen hat, mir angekündigt, daß er mich diesmal noch ganz anders unter die Näher bringen würde als vor zwei Jahren. Ich habe natürlich durchaus kein Gefühl der Bangigkeit gehabt, denn ich habe den Herrn Abg. Schmidt schon oft reden hören und weiß, was ungefähr kommt. Ich war auch nicht erschrocken, als er auf meinen Zuruf erklärte: „Auf Sie werde ich nachher noch kommen“. Ich dachte, er hat vielleicht, wie man zu sagen pflegt, auch einmal einen guten Tag. Aber es war nichts. Man muß in der Rede des Herrn Abg. Schmidt förmlich suchen, um einen Punkt zu finden, bei dem man es der Mühe wert erachten kann, etwas dagegen zu sagen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten).

Der Herr Abg. Schmidt hat sich zunächst eine Bemerkung gegenüber meinem Kollegen Bechtold erlaubt, die sehr deplaziert war und die geeignet war, nicht bloß meinen Kollegen Bechtold zu kränken, sondern die ganze sozialdemokratische Fraktion, und ich glaube, die Bemerkung hat auch der ganzen sozialdemokratischen Fraktion gegolten. Der Herr Kollege Schmidt hat gemeint, ich solle mich wegen des Körnerbaues an meinen Kollegen Bechtold wenden, dieser könne mir vielleicht klaren Wein einschenken; mein Kollege Bechtold würde, obwohl er Sozialdemokrat ist, ab und zu doch auch etwas Vernünftiges sagen. Was würde der Herr Abg. Schmidt-Bretten mir erwidern, wenn ich hier auftreten wollte und etwa ausführen würde: Der Herr Kollege Schmidt-Bretten sagt, obwohl er Bauernbündler ist, ab und zu doch auch einmal die Wahrheit (Heiterkeit bei den Sozialdemokraten). Ich glaube, er würde sich das nicht ohne weiteres gefallen lassen.

Ich glaube überhaupt nicht, daß der Herr Abg. Schmidt der Mann ist, der berufen ist, hier über die Intelligenz und geistige Qualifikation anderer Leute Urteile auszusprechen (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten). Wenn Jemand das Gymnasium und die Universität besucht hat, zwei Staatsexamen abgelegt hat und dann Rechtsanwalt geworden ist und hier in diesem hohen Hause so inhaltschwache Reden hält wie der Herr Abg. Schmidt-Bretten, dann ist es wohl angebracht, wenn er sich etwas zurückhält mit der Austeilung von Noten über die geistige Qualität anderer Leute. Wenn mein Kollege Bechtold solche Reden halten würde wie der Herr Abg. Schmidt und einen solchen Studiengang hinter sich hätte, dann hätte ich ihm schon längst den Rat gegeben, er solle sich sein Schulgeld wieder herauszahlen lassen (Heiterkeit).

Der Herr Abg. Schmidt hat dann eine Bemerkung über die Demagogie unserer Partei gemacht. Er sagte, unsere ganze Partei sei auf der Demagogie aufgebaut. Der Herr Abg. Schmidt ist nicht der Mann, der auch in der Richtung Vorwürfe zu erheben berechtigt wäre (Abg. Fröhauß: Er ist sachverständig!). Die Sachverständigkeit will ich nicht abstreiten. Aber meiner Partei solche Vorwürfe zu machen, dazu hat er kein Recht.

Ich habe hier ein Flugblatt aus der Zeit der Wahl des Herrn Abg. Schmidt, in dem fast sämtliche seiner politischen Forderungen dem Programm meiner Partei entnommen sind, wie zum Beispiel allgemeines gleiches politisches Wahlrecht für alle Vertretungskörper. Und der Mann, der ein solches Programm aufstellt und den Wählern empfiehlt, schließt sich dann der konservativen Partei als Hospitant an! Wie ist solches vereinbar? In dem Flugblatt steht auch: „Verbot jeder Maßregelung eines Beamten wegen seiner politischen Ansicht.“

Das hat der Herr Abg. Schmidt besonders hervorgehoben, und im unmittelbaren Anschluß daran werden die Arbeiter aufgefordert, für die Bauernbündler und gegen die Nationalliberalen zu stimmen. Derselbe Mann schließt sich nun der einzigen Partei an, die im Fall Schäufele sich auf die Seite der Regierung gestellt hat. Und der Mann, der sich eines solchen Wortbruchs schuldig gemacht hat, . . . . .

Präsident Fehrenbach (unterbrechend): Diese Aeußerung übersteigt das, was gegenüber einem Mitglied dieses Hauses auszusprechen zulässig ist.

Abg. Kolb (fortfahrend): . . . dieser Mann steht dann hin und wirft Anderen Demagogie vor!

Noch zwei seiner Aeußerungen: Er hat gesagt, ich verstehe nichts von der Landwirtschaft. 53 Proz. des badischen Grund und Bodens seien mit Getreide angebaut. Daraus gehe schon hervor, wie ungeheuer wichtig der Getreidezoll sei. Daraus geht gar nichts hervor! Wenn auch 100 Proz. des badischen Grund und Bodens mit Getreide angebaut wären, die badische Landwirtschaft aber kein Getreide zu verkaufen hat, so wäre damit gegen das, was ich behauptet habe, nichts bewiesen. Darauf kommt es an, wieviel die badische Landwirtschaft Getreide zu verkaufen hat. Das allein ist der Maßstab, ob der Getreidezoll der badischen Landwirtschaft etwas nützt oder nicht. Die durch den Zoll Geschädigten sind die Bauern und die Arbeiter. Die Beamten nicht so sehr; diese kommen mit Petitionen an den Landtag und bekommen dann Gehaltserhöhung. Die Arbeiter aber bekommen diese nicht, sie sind die doppelt Geprellten; denn einmal kommt als Folge der Zölle die wirtschaftliche Krise und dann weiterhin die Erhöhung der Preise aller Bedarfsartikel. Die Lohnerhöhung aber ist nicht in so weitem Maße erfolgt, daß dadurch ein Ausgleich geschaffen worden wäre. Das haben fast sämtliche Fabrikinspektionen berichtet (Widerspruch des Abg. Dr. Zehnter). Jawohl, Herr Kollege Zehnter, sie haben berichtet, daß die Lohnerhöhung hinter der Lebensmittelverteuerung zurückgeblieben ist.

In einem Punkte noch muß ich dem Herrn Kollegen Schmidt widersprechen, wenn er sagt, die Bildungsfrage hänge für den Landwirt davon ab, wie hoch der Preis sei, den er für seine Produkte bekomme. Die Bildungsfrage ist eine Sache des Staates. Haben wir keine richtige Schule, dann kann es auch keine richtige Bildung geben. Wenn das richtig wäre, was der Herr Kollege Schmidt sagt, dann müßten die Bauern früher gescheitert gewesen sein als heute, da sie früher höhere Preise erzielt. In einem Punkte werden sie wohl früher gescheitert gewesen sein: Einen Herrn Abg. Schmidt hätten sie nicht in den badischen Landtag geschickt.

Präsident Fehrenbach (unterbrechend): Ich kann auch diese Aeußerung nicht als zulässig bezeichnen.

Abg. Kolb (fortfahrend): Ich komme zum Schluß. Was kritisch gegen meine Ausführungen vorgebracht worden ist, ist nicht geeignet, uns den Mut und die Hoffnung für die Zukunft zu rauben. Genau dieselbe Taktik hat man vor 20 Jahren auch den Arbeitern gegenüber versucht, man hat ihnen graulich vor uns zu machen versucht. Das hat aber nichts genützt, sie sind in immer größeren Scharen zu uns gekommen. Ich habe die feste Zuversicht: Wenn wir dieses Agrarprogramm, das ich vorgetragen habe und das wir konsequent in allen Parlamenten vertreten und durchführen, beibehalten, dann werden die Bauern ihre Angst vor uns verlieren und Ihre Reden werden es nicht fertig bringen, die Bauern von uns fernzuhalten (Beifall).

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman: Der Herr Abg. Hilbert hat gefragt, ob die Regierung sich schon damit befaßt habe, zu prüfen, welche Wasserkräfte in der Dutach zur Verfügung stehen und wie viele Wasserkräfte sich ergeben haben. Darauf habe ich zu erklären, daß die Regierung sich mit dieser Angelegenheit befaßt hat, daß ich aber zur Zeit den zweiten Teil der Frage noch nicht beantworten kann. Es ist jedoch früher schon gesagt worden, daß die Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues mit der Feststellung aller verfügbaren Wasserkräfte des Landes beschäftigt ist, und daß wir hoffen, Ihnen noch während dieser Tagung eine Mitteilung hierüber zugehen lassen zu können. Es wird dann hierbei auch dasjenige voraussichtlich mitgeteilt werden können, was der Herr Abg. Hilbert zu wissen gewünscht hat.

Der Herr Abg. Kolb ist auf allgemein politische Ausführungen zurückgekommen, wie sie eigentlich in der allgemeinen Finanzdebatte ihren Platz hätten. Ich bedauere, wenn ich das Hohe Haus dadurch aufhalte, daß ich darauf eingehe; aber ich halte doch für notwendig, einige Worte darüber zu sagen.

Er hat u. a. gesagt, die Regierung habe nichts dagegen zu erinnern oder habe sich noch nie dagegen gewendet, wenn die Konservativen mehr oder weniger deutlich den Staatsstreich empfohlen hätten. Mir ist nichts bekannt, daß die Konservativen irgendwo und irgendwann den Staatsstreich empfohlen haben. Das sind vereinzelte Äußerungen gewesen, aber nicht die Partei als solche hat jemals eine derartige Ansicht vertreten; mir ist wenigstens davon nichts bekannt. So viel ich die Entwicklung der konservativen Partei habe verfolgen können, will mir scheinen, daß sie sich mehr und mehr mit dem modernen konstitutionellen Staat befreundet hat und auf dem Boden dieses Staates eifrig mitarbeitet an dem Wohle des Landes. Ich glaube also, es lag für die Regierung keine Veranlassung vor, gegenüber dieser Partei als solcher eine ähnliche Stellung einzunehmen, wie sie sie gegenüber der Sozialdemokratie als solcher eingenommen hat.

Der Herr Abg. Kolb hat dann gesagt, wenn man den Frieden wolle, wenn man das entsetzliche Unglück eines Krieges vermeiden wolle, so sei es am besten, wenn man recht schnell die demokratische Verfassung einführe; die Demokratie sei die beste Bürgschaft für den Frieden. Diese Ausführung nimmt sich etwas merkwürdig aus im deutschen Reiche, welches unter monarchischer Führung steht und welches seit dem Jahre 1871 keinen Krieg gehabt hat, und innerhalb welchen Reiches es hauptsächlich das Verdienst der Reichsleiter ist, daß wir keinen Krieg gehabt haben. Gerade der Kaiser hat immer seine ganze Kraft dafür eingesetzt, daß wir eine friedliche Politik verfolgen, und ihm in erster Reihe hat das deutsche Volk zu verdanken, und nicht der Sozialdemokratie, wenn wir den Frieden bewahrt haben.

Er hat dann von dem Maiszoll als einem hellen Wahnsinn gesprochen. Es ist das eine eigentümliche Ausdrucksweise gegenüber einer Maßregel, die von den Verbündeten Regierungen und der überwiegenden Mehrheit des Reichstags beschlossen worden ist. Die Mehrheit unseres Volkes wird ihm wohl nicht in der Ansicht folgen, daß die Mehrheit seiner Vertreter und die Verbündeten Regierungen etwas beschließen, was ein heller Wahnsinn ist. Der Maiszoll hat jedenfalls den Wert, daß er ein sehr wertvolles Verhandlungsobjekt gegenüber Nordamerika ist, und dem Maiszoll gegenüber steht andererseits die Herabsetzung des Zolles auf die Futtergerste. Dieser Zoll ist bekanntlich auf 1.30 M. für den

Doppeltentner herabgesetzt worden, und es ist damit der Landwirtschaft der Bezug eines wertvollen und billigen Futtermittels ganz bedeutend erleichtert worden.

Der Herr Abg. Kolb hat dann beanstandet, daß ich nicht hinreichend deutlich gewesen sei, was mir sonst nicht zum Vorwurf gemacht werden könne. Ich hätte von falschen Freunden der Landwirtschaft gesprochen und hätte nicht gesagt, wen ich damit meine, ich hätte aber wahrscheinlich die Sozialdemokraten gemeint. Ich bestätige das dem Herrn Abg. Kolb (Heiterkeit).

Abg. Frh. v. Meusingen (Ztr.): Zunächst einige Worte an die Adresse des verehrten Kollegen Herrn Sängers. Der Mann, der die Treppe herunterfiel und keine Rente erhielt, ist von mir erwähnt worden, um das Rentensystem zu charakterisieren. Ich habe dadurch unzweideutig ausgedrückt, daß ich das Rentensystem auf dem Lande für forumpierend halte. Ich nehme an, daß die Bemerkung des Herrn Kollegen scherzhaft gemeint war, und daß er nicht ein Mißverständnis hat herbeiführen wollen.

Ich muß weiter dem Herrn Kollegen Sängers sagen, daß unsererseits niemals dafür geredet worden ist, als müßten die Leute zum Wunderdoktor oder sonst wohin gehen.

Wir haben immer dagegen gefochten, auch in unserem Vereinsblatte des Badischen Bauernvereins, unter anderem mit einem von Herrn Sängers erwähnten Artikel. Ich zweifle nicht, daß die Rede, die der Herr Kollege Sängers hier in früheren Jahren gehalten hat, nach allen Richtungen hin segensreich gewirkt hat, aber, ob gerade jener Artikel auf diese Rede zurückzuführen ist, das kann ich nicht feststellen. Immerhin würde es, wenn das der Fall wäre, eine segensreiche Folge der Rede des Herrn Kollegen Sängers gewesen sein. Die Zeitung, die der Herr Kollege Sängers erwähnt hat, und die in Offenburg herauskommt, ist mir nicht bekannt, ich weiß nicht, welcher politischen Richtung sie angehört. Jedenfalls aber, wenn sie daran schuld ist, daß auf ihren Artikel irgend Jemand zum Wunderdoktor gegangen ist, so kann ich das nur mißbilligen. Ich gebe auch zu, daß es immer noch Bauern gibt, die sich bei vorkommenden Krankheiten nicht an den Tierarzt sondern an alte Weiber und solche Leute wenden, die Wunderkuren treiben, das wird aber von uns vollkommen mißbilligt.

Im übrigen sind aber die Bauern nicht die einzigen Leute, die solche Sachen machen, Herr Kollege! Bitte sehen Sie sich doch einmal die Zeitungen an, wie viele Ankündigungen von Wunderdoktoren, Wahrsagern, Gesundheitsbetern und dergl. Sie dort finden (Sehr richtig!).

Es ist dem Herrn Kollegen auch ein Irrtum unterlaufen, als er hinsichtlich der Kosten der Viehver sicherung gesagt hat, daß die Verbandskosten von der Regierung getragen werden. Diese Kosten werden nicht ganz von der Regierung getragen, sondern nur insoweit sie 20 Pfennig der Umlage überschreiten.

Der Herr Kollege Gierich hat sodann getadelt, daß die landwirtschaftlichen Vereine — er hat wohl die Konsumvereine und die Bauernvereine gemeint — sich mit der Beschaffung von Haushaltungsartikeln, wie z. B. Seringen befassen. Auch ich kann das nur mißbilligen, denn diese Vereine sind nicht dazu da, um Seife und Postenträger anzukaufen, das bleibt eine Sache der Kaufleute, die ihre Steuern zahlen und die ein Recht darauf haben, daß ihnen nicht in dieser Weise Konkurrenz gemacht wird. Die Vereine aber haben selbst oft weniger solche Absicht; die lieben Hausfrauen, die manchmal recht sparsam sind, die auf den Pfennig sehen, haben es gern, wenn sie im Verein diese Hausbedarfsartikel kaufen können.

Nun hat mein Freund Wittemann bemängelt, daß man der Frage einer Viehverwertungsgenossenschaft nicht schon näher getreten sei. Ich gebe ohne weiteres zu, daß es vom Standpunkt der Theorie aus angesehen eine dankenswerte Aufgabe wäre, den Händler auszuscheiden und vom Viehproduzenten zum Schlächter einen direkten Verkehr anzubahnen. Ich gebe auch zu, daß es vielleicht vom grünen Tisch aus nicht so schwer aussieht, wie es sich tatsächlich gestaltet, wenn wir in die Praxis hinübertreten. Wir, der Bauernverein, haben nämlich, wie ja auch der Herr Kollege Säger ausführte, diesen Versuch gemacht, er ist aber gänzlich mißlungen. Die Metzger sind organisiert wie die Bauern auch, und ihre Organisation erstreckt sich über das ganze Land. Wir haben nun mit der Leitung der Metzger einen Vertrag abgeschlossen in der Weise, daß wir jeder einzelnen Organisation der Metzger an einem Hauptorte die umwohnenden Mitglieder unserer Vereine zugewiesen haben, und wir haben jeden Ort mit Anmeldekarten versehen, auf denen Bordrucke für Alter, Qualität, Gewicht usw. des betreffenden Stück Viehes sich befinden, und diese Karte sollte dann, sobald ein Stück Vieh zu verkaufen war, an die betreffende Innung gesandt werden. Von unserer Seite wurde dabei nichts versäumt, die Einrichtung funktionierte unsererseits ganz gut. Ein Punkt des Vertrages kam mir aber von vornherein verdächtig und schwierig vor, das war die Bestimmung, daß die Metzger das Vieh, welches sie beziehen, bar bezahlen sollten, und an dieser Bestimmung ist die Einrichtung gescheitert. Ich will ja zugeben, daß einige Großschlächter durchaus solvent sind, aber die große Menge der Metzger ist nicht in der Lage, bar zu zahlen, sie hängt eben vom Händler ab, und muß das Vieh abnehmen, das der Händler bringt. Das war der eine Grund, warum aus dem Unternehmen nichts wurde, und der andere Grund war der, daß die Herren Metzger doch schließlich gemerkt haben, daß ein Schleier von ihrem Gewerbe dadurch weggezogen wird, und daß dadurch die Konsumenten in der Stadt aufmerksam gemacht werden, wie das Preisverhältnis zwischen Vieh und Fleisch manchmal recht unangemessen ist. Ich glaube, daß das der Hauptgrund war, warum die Metzger keine rechte Freude an unserem Vertrage hatten, und daß dies Unternehmen schließlich im Sande verlief. Dies zur Kenntnisnahme für meinen Freund Wittemann und den Herrn Abg. Kolb, die sich über diese Sache ausgesprochen haben.

Nun möchte ich mich einmal sine ira et studio mit dem Herrn Kollegen Kolb über Zollgesetzgebung und Bauernpolitik auseinandersetzen. Es ist notwendig, daß man einmal die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Frage ins Auge faßt. Sie werden nicht bestreiten, daß in Witten und in St. Gallen die Sozialdemokratie noch zollfreundlich war. Dann kam der Umschwung und auf dem Stuttgarter Parteitag im Jahre 1898 wurde beschlossen, daß man sich gegen jegliche Zölle auf die Industrieprodukte allgemein ausspreche. Aber Herr Schippel (Protokoll Seite 172) betonte sofort, er wolle die nicht Partei auf den Punkt verpflichten, „daß die deutsche Industrie weit genug entwickelt ist, um des Schutzzolles entraten zu können.“ Ferner führte er gegenüber dem Vorwurf, als habe Deutschland einseitig die Schutzpolitik eingeführt, aus: „Wir haben den Schutzzoll nicht inszeniert, wir haben ihn auch nicht am weitesten getrieben, wir haben immer einen relativ mäßigen Schutzzoll in Deutschland gehabt, und wir können es uns ruhig verbitten, wenn uns der Vorwurf gemacht wird, wir hätten die anderen Länder in den Schutzzoll hineingetrieben. Aber sie sind alle schutzzöllnerisch geworden: Oesterreich, Italien, Frankreich, Schweiz, Republiken sogar wie Monarchien; wie sie kommen,

sind alle Schutzzöllner. Und das kann doch kein Zufall sein.“ Er sagt weiter: „Die Menschheit läuft doch nicht auf dem Kopfe herum, sondern es müssen tiefere Ursachen für einen solchen Entwicklungsgang vorhanden sein.“ Protokoll Seite 177 gesteht Schippel: „Wo die Industrie sich erst entwickeln soll, da sind die fortschrittlichen Elemente der Arbeiterklasse immer schutzzöllnerisch.“ „Wer sind denn die führenden Freihändler?“, fragt Schippel Seite 179, „das sind die internationalen Handelstreibenden, die Seeleute, die Kaufleute. Wenn der Industrie die Zölle wehe täten, wären sie dagegen.“ Er sagt, „die Arbeiter sind nicht reine Konsumenten“, also das gibt auch Schippel zu. Der Gegner der Schutzzollpolitik, der Herr Kautsky, macht auch folgende wertvolle Zugeständnisse. Er sagt: „Wenn die deutschen Agrarier Schutzzölle verlangten in dem Moment, wo die deutsche Landwirtschaft aufhörte zu exportieren, so war das von ihrem Standpunkt aus durchaus gerechtfertigt. Es besteht Not in der Landwirtschaft. Es wäre ungeheuerlich, daß dem Landwirt der Zollschutz genommen und der Industrie gewährt werde“ usw.; Kautsky sagt dann: „Um so viel teurer ist das Brot auch gar nicht geworden. Trotz des Zolles haben wir billigere Getreidepreise wie damals. Aus demselben Grunde haben andere Länder Agrarzölle neben Industriezölle.“ Und nun wird mir eben die Oktobernummer der „Sozialistischen Monatshefte“ übergeben, wo der ehemalige Reichstagsabgeordnete Edmund Fischer zu folgendem Geständnis kommt: „Die handelspolitischen Resultate der jüngsten Zeit fordern aber auch geradezu heraus, die Zollfrage einer Prüfung zu unterziehen. Der große wirtschaftliche Aufschwung, der nach Abschluß der Caprivi'schen Handelsverträge einsetzte und viele Jahre anhielt, wurde auch von uns — wenigstens in der Agitation — wenn auch nicht ausschließlich, so doch zum Teil auf das Konto der Caprivi'schen Handelspolitik gesetzt. Die Konsequenz erforderte nun, den jetzigen Aufschwung auf das Konto des Wuchertarifs zu setzen. Jedenfalls müssen wir zugestehen, daß unsere Prophezeiungen, die wir diesem Tarif mit auf den Weg gaben, in bezug auf unseren auswärtigen Handel nicht eingetroffen sind. Die Handelsverträge kamen zustande, der Export stieg ganz bedeutend, und eine allgemeine, starke und, wie es scheint, anhaltende Prosperität von Handel und Industrie ist zu verzeichnen. Mag man auch sagen: nicht Dank diesem Tarif, sondern trotz seiner, so kann man doch nicht behaupten, jedenfalls nicht beweisen, daß unsere Industrie besser daftünde, wenn Deutschland jedweden Zollschutzes entbehrte.“

Und eine ähnliche Konstatierung finde ich im „Volkshaus“, Nr. 266 vom 14. November, wo die Geschäftsergebnisse der industriellen Unternehmungen anerkannt werden.

Zwischenhinein möchte ich dem Herrn Kolb auch bemerken, daß nicht in Deutschland die Produkte den höchsten Preis erreicht haben sondern im Ausland. In Berlin betrug die Steigerung der Getreidepreise pro Tonne im Durchschnitt zwischen den Jahren 1907 und 1906 27 M., während sie in Wien 38 M., in Budapest 37 M. usw. betragen hat. Es ist im Durchschnitt nur das Schlachtvieh um 9 M. pro Doppelzentner gestiegen. Gefallen sind die Schweine, die Kartoffeln, Hopfen, Butter, Rohzucker usw.

Die Stellung der Sozialdemokratie zur Bauernfrage und die Taktik bei der Agitation hat der „Genosse“ Krehwinkel in Halle im Jahre 1890, Protokoll Seite 69, ganz nett charakterisiert: „Wollten wir den Leuten — nämlich den Bauern — mit den Berliner Ideen kommen, man würde sagen, die Kerle kommen aus dem Narrenhaus.“ (Sehr gut! im Zentrum; Heiterkeit.)

Und Bloß sagt in Halle (Protokoll Seite 185, 186): „Wir brauchen, um das ländliche Proletariat heranzuführen, vor allen Dingen praktische Forderungen.“

In Köln, im Jahre 1893, hat man schon etwas bessere Erfahrungen mit der Landagitation hinter sich, und da heißt es: „Der angeblich antikonfessionelle Bauernschädel des Landproletariats bietet gegen das Eindringen sozialdemokratischer Ideen keinen Widerstand.“ (Protokoll Seite 49).

Liebke rät, eine andere Sprache zu sprechen. „Der Bauer will Tatsachen, er versteht auf Redensarten.“ Daher machte man sich in Frankfurt an die Aufstellung eines Agrarprogramms. Aber es ist nichts daraus geworden.

Schönlund möchte gern die rägelbeschlagenen Schuhe der Bauern nicht auf seinem Leib haben, sondern sie auf seiner Seite gegen die anderen Leute haben, wenn es zum Kladderadatsch kommt.

Herr Schulze-Königsberg sagt: „Der Bauernstand beutet die Arbeiter eben so schlimm aus, wie der landwirtschaftliche Großbetrieb. Wir können die feindliche Klasse nicht gewinnen. Ebenjogut könnte man von uns die Gewinnung der Handwerker fordern.“ (Protokoll Seite 155.)

Nach dem Frankfurter Parteitag veröffentlichte Engels unter anderem folgendes: „Die Entwickelung des Kapitalismus vernichtet das kleinbäuerliche Grundeigentum. Unsere Partei ist sich vollständig klar darüber, hat aber keinen Anlaß, diesen Prozeß durch eigenes Eingreifen noch extra zu beschleunigen. Gegen richtig gewählte Maßregeln, die dem Kleinbauern den unvermeidlichen Untergang weniger schmerzhaft machen sollen, läßt sich prinzipiell nichts einwenden. Geht man weiter, will man den Kleinbauer permanent erhalten, so erstrebt man nach meiner Ansicht ökonomisch Unmögliches, opfert das Prinzip, wirkt reaktionär.“ Ja, wenn soll ich nunmehr glauben, dem Herrn Kolb oder dem Herrn Engels? Welches ist die größere Autorität, frage ich dieses Haus, Herr Engels oder Herr Kolb?

Nun kommt noch Bebel dazu und sagt auf dem Breslauer Parteitag (Prot. S. 117): „Wir können dem Kleinbauern nicht seine Konservierung versprechen. Das würde nicht nur unserer ganzen bisherigen Parteitätigkeit sondern auch unserem Programm widersprechen.“ Wenn ich die Wahl habe zwischen Herrn Bebel und Herrn Kolb, so muß ich mit Bedauern gestehen, daß ich mich zugunsten der Autorität des Herrn Bebel ausspreche.

Kautsky sagt: „Das Agrarprogramm verlangt, daß wir dem Bauer auf dem Lande das gewähren, was wir dem Industriearbeiter in der Stadt nicht gewähren: die Sicherstellung der wirtschaftlichen Existenz. Das können wir nicht.“ (Abg. Pfeiffle: Wie viel Zitate könnte man gegen das Zentrum bringen?) Sind die Zitate falsch, so können Sie sich das Wort erbitten und dagegen fechten. Ueber die Art, wie Sie auf dem Lande draußen agitieren sollen, hat der „Genosse“ Scheidemann in Gießen den Rat gegeben, in Äußerungen recht vorsichtig zu sein; die Parteipresse sollte törichte Äußerungen über die Religion nicht an die große Glocke hängen. Herr Kollege Kolb, deswegen tut es Ihnen auch leid, daß Sie die Bemerkung von der Flurprofession gemacht haben, nicht wahr?

Nun hat Herr Kollege Kolb sich auch in die Details der Landwirtschaft hinversenkt und hat damit angefangen, daß er aus dem „Pfälzer Boten“ einen Artikel verlesen hat, worin einer jammert, der Hafer koste 11 M. Solche subalterne Äußerungen in einem Blatt machen auf mich keinen Eindruck. Das weiß Jeder von uns, daß der Verkauf des Hafers insbesondere dem kleinen Manne nützt. Denn der kleine Mann baut Hafer,

um ihn zu verkaufen an die Intendantur oder an den Händler. Wenn einer mit Ähren fährt, braucht er keinen Hafer für seine Wirtschaft. Es sollte Ihnen daher außerordentlich angenehm sein, daß der Hafer 11 M. gekostet hat, und wenn ein Droschkentrittscher in einem Blatte darüber mault, so kann uns das einerlei sein!

Dann hat es mich sehr gewundert, daß Herr Kollege Kolb so verächtlich über den Kartoffelbau und die Bauern gesprochen hat. Er sagt, er gehe sehr viel auf das Land hinaus. Ich möchte dem Herrn Kollegen Kolb raten, sich einmal die Gegend zwischen Karlsruhe und Rastatt anzusehen. Wenn er soweit in der Welt herumgekommen ist und die dänische und chinesische Landwirtschaft kennt, so wird er zugeben müssen, daß kein Fleck auf der Erde zu finden sein dürfte, wo der Kartoffelbau in solcher Vollendung betrieben wird wie zwischen hier und Rastatt! Da werden Erträge erzielt, die nicht gesteigert werden können. Und Herr Kollege Kolb tut, als ob er England entdeckt hätte. Diese Bauern haben Kartoffeln nach England geliefert, bevor Sie lesen und schreiben gelernt haben! Diese Exemplifizierung auf Dänemark und auf den Export nach England kann auf uns keinen Eindruck machen. Wie können wir ohne weiteres Produkte nach England liefern? Wir sitzen nicht am Meer wie Belgien und wie Dänemark. Wir können auch nicht mit der Normandie konkurrieren, eben so wenig wie mit der sarmatischen Tiefebene, welche den denkbaren fruchtbarsten Boden hat, den es überhaupt gibt. Ich gebe aber ohne weiteres zu, daß in dieser Beziehung noch eine Ausdehnung möglich ist, und kann auch sagen, daß wir gerade im Begriffe sind, uns den Weg nach England zu bahnen für Eierexport. Aber das ist nicht so einfach. Wenn Sie das Deltredere für die englischen Firmen, die an uns kommen, übernehmen, so liefern wir Eier, soviel Sie wollen! Aber wir danken dafür, hereinzufallen! Erst muß man sich die Leute ansehen!

Dann hat Herr Kolb sich auch in die Frage der Düngung versenkt. Ich habe es schon seit langen Jahren als meine Aufgabe betrachtet, alle möglichen Dünger auszubücheln. Ich war einer der ersten, der mit Kainit angefangen hat, und ich kann sagen, wenn man nicht im voraus die Physiologie der Ackerkrumme hat, dann kann man nicht darüber sprechen, welche Art von Dünger im gegebenen Fall anzuwenden sei. Wir sind in der Düngerfrage auf der gleichen Höhe wie eine Masse anderer Leute. Wir haben schon gemergelt und gelakt und haben beim Chilisalpeter angefangen und sind bis zum billigen Kainit gegangen, lange ehe die Herren, die im Landtage so klug reden, so etwas gedacht haben. Eines schickt sich nicht für alle!

Der Herr Kollege Kolb hat gesagt, wir sollten uns doch genossenschaftlich organisieren, und er hat dann eine abfällige Bemerkung darüber gemacht, daß die bestehenden Genossenschaften sich bekämpfen. Hinsichtlich der letzten Behauptung will ich bemerken, daß Konkurrenz niemals schadet. Wir werden uns wahrscheinlich in Zukunft auch nicht mehr so bekämpfen wie jetzt; wenigstens unsererseits ist die Streitart schon längst begraben. Aber daß ein edler Wettstreit zwischen den einzelnen Genossenschaften besteht, kann nur von der allerbesten Wirkung sein. Was das Genossenschaftswesen, das vom Herrn Kollegen Kolb viel angepriesene, angeht, so möchte ich die Herren Sozialdemokraten ersuchen, daß sie es uns vormachen. Bis jetzt habe ich nur von verachteten sozialdemokratischen genossenschaftlichen Gründungen gehört, aber von einer, die etwas taugt, habe ich noch nichts gehört. Ich bin aber der Belehrung zugänglich. Der Herr Kollege Kolb weiß jedenfalls von seiner früheren

Genossenschaft in Karlsruhe, daß diese nicht zu besonderer Blüte gekommen ist. Ich bestreite daher den Herren Sozialdemokraten das Recht, uns über die Institution und die Wirkung des Genossenschaftswesens sowie über die Tätigkeit der Genossenschaften irgend welche Belehrungen zu erteilen.

Was nun die politische Stellung des Herrn Kolb angeht, so hat ja der verehrte Herr Minister des Innern schon zu wiederholten Malen den Schleier von dem Revisionismus hinweggezogen, und ich kann mich dem nur anschließen, indem ich sage, daß das zarte Pflänzchen des Revisionismus eigentlich ein ausgewachsener Humbug ist! (Beifall beim Zentrum. — Abg. Pfeiffle: Sehr geistreich!)

Referent für Pferdezüchtungsangelegenheit Graf v. Bismarck: Es ist wiederholt, seit ich das letzte Mal vor Ihnen zu sprechen Gelegenheit hatte, die Pferdezüchtung behandelt worden, und es ist mir die Aufgabe gestellt, auf die einzelnen Bemerkungen zu antworten.

Es hat der Herr Abg. Weißhaupt bedauert, daß die Remontemärkte eingegangen seien, und er hat den Wunsch ausgesprochen, daß die Remontemärkte wieder zur Einführung gelangen möchten. Die Remontemärkte sind bei uns aufgehoben worden nicht durch unser Zutun, sondern von seiten des Kriegsministeriums, auf das wir keinen Einfluß haben. Aber ich muß gestehen, daß die Remontemärkte auch während ihres Bestehens unseren Pferdezüchtern nicht zur Freude gereichten. Es ist eine so verschwindende Zahl Pferde angekauft worden, daß man sich geradezu geniert, sie zu nennen. Das letzte Mal waren es überhaupt nur zwei Pferde. Daß trotzdem die Remontemärkte lange Jahre bei uns abgehalten worden sind, ist nur darauf zurückzuführen, daß die Militärverwaltung die Hoffnung gehegt hat, durch Abhalten von Remontemärkten zur Zucht von militärbrauchbaren Pferden anzuregen und so für den Mobilmachungsfall einen Stamm von für Armeezwecke brauchbaren Pferden im Lande zu erzielen. Später hat diese Anschauung einer anderen Platz gemacht. Man hat sich gesagt — und zwar seit der jetzige Remontemärkteinspektur, Generalleutnant v. Damnit, das Remontemärkteinspektur im Kriegsministerium unter sich hat —, daß die Remontemärkte einen schädlichen Einfluß auf die Pferdezüchtung derjenigen Länder ausüben, in denen die natürlichen Bedingungen zur Erzielung von kriegsbrauchbaren Pferden nicht gegeben wären. Und das ist bei uns der Fall. Und zwar aus zwei Gründen. Erstens ist bei uns der Grund und Boden ein so parzellierter geworden, daß es nicht mehr möglich ist, Stutenstämme auf lange Generationen zu erhalten, und zweitens liegt unserer Landwirtschaft viel mehr daran, ein für landwirtschaftliche Zwecke mehr brauchbares Pferd zu erzielen als ein Armeepferd. Beides zusammen in denselben Individuen zu züchten, gelingt aber nicht. Jede Tierzucht hat ja mehr und mehr nach Spezialisierung gedrängt, und genau so war es mit der Pferdezüchtung. Wir haben früher mehr ein Pferd herzustellen versucht, welches allen Zwecken dienlich war. Jetzt hat man auch darin spezialisiert: man zieht Pferde für landwirtschaftliche, industrielle Zwecke, man zieht Luxusperde und zieht Pferde für Militärzwecke.

In früherer Zeit — sie liegt übrigens noch nicht so sehr lange zurück — war das Pferd wie durch Jahrtausende hindurch der eigentliche Verkehrsträger und das eigentliche Verkehrsmittel. Das hat mit den Eisenbahnen aufgehört, und diese gewaltige Verwendung des Pferdmaterials ist in einer verhältnismäßig kurzen Zeit ausgelöscht worden. In die vollständig neugeschaffenen Ver-

hältnisse mußten sich die Züchter erst eingewöhnen, mußten sich sagen, daß das Pferd für die Post, für den Frachtverkehr, nicht mehr gezüchtet zu werden braucht, weil es keinen Absatz mehr findet, und mußten sich sagen, daß man aus wirtschaftlichen Verhältnissen genötigt sei, die Pferde zu ziehen, die augenblicklich unser Markt verlangt, und das sind, wie ich eben erwähnte, nur drei Sorten: Pferde für Landwirtschaft und Industrie, Pferde für Luxuszwecke und Pferde für Militärzwecke. Die Zucht dieser drei Sorten Pferde zu vereinigigen, ist unmöglich und führt zu keinem Ziele.

Das Pferd für den Luxus zu züchten würde für unsere Verhältnisse nicht passen. (Sehr richtig!) Wir haben im allgemeinen mit kleinen landwirtschaftlichen Betrieben zu tun, und das Luxuspferd ist lediglich in gestümmelten Betrieben herstellbar. Infolgedessen scheidet es für uns vollständig aus.

Das Pferd für Militärzwecke zu züchten würde an sich wohl bei uns möglich sein. Wir haben außerordentlich günstige klimatische Verhältnisse für diese Pferdezüchtung. Aber dem steht eine andere Sache entgegen: In den Ländern, in denen hauptsächlich Remontepferde gezüchtet werden, sind seit vielen Jahrzehnten Stutenstämme angelegt worden, und das männliche Zuchtmaterial ist ebenfalls nach der Richtung der Militärbrauchbarkeit ausgewählt. Es sind ganz andere Ansprüche, die an ein Pferd gestellt werden, das für Kriegszwecke brauchbar sein soll, als sie an jedes andere Pferd gestellt werden. Für ein kriegsbrauchbares Pferd braucht man einen absolut korrekten Gang, während das für alle übrigen Gebrauchszwecke nicht so notwendig ist. Und zwar ist dieser absolut korrekte Gang deshalb nötig, weil Pferde, die ermüden, sich zunächst an den Beinen beschädigen und schließlich liegen bleiben, nicht aus allgemeiner Mattigkeit, denn das Pferd ist ein Geschöpf, welches so lange geht, als die Nervenkraft irgend ausreicht, sondern weil das Tier eben mit verletzten Beinen nicht mehr weiter kommt. Dann muß die Militärverwaltung darauf sehen, daß das Pferd ein großes Galoppiervermögen besitzt, weil bei den heutigen Schußwaffen das Zurücklegen langer weiter Strecken im Galopp zur unbedingten Notwendigkeit für Kriegszwecke geworden ist. Solche Pferde eignen sich nicht besonders zum landwirtschaftlichen Betriebe. Im Gegenteil, nur zur Not kann man sie einigermaßen im landwirtschaftlichen Betriebe verwenden, und zwar sind sie dort meistens nur vierspännig zu gebrauchen. In den Gegenden, wo Militärpferde für landwirtschaftliche Zwecke benutzt werden, sehen Sie häufig einen Erntewagen mit vier Pferden bespannt nach Hause fahren. Das wäre bei uns vollständig unmöglich, denn da sind weder Wege da, noch eignet sich die Größe der Betriebe dazu, mit den Pferden so vorzugehen.

Es bleibt uns bei dieser Sachlage nichts anderes übrig, als uns zu bescheiden, wenn das Kriegsministerium bei uns die Remontemärkte abgeschafft hat. Wir haben wirklich sehr wenig daran verloren, und wir haben damit eigentlich nur noch eine Illusion erweckt, die nicht erfüllt werden konnte, und meist haben solche Remontemärkte einen traurigen Eindruck gemacht.

Wir sollten uns deshalb bestrengen, lieber ein Pferd zu züchten, was für den landwirtschaftlichen Gebrauch besonders gut vereigenschaften ist. Welches Pferd für den landwirtschaftlichen Gebrauch besonders gut vereigenschaften ist, darüber muß der Landwirt selbst am besten befinden. Wir haben auch nach dieser Richtung hin uns schon wiederholt ausgesprochen, daß allgemein jetzt die kaltblütigen Pferde als diejenigen angesehen werden, welche sich für den landwirtschaftlichen Betrieb am besten eignen. Im allgemeinen ist das richtig; aber es ist doch bloß in manchen Gegenden der Fall.

Es gibt immer noch Gegenden, die besser daran tun, sich mit dem Halbblutpferd zu befassen und ihre landwirtschaftliche Arbeit durch Halbblutpferde verrichten zu lassen; das sind diejenigen Gegenden, in welchen die Aufzucht sehr schwerer Pferde, also Aufzucht solcher Pferde, welche in ihrer Jugend große Futterquantitäten bedürfen, um sich zu entwickeln, nicht betrieben werden kann. Von diesem Gesichtspunkte aus müssen wir uns allerdings bei der hergebrachten Halbblutzucht bescheiden.

Daß eine Bevorzugung der norddeutschen Remontezüchter durch die Remontekommissionen stattgefunden habe, kann nicht gesagt werden. Diese Kommissionen sind in Norddeutschland im Gegenteile noch sehr viel strenger wie bei uns. Allein in Ostpreußen wurden 24000 Remonten vorgestellt und nur 10000, das ist noch nicht die Hälfte, angekauft. Man war dort sehr streng in der Auswahl und wies Pferde zurück, die bei uns nicht zurückgewiesen worden wären; wir haben einen Spezialfall, indem eine dort zurückgewiesene Stute zu uns kam, sich bei uns nicht bewährte (sie nahm nicht auf), vierjährig der Remontekommission vorgestellt und sofort angekauft wurde.

Bei der Zucht eines Pferdes, das für landwirtschaftliche Zwecke brauchbar ist, möchte ich, veranlaßt durch eine Bemerkung des Herrn Abg. Brodmann, doch noch darauf hinweisen, daß gerade dort, wo sehr viel Sinn für Tierzucht überhaupt vorhanden ist, auch die Pferdezüchtung sich am besten bewährt und entwickelt hat. Es ist nicht so aufzufassen, als ob, wenn nun irgendwo sich das Interesse der Bevölkerung der Rindviehzucht zugewendet hat, diese Bevölkerung deshalb weniger für die Pferdezüchtung vereinschaftet ist; im Gegenteile! Sie haben den Beweis dafür gerade in Ostfriesland, in den Wesermarschen, in den Elbmarschen, in Holstein und auch in Ostpreußen. Diejenigen Leute, die gute Tierzüchter überhaupt sind, sind auch gute Pferdezüchter. Ich glaube, daß das Interesse für die Zucht sich eigentlich auf alle Tiere erstreckt; ein Landwirt ist eben entweder überhaupt ein Züchter oder er ist es nicht, und dann hat er vielleicht mehr Sinn für Gewächsbau oder Anderes. Bei diesen ist es vielleicht seltener, daß Liebhaberei und Befähigung zur Zucht vorhanden sind, während die Zucht von irgendwelchen Tierarten immer auf demselben Hauptprinzip basiert, immer dieselbe Liebe zu dieser Beschäftigung und dasselbe Interesse voraussetzt.

Dann hat der Herr Abg. Jhrig mir die Zuchtgenossenschaft Schwезingen empfohlen. Es ist selbstverständlich, daß diese Genossenschaften berücksichtigt werden. Daß sich in Schwезingen eine Genossenschaft bildet, die sich die Kaltblutzucht als Ziel steckt, begrüßen wir mit Freuden, nur müssen natürlich Erwägungen vorausgehen; es muß die Bedürfnisfrage vorher geprüft werden, die Züchter gefragt, es müssen die Nachbarhengistationen befragt werden, da es nicht im Interesse der Sache liegen kann, wenn sich nahegelegende Hengistationen gegenseitig Konkurrenz machen. Jedenfalls wird die Sache unterstützt, und soweit es irgend angängig ist, wird den vom Herrn Jhrig vertretenen Wünschen Folge geleistet werden.

Der Herr Abg. Hilbert hat nun einen Rückgang in unserer Halbblutzucht im Oberlande konstatiert. Bei der Frage nach dem Grund dafür hat er zunächst erklärt, er glaube diesen Rückgang nicht auf die Remontierung der Kriegsjahre 1859, 1866 und 1870 zurückführen zu sollen; ich glaube auch — und darin gehe ich mit ihm einig —, daß das jedenfalls nicht der Hauptgrund gewesen ist. Freilich sind, wie der Herr Abg. Hilbert uns ja selbst gesagt hat, in jenen Remontierungen in den siebziger Jahren dort allein 700 Pferde ent-

nommen worden; und wenn wir annehmen, daß nur die Hälfte davon Stuten waren, dann sind das schon 350 Stuten. Der Herr Abg. Hilbert wird mit mir eins sein darin, daß wir im ganzen Oberlande überhaupt nicht viel mehr als 250 erstklassige Stuten haben, und wenn die also weggenommen sind, reißt das doch eine sehr bedeutende Lücke.

Aber der Rückgang, von dem der Herr Abg. Hilbert gesprochen hat, hat eine ganz andere Ursache. Diese Ursache liegt in der Ausschaltung des Pferdes als Träger des Verkehrs. Mit diesem Rückgang in der Verwendung des Pferdes als Verkehrsträger hat die Halbblutzucht überall in der ganzen Welt zu kämpfen. Es ist jetzt ein Buch erschienen, das vielleicht dem Herrn Abg. Hilbert auch bekannt ist; es ist betitelt: „Die Not der deutschen Pferdezüchtung“ und verfaßt von einem Herrn Rau; es ist interessant, wie der Gedanke, daß die Verwendung des Pferdes als Verkehrsträger aufhört und daß infolgedessen diejenigen Pferde, die hauptsächlich diesem Zwecke gebient haben, ausgeschaltet werden, sich auch durch dieses Buch wie ein roter Faden hindurchzieht. Gerade im badiſchen Oberlande hat man früher Frachtpferde produziert; das alte Baarpferd war ein ausgesprochenes Frachtpferd, es diente hauptsächlich dazu, die Getreideausfuhr der Baar nach der Schweiz zu vermitteln. Die Baar war früher die Kornkammer der Schweiz, solange, bis die Getreideinfuhr nach der Schweiz auf dem Wasserweg und auf der Bahn so billig wurde, daß diese ausschlaggebende Stellung der Baar als Kornkammer der Schweiz nicht mehr so im Vordergrund stand. Ueberall dort, wo verfrachtet wird, wird jetzt mittels Bahn verfrachtet; das Pferd hat seine Bedeutung in dieser Beziehung eingebüßt, und wir müssen dort in der Baar jetzt daran denken, ein Arbeitspferd oder ein Militärpferd zu züchten, und — da das Militärpferd, wie oben ausgeführt, wegfällt — bleibt für uns nur übrig, ein Arbeits- oder ein Industriepferd zu züchten.

Die klare Erfassung des Zieles und Zweckes, mit dem man züchten will, ist natürlich überall die allererste Grundbedingung einer jeden erfolgreichen Zucht; aber gerade diese klare Erfassung des Zuchtzieles hat in der Baar nicht stattgefunden. Ich habe mich schon oft und immer bemüht, dort in dieser Beziehung Klarheit zu schaffen; ich habe auch schon das Vergnügen gehabt, mit dem Herrn Abg. Hilbert in Besprechungen zusammen zu sein, er wird mir zugestehen müssen, daß ich mich nach Möglichkeit bemüht habe, in dieser Beziehung Klarheit zu geben und im Interesse der Landwirtschaft dasjenige, was die Landwirtschaft von der Pferdezüchtung verlangt, in den Vordergrund zu rücken.

Solche Umwälzungen in der Zucht gehen nur in der Regel nicht sehr schnell vor sich; man braucht ganz sicher Pferdegenerationen, wenn nicht gar Menschen-generationen, um von einer Zuchttrichtung in die andere zu gelangen. Die Landwirte dort werden selbst am besten wissen, ob sie zu der Kaltblutzucht übergehen oder ob sie noch bei der Halbblutzucht bleiben wollen; wenn sie aber bei der Halbblutzucht bleiben wollen, dann wird ihnen zu raten sein, diese möglichst schwer zu treiben.

Es ist mir nun freilich recht schwer geworden, den Vorwurf wegen der Hengste herunterzuschleudern, den mir der Herr Abg. Hilbert gemacht hat; denn diese Hengste habe ich größtenteils selbst gekauft, und deshalb richtet sich dieser Vorwurf gegen mich. Der Herr Abg. Hilbert hat den Hengststall besucht; ich muß sagen, daß ein Stall, in dem im Gros zweijährige Hengste sind, immer einen ungünstigeren Eindruck macht wie ein Hengststall, in dem das Gros der Hengste volljährig ist.

Im ersten Falle sind die Hengste noch nicht entwickelt, sie sind muskelärmer, haben die volle Entwicklung, die volle Reife noch nicht; infolgedessen macht ein Deckhengst, der in langjährigem Hasefütter steht und nichts weiter tut als decken, immer einen besseren Eindruck. Wenn (zum Abg. Hilbert gewendet) Ihnen der Stall des Herrn Hauptmann Fischer besser gefallen hat, so kann ich das als eine Anerkennung ansehen, denn auch diese Hengste habe ich gekauft mit einer einzigen Ausnahme. Und was den „Diamantengrafen“ anbelangt, so habe ich ihn den Herren ausgeben, ich habe ihn den Herren immerfort wieder gezeigt, — und Niemand hat ihn gewollt; schließlich, weil ihn Niemand wollte, hat ihn Herr Hauptmann Fischer genommen. Ich gebe zu, daß dessen Stall sehr gut besetzt ist. Ich glaube, er ist deshalb besonders gut mit Hengsten besetzt, weil Herr Hauptmann Fischer doch ein besseres Urteil über Hengste hat als der größte Teil derjenigen Herren, die gekommen sind, sich Hengste auszusuchen. Ich betone: Wir haben immer und immer den Genossenschaften zuerst die Hengste angeboten; und in diesem Falle hat Herr Hauptmann Fischer den Hengst erst erhalten, nachdem die Genossenschaften ihn nicht genommen haben. Eine größere Auswahl kann das Ministerium den einzelnen Hengsthältern nicht zur Verfügung stellen; wir können nicht einen Laden von Hengsten anfangen (Heiterkeit) und dort die Hengsthältern ausfinden lassen. Wir haben für jeden Hengsthälter einen Hengst, mehr können wir nicht machen. Wir können nur soweit entgegenkommen, als diejenigen Gegenden, wo die Pferdezeit in hoher Blüte steht, von uns die Vorwahl erhalten. Deshalb haben wir die Herren vom Oberland immer zuerst eingeladen, anzusehen, sie haben immer die Auswahl gehabt; die späteren haben dann keine Auswahl mehr gehabt, diese haben die Hengste nehmen müssen, wie wir sie hatten.

Der Herr Abg. Hilbert hat bemerkt, daß die Hengste nicht zweijährig gekauft werden sollten. Da stimme ich vollständig mit ihm überein. Wenn es möglich wäre, die Hengste zuchtreif zu kaufen, da wären wir sehr viel weiter, und ich hätte die Kritik lange nicht so zu fürchten gehabt, wie ich sie zu fürchten habe, weil wir eben die Hengste zweijährig ankaufen müssen, und zwar deshalb, weil alle übrigen Staaten, die staatliche Hengsthaltung haben, z. B. Preußen mit einem Bestande von ca. 3800 staatlichen Hengsten, ihre Hengste alle zweijährig kaufen. Was dann übrig bleibt, ist ja natürlich nur der Ausschuss. Wenn man also einen Hengst in zuchtreifem Alter findet, so kann nur folgendes passiert sein: entweder war der Hengst zufälligerweise krank, als die preussische Gestütsverwaltung ihre Hengstankaufsreise machte, und konnte infolgedessen nicht vorgestellt werden, oder er ist von der preussischen Gestütsverwaltung nicht genommen worden und demzufolge auch wahrscheinlich minderwertig. Infolgedessen bleibt uns nichts übrig, als die Hengste zweijährig zu kaufen und das damit verbundene große Risiko auf uns zu nehmen. Früher wurden diese Hengste sofort einem Hengsthälter übergeben. Es hat nun das Groß. Ministerium des Innern den Hengsthältern gegenüber ein großes Entgegenkommen dadurch gezeigt, daß es den Hengsthältern einen Teil des Risikos tragen hilft. Das Ministerium nimmt diese Hengste erst nach Karlsruhe, behält sie dort ein ganzes Jahr, bis sie sich einigermaßen entwickelt haben und an Stallhaltung, Hasefütter — sie kommen mitunter direkt von der Weide und haben noch kaum Hasefütter —, an das Geschirr und die menschliche Behandlung etwas gewöhnt haben, sodas das Risiko etwas ausgeschaltet wird und die Hengsthältern infolgedessen etwas besser fahren.

Es tut mir sehr leid, daß ich in dieser Richtung auch keine Abhilfe versprechen kann, denn wie gesagt, ich wüßte

keinen Weg, den wir beschreiten können, um ältere, volljährige und gleich brauchbare Hengste zu beschaffen.

Abg. Dr. Seimbürger (Dem.): Nachdem nun von allen Seiten die Frage der Zoll- und Handelspolitik so ausführlich besprochen worden ist, werden Sie wohl von mir erwarten, daß ich nun auch eine Darlegung unserer Stellungnahme zu dieser Frage gebe. Ich glaube aber, mir den Dank des Hauses zu verdienen, wenn ich mich da auf wenige Worte beschränke.

Gewundert hat es mich, daß von den Anhängern des hohen Zolles versucht worden ist, zu bestreiten, daß der Zoll auch wirklich die Preise der mit dem Zoll bedachten Waren verteuert hat. Wenn diese Bestreitung richtig wäre, dann hätte der Schutz Zoll doch überhaupt seinen Zweck verfehlt; denn der Zweck des Schutz Zolls ist doch gerade der gewesen, die Preise in die Höhe zu treiben. Mit dieser Begründung hat man ausdrücklich den Schutz Zoll überall eingeführt. Ich glaube also, man würde der Zollpolitik ein schlechtes Zeugnis ausstellen, wenn man wirklich in der Lage wäre, zu beweisen, daß der Zoll die Preise nicht erhöht habe, daß er mit anderen Worten seinen Zweck verfehlt habe. Es liegt auch ein gewisser Widerspruch darin, daß die Herren den Preissturz, der im Anfang der 90er Jahre eingetreten ist, ausschließlich auf die Copriovische Handelspolitik zurückzuführen, also mit anderen Worten sagen wollen: eine Herabsetzung des Zolles hat jenen ungeheuren Preissturz herbeigeführt, eine Herabsetzung des Zolles dagegen ist nicht geeignet, wieder eine Erhöhung der Preise herbeizuführen. Das sind doch Widersprüche, die darauf hinweisen, daß diese ganze Beweisführung nicht richtig sein kann. Man kann sich zu dem Zoll stellen, wie man will; aber daß die Preise dadurch verteuert werden, das muß man doch wohl zugestehen, denn das ist wie gesagt der Zweck, den man damit verfolgt hat, und das ist auch die unausbleibliche Folge davon.

Ich möchte meinen Standpunkt nicht noch ausführlicher darlegen. Ich möchte nur noch sagen, es hat überhaupt keinen großen Zweck, hier im badischen Landtage gerade in diesem Jahre immer und immer wieder über die Frage der Schutz Zölle und des Freihandels große Debatten zu führen. Praktischen Wert hat das jedenfalls nicht; denn wir haben nun einmal durch die neuen Handelsverträge eine uniere Zollpolitik auf 12 Jahre hinaus festgelegt. Vor Ablauf dieser Zeit wird zweifellos eine Aenderung nicht eintreten, und deshalb meine ich, man sollte insbesondere in Körperschaften, die an und für sich über die Zollfrage gar nicht zu entscheiden haben, lieber abwarten, wie sich diese neue Schutz Zollpolitik im Laufe der Jahre bewähren wird; die Debatten werden dann, wenn man etwa eine 10jährige Erfahrung hinter sich hat, fruchtbarer werden und sich mehr auf dem Boden der Wirklichkeit bewegen, als das heute der Fall ist (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen). Damit möchte ich diese allgemeine Frage verlassen und einige spezielle Fragen behandeln.

Es ist von dem Herrn Abg. Meyer-Lahr in der allgemeinen Debatte über das Ministerium des Innern auch über die Kreditkassen und die Sparkassen, über das gegenseitige Verhältnis dieser beiden Arten von Kassen, gesprochen und dabei ein etwas mißbilligender Seitenblick auf die ländlichen Kreditkassen geworfen worden. Ich meine, vom Standpunkt der Landwirtschaft aus kann man dies nicht billigen. Beide Arten von Kassen, die Sparkassen und die Kreditkassen, erfüllen jede ihren besondern Zweck. Daß unter Umständen auch eine gewisse vielleicht unliebbare Konkurrenz einmal eintreten kann, das ist nicht zu leugnen. Aber das wird man

eben in Kauf nehmen müssen. Jedenfalls würde man durch eine Beschränkung oder gar Unterdrückung der ländlichen Kreditkassen einen größeren Schaden herbeiführen, als er vielleicht da und dort durch die Konkurrenz, die diese Kassen den Sparkassen machen, hervorgerufen wird. Das dürfen wir doch wohl sagen: Das ländliche Kreditwesen ist durch Einführung der Kassen bedeutend verbessert worden. Früher hat der Bauer, der Geld brauchte, sich doch in der Regel an einen gewerbsmäßigen Geldverleiher gewendet, oder er hat auch, wenn er ein Stück Vieh kaufen mußte, es von dem Händler auf Borg genommen, er ist also dessen Schuldner geworden und hat sich damit dem Belieben eines Mannes ausgeliefert, bei dem von Wohlwollen nicht immer viel zu spüren war. Es hat da auch ein gewisses psychologisches Moment mitgespielt. Der Bauer läßt sich nicht gern in seine Verhältnisse hineinsehen, er hat deshalb früher, statt daß er zu einem Nachbarn gegangen ist, der es hätte machen können, lieber von einem Auswärtigen, von einem gewerbsmäßigen Geldverleiher das Geld geliehen, weil er gemeint hat, dadurch wird man im Dorfe selber nicht erfahren, daß er Geld geliehen hat; man wird über seine Verhältnisse nicht so unterrichtet werden. Er hat sich dadurch oft großen Schaden zugefügt. Das ist aber doch, seitdem diese ländlichen Kreditkassen eingeführt worden sind, anders geworden. Der Bauer geniert sich heutzutage nicht mehr, im Dorfe selber bei der Kreditkasse das Geld zu holen, und er ist dadurch in eine bessere Situation gekommen, als wenn er sich das Geld von einem auswärtigen Geldverleiher beschaffen müßte. Ich meine also, wir hätten allen Grund, mit der Errichtung dieser ländlichen Kreditkassen durchaus zufrieden zu sein.

Ich hatte die Absicht, auch über die Pferdezuucht einige Worte zu sagen. Es ist aber darüber so viel Interessantes gesagt worden, daß wenig Neues hinzuzufügen ist. Ich habe allerdings aus der Kenntnis der Verhältnisse meiner Heimat auch den Eindruck gewonnen, daß man im allgemeinen doch besser tun würde, wenn man zur Kaltblutzuucht überginge. Ich habe einmal Gelegenheit gehabt, einen außerordentlich interessanten und lehrreichen Vortrag des Herrn Grafen von Bismarck in meinem Wahlkreise mit anzuhören und ich habe dort entschieden den Eindruck gewonnen, daß die Kaltblutzuucht für unsere Verhältnisse geeigneter wäre als die Halbblutzuucht. Unsere Bauernleute befinden sich ja allerdings in einem gewissen inneren Zwiespalt, der leicht zu begreifen ist. Früher hatten wir eine recht blühende Pferdezuucht, und zwar eine Halbblutzuucht. Die Leute, besonders die besser situierten Bauern, waren gewohnt, auch ein flottes Gespann zu haben, mit dem sie nicht nur ihr Ackergeschäft besorgten, sondern unter Umständen Samstags eine Fahrt in die Amtsstadt oder am Sonntag eine Ausfahrt machten. Es ist ganz begreiflich, daß ihr Herz immer noch an diesem flotten Gespann hängt, daß sie ein gewisses ästhetisches Wohlgefallen daran haben, daß sie es nicht gerne sehen, wenn sie nun an stelle dieser flotten Halbblutpferde das schwerfällige Kaltblutpferd züchten und in Gebrauch nehmen sollen. Demjenigen, der nur Pferde zum eigenen Gebrauch züchtet, kann man es ja auch überlassen. Da wird nichts dagegen zu sagen sein. Aber ich glaube, wer auf den Verkauf züchten will — und darauf wird es, wenn ein Nutzen für die Landwirtschaft herauspringen soll, in erster Reihe ankommen —, würde doch besser tun, zur Kaltblutzuucht überzugehen, und ich möchte auch die Großh. Regierung ersuchen, dahingehende Bestrebungen nach Möglichkeit zu unterstützen. Unsere Landwirte helfen sich in meiner Heimat in der Regel damit, daß sie ihre Stuten in Elsaß decken lassen, wo sie durch das dortige staatliche

Gestüt eine große Auswahl in Kaltbluthengsten haben. Aber auf die Dauer wird das doch nicht gehen. Es ist doch eigentlich etwas betrübend, wenn man sehen muß, daß eine Gegend wie die unserige, wo früher eine so blühende Pferdezuucht geherrscht hat, einen großen Teil ihres Pferdebedarfs nunmehr im Elsaß deckt und, während sie früher Pferde verkauft hat, jetzt Pferde einführen muß. Es ist auch betrübend, daß andere Leute, die Pferde kaufen, nicht mehr zu uns kommen wie früher, sondern durchfahren und hinüber ins Elsaß gehen, um dort ihren Bedarf zu decken. Es wird daher das Bestreben unserer Landwirtschaft sein müssen, dafür zu sorgen, daß sie wieder eine für den eigenen Bedarf ausreichende Pferdezuucht bekommt und auch wieder verkaufsfähig wird.

Die Rindviehzuucht steht ja gerade in unserer Gegend in großer Blüte. Da sind in den letzten Jahrzehnten außerordentliche Fortschritte gemacht worden, die allerwärts anerkannt werden und auf den Wohlstand der Gegend einen günstigen Einfluß gehabt haben. Es besteht auch im allgemeinen bei unseren Züchtern ein volles Verständnis dafür, daß man mit aller Strenge darauf halten muß, eine reine Rasse zu züchten, und man hört bei uns die Beschwerden nicht, die man oft aus anderen Gegenden hört, daß die Vorschriften über die Farrenhaltung zu streng seien. Im Gegenteile, man hat bei uns schon längst eingesehen, daß, je strenger man da vorgeht, je strenger man die durch die Sache gebotenen Vorschriften befolgt, es umso besser für die Viehzuucht ist.

Eine Beschwerde allerdings muß man oft hören, und diese bezieht sich auf das Impfen der Farren. Es ist das ja kein Zwang von der Regierung aus, aber es wird in unserer Gegend fast wie ein Zwang durchgeführt. Vielfach empfindet man das als Beschwerde, umso mehr, als man den Zweck nicht erreicht, den man dabei verfolgt. Es wird von durchaus erstren Leuten behauptet, daß das Impfen keine Garantie biete. Es kommt oft vor, daß ein Tier die Impfung besticht, und hintennach stellt sich heraus, daß es doch krank ist; und umgekehrt wird ein Tier als krank beanstandet, das sich nachher als gesund herausstellt. Wo eine Sache so zweifelhaft liegt, wo man nicht sicher beweisen kann, daß eine Maßregel notwendig ist, sollte man meines Erachtens möglichst schonend vorgehen und die Leute nicht zu Dingen zwingen, die ihnen die ganze Sache zu verleiden geeignet sind.

Daß durch die Prämierungen die Landwirtschaft zu wertvollen Maßnahmen, zu Verbesserungen ihrer Betriebe angereizt werde, das ist allerorts anerkannt worden. Aber es ist doch bezeichnend, daß von den meisten Seiten des Hauses darauf hingewiesen wurde, daß die Art der Prämierung nicht immer den Zweck erreicht, den man verfolgt, daß, wenn man nur einzelne Proben prämiiert, man darauf hinwirkt, daß die Landwirte es als eine Art Sport betreiben, kleine Mengen von möglichst guter Qualität heranzuziehen, daß aber die Masse des Erzeugnisses von geringerer Qualität bleibt. Nicht auf jedem Gebiet wird es sich durchführen lassen, aber es ist doch wertvoll, was angereizt wurde, daß man nämlich den ganzen Betrieb und nicht nur einen einzelnen kleinen Teil davon zur Prämierung heranziehen soll. Besonders beim Tabak läßt es sich leicht machen, wie der Herr Abg. Reck gezeigt hat, daß man bei der Ablieferung die ganze Menge, die abgeliefert wird, berücksichtigt und der Prämierung nicht einzelne Bündel zugrunde legt, die nichts beweisen. Auch die vorgeschlagene Zusammenfassung der Kommission scheint mir ganz praktisch zu sein. Den Einwand des Herrn Kollegen Bauschbach, daß der Käufer nicht selber dabei sein kann, kann ich nicht für richtig halten. Wenn er nicht selber dabei ist, so scheidet er jedenfalls einen Bevollmächt-

tigten, der ebenso fachverständig ist wie er; denn er hat ein großes Interesse daran, daß an der Wage alles richtig hergeht. In meiner Heimats-Gemeinde hat man früher bei der Wage Prämien gegeben und, wie ich höre, gute Erfahrungen damit gemacht; später hat man es aufgegeben, aber nicht deshalb, weil sich dieses System nicht bewährt hätte. Auch beim Vieh ließe es sich wohl gut machen, daß man den ganzen Stall prämiieren würde anstatt ein einzelnes Stück. Aber eine genaue Kontrolle der Milch, die die einzelne Kuh gibt, wird sich doch nicht durchführen lassen. Ich glaube, es würden wenige Bauern es über sich ergehen lassen, daß längere Zeit hindurch täglich kontrolliert wird, wieviel Milch eine jede Kuh gibt.

Ueber den Wein möchte ich nicht sprechen, da der Herr Kollege Zbrüg, der jetzt in unserer Fraktion der Spezialist für Wein ist (Heiterkeit), sich bereits darüber ausgesprochen hat. Nur das Eine möchte ich sagen: Es ist von allgemeiner Bedeutung, daß hier erst angeregt werden mußte, daß auf unseren badischen Bodenseedampfern der badische Wein auf den Weinfarten eine größere Rolle spielen sollte, als es bisher der Fall war. Es liegt eigentlich doch so nahe, daß man auf badischen Schiffen hauptsächlich auch badische Weine verkauft. Das ist meines Erachtens besonders auf diesen Dampfern angezeigt, weil es dort nicht nur auf den Verkauf selber ankommt, sondern weil, wenn auf den badischen Dampfern, wo ein internationales Publikum verkehrt, guter badischer Wein zum Verkauf kommt, das eine außerordentlich gute Reklame für den badischen Wein ist. Mancher wird, wenn er auf dem Dampfer einen guten badischen Wein getrunken hat, sich dessen erinnern, wenn er nach Hause kommt und sich badischen Wein nach Hause kommen lassen und ihn auch seinen Freunden empfehlen.

Aber ich glaube, wir haben es hier mit einer Erscheinung zu tun, die wir auch in der Budgetkommission schon zuweilen zu sehen bekommen und beklagt haben. Es ist bei der Regierung manchmal so, als ob die rechte Hand nicht wisse, was die linke tut, als ob zwischen den einzelnen Ressorts zu wenig Zusammenhang bestehe. Ich meine, man sollte bei aller Anerkennung dafür, daß jedes einzelne Ressort für sich möglichst Gutes leisten will, doch den Grundsatz durchführen, daß das allgemeine Interesse über dem Interesse des einzelnen Ressorts stehen muß, und daß es auch nichts macht, wenn einmal ein einzelnes Ressort etwas weniger gut abschließt, wenn nur auf der anderen Seite für die allgemeine Staatsverwaltung wieder umso mehr Geld herbeigebracht wird.

Daß man aus Rücksicht auf die Landwirtschaft aber auch aus allgemein menschlichen Gründen mehr für den Vogelschutz tun müßte, läßt sich nicht bestreiten. Mit der Intensität der Landwirtschaft, mit dem Ausnützen jedes Eckchen Landes ist der Nachteil verbunden, daß für diese Tiere, die der Landwirtschaft so nützlich sind, die Niemand zu den „falschen Freunden“ der Landwirtschaft zählen wird, die Nistplätze allmählich aus der Gegend verschwinden und damit dem Landwirt ein wichtiger und tatkräftiger Freund bei der Vertilgung der Schädlinge fehlt. Auch sonst werden nützliche Tiere unnötig getötet. Es ist mit Freude zu begrüßen, wenn man sagt, die Schule soll schon in den Kindern das Gefühl erwecken, daß man die Tiere nicht ohne weiteres tötet, sondern daß auch die Tiere Geschöpfe sind, die unsere Liebe und Schonung verdienen. Ich habe ja öfters Gelegenheit, naturwissenschaftlichem Unterricht beizuwohnen, und ich habe gesehen, daß, wenn ein neues Tier zur Besprechung kommt und die Kinder aufgefordert werden, zu erzählen, was sie von dem Tiere wissen, man oft sehr scharfe und interessante Beobachtungen zu hören bekommt. Aber die meisten Erzählungen endigen mit

dem etwas weniger schönen Satz: „Und dann haben wir es totgeschlagen.“ Die Lehrer arbeiten darauf hin, ihren Schülern das abzugewöhnen. Aber leider besteht eben diese Neigung noch, wenn man den Singvögeln gegenüber, als gegenüber anderen Tieren, die weniger repräsentabel aussehen und doch nützliche Freunde der Landwirtschaft sind. Es sollte aber nicht nur von der Schule aus, sondern es sollte auch von den landwirtschaftlichen Vereinen aus und in landwirtschaftlichen Versammlungen auf die Eltern eingewirkt werden, daß sie ihre Kinder zur Schonung anhalten, denn die Schule allein kann nicht alles machen, wenn das Haus nicht mithilft.

Ueber die bauliche Verunstaltung des Landes ist auch gesprochen worden, und es wurden neuerdings auftretende Bestrebungen hervorgehoben, die neu zu erbauenden Häuser wieder in dem Stil der Landschaft zu erstellen. Das ist ein löbliches Bestreben; ich glaube aber, man kennt noch nicht den richtigen Grund, wenn man meint, daß die Leute aus einer gewissen Willkür heraus, aus Neuerungssucht von der alten Bauweise da und dort abgegangen sind. Gewiß werden oft Neuerungen eingeführt, die nicht nötig und auch nicht schön sind. Das hat einerseits einen Grund darin, daß man, wenn neue Bauprodukte in den Handel kommen, diese den Leuten aufredet, aber vielfach liegt die veränderte Bauweise auch in den veränderten Verhältnissen. In meiner Heimat bestand früher die Bauweise darin, daß man Fachwerkhäuser erstellte, die mit Balken durchzogen waren, und das sind sehr schöne Häuser, die heute noch gefallen. Aber wenn man den Leuten zureden will, daß sie in dieser Weise weiterbauen möchten, so wird man auf den Einwand stoßen, daß die Preise für Holz so hoch geworden seien, daß das nicht mehr möglich sei; die Leute müssen also aus finanziellen Gründen zu einer anderen weniger schönen Bauweise übergehen. Immerhin wird es gut sein, wenn die genannten Bestrebungen von oben unterstützt werden; nur muß man sagen, daß man mehr durch freundschaftliches Zureden als durch Zwang darauf hinarbeiten soll.

Unsere Bauernschaft ist allmählich, wenn man vom Amt aus in die Bauern hineintrifft, etwas nervös geworden. (Zustimmung.) Die Handhabung der Bauordnung ist zum Teil eine derartige, daß die Landleute eine Chitane darin sehen; wenn ihnen in freundschaftlicher Art von derselben Stelle aus ein Rat gegeben wird, von der die Bauordnung gehandhabt wird, sind sie dann von vornherein geneigt, diesen Rat mit großem Mißtrauen aufzunehmen. Man sollte also da mit einer gewissen Vorsicht vorgehen und man sollte gerade in der Handhabung der Bauordnung auf dem Lande auch etwas zu tun können und nicht immer verlangen, daß auf einmal alle Vorschriften so genau, wie sie in der Stadt gehalten werden müssen, erfüllt werden. Man weiß ja, daß bei einem Bau schließlich die Kosten immer höher sind als der Voranschlag; das Geld reicht vielleicht noch, um das Haus fertigzustellen, es soll dann aber noch gleich der Dachhandel aufgesetzt werden, es soll die Entwässerung des Hofes gleich durchgeführt werden usw. Das wird ja der Bauer schon alles machen lassen, er will nur ein oder zwei Jahre Zeit haben, bis er wieder bares Geld hat, und er wird es dann schon von selber im eigenen Interesse nachholen. Aber wenn da gleich die Behörde kommt und die sofortige Ausführung verlangt, so erwachsen dem Bauern übermäßig Kosten und das macht böses Blut, und die Leute nicht immer geneigt, selbst wohlgemeinte Ratschläge zu hören.

Ich möchte im Anschluß hieran eine andere Frage besprechen, die mit der vorhergehenden zusammenhängt. Ich habe darauf hingewiesen, daß der Bauernmann gegen die Bevormundung von oben herunter, gegen das Ein-

greifen des Bezirksamtes etwas mißtrauisch geworden ist. Ich meine nun, man sollte etwas mehr darauf hinwirken, daß die bäuerlichen Organisationen möglichst selbständig werden, und da möchte ich eine Frage einmal ansprechen, die zwar heikel ist, die aber wert ist, besprochen zu werden. Ich halte es nicht für richtig, daß fast durch das ganze Land hindurch die Amtsvorstände auch Vorstände der landwirtschaftlichen Vereine sind. Man sollte meines Erachtens darauf hinarbeiten, daß an der Spitze der landwirtschaftlichen Vereine Bauersleute stehen, um diese Vereine auch nach außen hin als selbständige und von der Regierung unabhängige Organisationen erscheinen zu lassen. Man wird mir vielleicht sagen, das könnte man leicht machen, man brauche den Amtsvorstand einfach nicht zu wählen. Es ist das aber nicht so einfach, wie es aussieht. Es richten sich meine Ausführungen auch nicht etwa gegen einzelne Personen, sondern ich habe nur die Sache im Auge. Es ist seit Jahrzehnten üblich, daß der Amtsvorstand auch gleichzeitig Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins ist, und es ist möglich, ja wahrscheinlich, daß es als eine Kränkung empfunden würde, wenn dieser Beamte oder sein Nachfolger nicht wiedergewählt würde. Mancher würde vielleicht auch fürchten, daß er nach oben hin einen schlechten Eindruck erwecken könnte, daß es so aussehen könnte, als ob er das Vertrauen der Bezirksangehörigen nicht mehr besäße. Ich meine, es sollte von dem Amtsvorstand selbst von sich aus darauf hingewirkt werden, daß in landwirtschaftlichen Vereinen auch Bauern an die Spitze gestellt werden. Damit soll nicht gesagt werden, daß der Amtsvorstand nicht mehr mitmachen soll. Als Mitglied des Vorstandes wird er gewiß schätzenswerte Dienste leisten können, und er wird gewiß überall willkommen sein, wo er mit Rat und Tat zur Hand steht. Aber an der Spitze des Vereins sollte er nicht stehen. Es würde dadurch die Bevölkerung mehr das Gefühl haben, daß der Verein ihre Organisation ist, die ihre Ueberzeugungen und ihre Interessen zu vertreten hat. Ich glaube, ein Amtsvorstand, der es dahin bringt, daß diese Selbständigkeit in einem landwirtschaftlichen Verein auch dadurch äußerlich zum Ausdruck kommt, daß ein Bauer selber die Leitung des Vereins übernimmt, der wird für sich ein besseres Resultat in Anspruch nehmen können, als wenn er die Leitung des Vereins immer und immer wieder selber in die Hand nehmen muß.

Ueber den Antrag Neuwirth und Genossen ist es ja wohl nicht nötig, viele Worte zu machen. Ich meine, man muß bei dieser Sache vor allem doch das im Auge behalten, daß man nicht immer kommen und sagen darf, welche Umständlichkeiten und Schwierigkeiten diese Abschätzung der Militärverwaltung macht. Denn die Militärverwaltung ist doch hier der Schädiger und der Landwirt der Geschädigte, und wenn es sich darum handelt, eine Entschädigung zu leisten, so kommt nicht in erster Reihe die Bequemlichkeit des Schädigers in Betracht, sondern einzig und allein das Interesse des Geschädigten. Der Schädiger ist unter allen Umständen verpflichtet, für den Schaden vollen Ersatz zu leisten und ihn auch zur rechten Zeit zu leisten.

Es scheint mir allerdings die Anregung richtig zu sein, daß es vielleicht besser wäre, wenn die Anmeldefrist auf 14 Tage herabgesetzt würde. In dieser Zeit kann ja Jeder sehen, was für einen Schaden er erlitten hat und kann ihn auch anmelden. Wenn er durch eine längere Frist mehr Zeit dazu bekommt, so muß man bedenken, daß durch ihn auch alle anderen, die frühzeitig den Schaden angemeldet hätten, zurückgehalten werden. Wenn die Manöver notwendig sind (man kann ja über ihre Notwendigkeit kaum streiten), so sollte man die

Lasten dieser Manöver dann gleichmäßig auf das ganze Reich verteilen und alle Steuerzahler in derselben Weise heranziehen (Sehr richtig!). Man sollte nicht dem einzelnen Bauern, der zufällig geschädigt wird, größere Lasten aufbürden, als das an und für sich notwendig ist.

Daselbe gilt von dem Servisgeld für die Pferde. Der Bauer, der zufällig einen Stall hat, in dem Pferde eingestellt werden können, wird nicht immer der reichste Bauer sein. Jeder Bauer, der Pferde bekommt, wird aber zu ihrer Ernährung beitragen müssen, was er nicht ersetzt bekommt. Wenn er das nicht mit gutem Willen tut, so wird es eben auf andere Weise gemacht. Im allgemeinen wird verständiger Weise der Bauer von vornherein das Nötige geben, damit ihm nicht auf anderem Wege noch großer Schaden verursacht wird.

Damit könnte ich meine Ausführungen schließen. Ich muß aber noch eine politische Bemerkung machen, da der Herr Abg. Kolb und der Herr Minister sich darüber gestritten haben, ob durch den demokratischen Ausbau des Staates mehr Garantie für eine friedliche Entwicklung gegeben ist als durch das gegenteilige System. Der Herr Minister hat das bestritten mit dem Hinweis darauf, daß die Monarchie in Deutschland seit dem großen französischen Kriege eine Politik des Friedens betrieben habe, und daß insbesondere der Kaiser, der an der Spitze des Reiches steht, alles tue, um den Frieden aufrecht zu erhalten. Nun, ich meine, es ist da von vornherein eine Verwechslung passiert. Wenn man sagt: Der demokratische Aufbau des Staates wird diese Garantie herbeiführen, so will man nicht sagen: die Einführung der Republik wird diese Garantie herbeiführen. Es gibt Monarchien, die viel demokratischer sind als manche Republiken sind. Also an der äußeren Form hängt das durchaus nicht, sondern es hängt das an dem ganzen Geist, von dem die Einrichtungen des Staates durchdrungen sind, an dem Einfluß, den das gesamte Volk entweder direkt durch die Gesetzgebung oder indirekt durch die Wucht der öffentlichen Meinung auf die Politik seines Landes ausübt. Und das kann man nicht bestreiten: Je mehr die breiten Massen des Volkes da Einfluß gewinnen, die Massen des Volkes, aus deren Haut die Riemen geschnitten werden, wenn es Krieg gibt, desto mehr ist auch Garantie vor übereilten, leichtfertigen Kriegen gegeben. Man kann auch ohne weiteres anerkennen, daß unser Kaiser alles tut und redlich bestrebt ist, den Frieden zu erhalten. Man kann freilich auch den Zweifel hegen, ob ihm das auch immer mit dem, was er gesagt und geredet hat, in wünschenswertem Maße gegliückt ist. Aber daß doch auch die Völker daran nicht unbeteiligt sind, das haben wir doch gerade in den letzten Jahren zu sehen Gelegenheit gehabt. Jene Verstimmung, die zwischen Deutschland und England herrschte, ist gewiß nicht durch die Bevölkerung herbeigeführt worden. Wie weit die Herrscher der beiden Reiche und ihr persönliches Verhältnis zu einander an dieser Verstimmung beteiligt waren, entzieht sich ja der Kenntnis des weiteren Publikums. Aber das ist doch eine ganz neue und ich sage erfreuliche Erscheinung gewesen, daß, nachdem durch die zünftige Diplomatie die Verhältnisse soweit gediehen waren, daß man nicht mehr gewußt hat, wann ein Krieg ausbrechen würde, durch das Eingreifen der intelligenten Bevölkerung beider Länder diese Verstimnungen zerstreut wurden und gerade durch das direkte Inbeziehungtreten weiterer Kreise beider Länder der Friede erhalten worden ist. Das ist doch, glaube ich, auch ein Beweis dafür, daß nicht nur diejenigen, die von Berufswegen den Staat zu leiten, die Politik an-

zugeben haben, in dieser Beziehung segensreich wirken können, sondern daß gerade das Eingreifen des Volkes in die auswärtigen Angelegenheiten ein weiterer wichtiger Schritt auf dem Wege der Demokratisierung des Staatswesens ist, da nur durch dieses Eingreifen der Friede in einem Augenblick erhalten geblieben ist, wo man in weiten Kreisen solches nicht mehr für möglich gehalten hat. (Beifall bei den Demokraten.)

Abg. Belzer (Zentr.): Da wir bereits sechs Tage in der Landwirtschaftsdebatte sind, so möchte ich dem Wunsche des Herrn Präsidenten entsprechen und mich möglichst kurz fassen. Auf einige Punkte, die meinen Wahlbezirk betreffen, zu sprechen zu kommen, wird mir aber doch wohl gestattet sein.

Zunächst möchte ich meiner Befriedigung darüber Ausdruck geben, daß in das Budget Mittel eingestellt worden sind für die landwirtschaftliche Winterschule in Rastatt. Die Regierung darf versichert sein, daß die Bevölkerung dieser Gegend das mit Freuden begrüßt. Mit Rastatt ist ein ganz geeigneter Platz gefunden, da hier ja verschiedene Bahnen einmünden, sodaß diejenigen, welche diese Schule besuchen wollen, günstige Gelegenheit haben, ihren Sitz zu erreichen. Nun ist aber selbstverständlich nicht jeder Landwirt in der Lage, seinen Sohn in eine solche Anstalt schicken zu können. Deswegen möchte ich besonders den Wunsch, den der Herr Abg. Neuwirth geäußert hat, unterstützen, daß in den Fortbildungsschulen auf dem Lande mehr Gewicht auf die Landwirtschaft gelegt werde. Ich gehe sogar so weit, zu sagen, daß man auch in der Volksschule in dieser Beziehung manches tun kann. Die älteren Leute sagen uns, sie hätten früher von Zeit zu Zeit Unterricht im landwirtschaftlichen Fach in der Volksschule gehabt. Sie sind auch dann und wann einmal mit dem Lehrer in Baumschulen hinausgegangen; sie haben da das Aufsprossen gelernt usw. Das wäre ganz begriffenswert. Ein solcher Unterricht auf dem Lande draußen wäre sicher besser als der Turnunterricht. Wenn man den Turnunterricht einschränken und eine Stunde in der Woche zum Fachunterricht nehmen würde, so wäre damit der Landwirtschaft mehr gedient. Es wird immer darauf hingewiesen, daß die Bildung für die Hebung der Landwirtschaft maßgebend ist, ja, es wird von mancher Seite so hingestellt, als ob die Bildung allein ausschlaggebend wäre. Ich glaube, bei der Landwirtschaft geht es, wie bei jedem anderen Stande auch: Mehr Verdienst, das ist die Hauptsache! Mehr Geld brauchen die Leute! Und wenn auf die Organisationen hingewiesen und gesagt wird, die Organisationen müßten helfen, so ist das allerdings zum Teil richtig. Aber gegenüber dem Herrn Kollegen Kolb möchte ich doch erklären: Wenn man beispielsweise unseren Arbeitern sagen würde, sie sollten bei ihrer Organisation nur auf Einkauf usw. Gewicht legen, so würde man damit wohl bei ihnen Anstoß erregen. Sie würden sagen: Das ist nicht allein unsere Absicht, wir schließen uns auch zusammen, um einen höheren Lohn zu erreichen. Gerade so machen es nach meiner Ansicht die Landwirte auch. Sie schließen sich zusammen, um darauf hinzuwirken, daß sie für ihre Produkte mehr erhalten können, als sie früher erhalten haben. Ich glaube, das ist den Landwirten gerade so zu gönnen, wie es jedem anderem Stande auch zu gönnen ist.

Aber auch die Arbeiter haben ein Interesse daran, daß die Landwirte besser gestellt werden. Besonders in der Gegend der großen Industriestädte ist das der Fall. Gerade mein Wahlkreis ist dafür ein Beispiel. Da gibt es sehr viele Arbeiter, die im Dienst der Gemeinde im Wald und auf der Straße tätig sind, es gibt sogar Fabrikarbeiter, die umfangreiche landwirtschaftliche Betriebe

haben und auch ziemlich viel verkaufen, insbesondere Kartoffeln, auch Hafer kommt in Betracht, was bereits von anderen Rednern schon erwähnt worden ist. Wenn nun die landwirtschaftlichen Produkte alle im Preise so stark zurückgehen, daß sich ihr Anbau nicht mehr lohnt und wenn das Einkommen dadurch geschmälert wird, so sind die Leute eben genötigt, in die Städte zu ziehen, sie verkaufen das, was sie noch haben und vermehren das Proletariat in den Städten. Die städtischen Industriearbeiter haben aber den Schaden davon: Hier von kommen dann die Lohnrückereien, wenn eben viele Arbeitskräfte vorhanden sind, aber nicht genügend Arbeit vorhanden ist.

Für die Regierung wäre noch ziemlich Gelegenheit vorhanden, der Landwirtschaft unter die Arme zu greifen. Es ist mir gerade in der letzten Woche von Milchproduzenten und Milchlieferanten, die in die Stadt Milch liefern, geklagt worden, daß sie von der Eisenbahnverwaltung nicht genügend berücksichtigt würden. Es sind ihnen bestimmte Züge angewiesen, mit denen sie die Milch liefern müssen. Diese Leute arbeiten nun eine Eingabe an das Ministerium aus, und ich möchte nur wünschen, daß, wenn diese Eingabe um bessere Berücksichtigung kommt, sie dann auch von der Regierung beachtet wird. Gegenwärtig wird darüber geklagt, daß die Lieferanten in Malisch vom 1. März ab die Milch abends etwa um 10 Uhr auf den Zug bringen müssen, während sie es lieber mit dem etwa um 3/4 8 Uhr gehenden Zuge besorgen würden. Es ist ja selbstverständlich, daß, wenn in der gegenwärtigen Jahreszeit die Milch nur so spät abgeliefert werden kann, dann die Konsumenten wie die Produzenten geschädigt sind; denn die Leute wollen eben ihre Milch zu einer früheren Zeit haben. Wie mir gesagt worden ist, haben sich die Lieferanten einigemal an die Generaldirektion gewandt. Zuerst haben sie gar keine Antwort erhalten, dann keine genügende Antwort, und jetzt ist ihnen gesagt worden, sie dürften den früheren Zug noch eine Zeit lang benützen. Man sollte den Leuten in dieser Beziehung keine solche Beschränkung auferlegen.

Was die Düngung anbelangt, so will ich auf die Kunstdüngung jetzt nicht eingehen. Es ist ja bekannt, daß die Landwirtschaft große Summen für diesen Artikel verwendet. Auch hier hat die Regierung es in der Hand, den Landwirten mehr Entgegenkommen zu zeigen und zwar dadurch, daß ihnen mehr Steuern aus den Waldungen, sei es aus den Staatswaldungen oder aus den Gemeindefeldungen, gegeben wird. Die Leute wären sehr dankbar, und große Ausgaben wären ihnen erspart. Allerdings sind, wie schon hervorgehoben worden ist, die Herren vom Forstamt anderer Ansicht.

Ein anderer Punkt, der insbesondere in meinem Wahlkreise mehrere Ortschaften berührt, ist der Anbau von Amerikanerweizen. Ich will nur einige Worte hierüber sagen. In einem alten Legikon aus den vierziger Jahren des vorigen Jahrhunderts ist zu lesen gerade von den Ortschaften an dem Gevirgszuge hin (von Malisch, Waldprechtsweyer usw.): Landwirtschaftliche Bevölkerung, die Leute nähren sich von Viehzucht, Getreidebau und Weinbau. Seit längeren Jahren ist es aber mit dem Weinbau ziemlich fertig. Wein wird schon lange keiner mehr verkauft. Die Reben sind mehr und mehr ausgehauen worden, weil sie nicht mehr ertragsfähig waren. Es hat sich kaum mehr gelohnt, Reben zu pflanzen, und die, die gepflanzt werden in den letzten Jahren, waren mehr und mehr Amerikanerreben. Nun sind die Leute sehr verblüfft darüber, daß es auf einmal heißt, daß die Amerikanerreben — die, wie ich mich selbst überzeugt habe, sehr ertragreich sind — wieder verschwinden oder wenigstens keine neue mehr angebaut werden sollen.

Ich glaube, gerade in dieser Gegend, die an das Murgtal angrenzt und wo kein Wein verkauft sondern nur zum Hausstrunk verwendet wird, sollte man das Verbot nicht so streng handhaben, damit die Leute weiter aus ihren Amerikanerrebenpflanzungen ihren Hausstrunk bereiten können. Der Herr Abg. Blankenhorn hat wohl gesagt, man habe andere Sachen, um einen Hausstrunk herzustellen, Beeren, Obst usw. Ich meine aber, der Beerenwein ist doch nicht so gut wie der Traubenwein, ich habe mich selber davon schon überzeugt.

In der Frage der Bestrafung des Kontraktbruches stehe ich auf einem andern Standpunkte wie der Herr Abg. Wittemann, der ja wohl auch nur seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht hat. Was hätte denn eigentlich ein Landwirt davon, wenn ihm ein Arbeiter, der ihm davongelaufen ist, polizeilich wieder zugeführt würde? Er hätte nach meiner Ueberzeugung nur den größten Schaden davon; denn was für ungeheueren Schaden könnte ein solcher Arbeiter, der gezwungen ist, bei diesem oder jenem auf alle Fälle zu bleiben, ihm im Stalle oder sonstwo anrichten, so daß der Landwirt nach kurzer Zeit genötigt wäre, ihn aus dem Hause zu jagen, wenn er nicht noch weiteren Schaden haben wollte! Allerdings, etwas sollte den Leuten in die Hand gegeben werden. Wenn ein Vertrag besteht, sollte er auch eingehalten werden. Es wäre auch möglich, wie es in der Industrie geschieht, vorzugehen, nämlich einen Teil des Lohnes zurückzubehalten; wenn der Mann dann ohne Kündigung fortläuft, hat er keinen Anspruch auf den zurückbehaltenen Lohn. Das wäre eher berechtigt, als wenn man die Leute zwangsweise zurückführen wollte.

Was die Bauordnung anbelangt, so muß auch ich Klagen von den Leuten hier zum Ausdruck bringen, daß nämlich nach der neuen Landesbauordnung Jeder verpflichtet ist, bei jeder kleinen Veränderung im Stall oder in der Scheune Genehmigung einzuholen und das ist für die Landwirte sehr hart. Das kostet dann wieder so einige Mark. Bis jetzt, sagen die Leute, hat Niemand etwas gewollt, wenn wir kleine Veränderungen oder Reparaturen in der Scheuer oder im Stall gemacht haben, wie sie öfters vorkommen, jetzt müssen wir uns jedesmal an das Großh. Bezirksamt wenden, damit wir die Genehmigung hiezu erhalten.

Der Herr Vorredner hat gesagt, daß ein großes Mißtrauen gegen alle Bescheide der forst- und landwirtschaftlichen Unfallversicherung bestehe. Ich glaube, dieses Mißtrauen ist gar nicht ganz unberechtigt, denn es hat oft, wenigstens bei ersten Bescheide, den Anschein, als ob die Leute kurzweg so abgetan werden sollten. Sehr oft heißt es von vornherein: Die Sache kann nicht als Betriebsunfall angesehen werden usw. Ich habe die Erfahrung selber gemacht, und wenn die Leute sich dann nicht dagegen wehren und weitere Schritte unternehmen, sondern einfach zufrieden sind, bekommen sie eben nichts, obgleich der Unfall vielleicht ein sehr großer ist und die Leute bedürftig sind.

Mit Freude muß ich begrüßen, daß eine Prüfung der Klasseneinteilung in bezug auf die Umlagen zugesagt worden ist. Wenn der Herr Abg. Red gesagt hat, daß die kleinen Renten aufgehoben werden sollen, so möchte ich dem doch widersprechen. Die Leute bekommen so wie so nicht viel, und wenn noch das Wenige, das sie bekommen, wegfallen soll, wäre noch viel größere Erbitterung draußen im Lande.

Den Antrag Neuwirth, der auch in meinem Wahlkreise sympathisch berührt, will ich weiter nicht besprechen. Ich bin sehr damit einverstanden.

Ich will nur noch auf eines zu sprechen kommen, was der Herr Abg. Kolb über den Kirchenbesuch gesagt hat. Er meinte, es werde viel Zeit vergeudet dadurch, daß die Kinder in die Kirche müssen. Der Kirchenbesuch ist nicht zu stark, die Schulkinder werden in der Regel nur einmal in der Woche aufgefördert, in die Kirche zu gehen. Wenn es auch zweimal wäre, könnte man auch noch nicht sagen, daß es zu viel wäre. Allerdings die Herren von der Sozialdemokratie können die Kirche ganz entbehren! Trotzdem sie immer sagen: „Religion ist Privatsache“, wird ihr bei jeder Gelegenheit doch ein Hieb versetzt. Soweit wollen wir es allerdings nicht kommen lassen, wie es hier in einem Gedichte heißt, das ein sozialdemokratisches Blatt veröffentlicht hat, ich glaube, der „Volksfreund“ hat es auch schon gebracht. So gar ein Gewerkschaftsblatt, „Der Tabakarbeiter“, hat es abgedruckt. Darin heißt es:

„Vertummt, ihr Engel und ihr Hirten;  
Vertummt, ihr trägen Vitanei'n!  
Es' nicht gelöst der Völker Bänden,  
Kann Friede nicht auf Erden sein.“

Eine weitere Strophe heißt dann:

„Nicht hoffe mehr nach alter Sitte,  
Daß dir ein Wunderstern erscheint,  
Dich führend zu des Heilands Hütte,  
So ist die Sage nicht gemeint.  
Blick auf, ein Stern in hellem Scheine,  
Der Sozialismus winkt dir zu,  
Und der Erlöser der bist du,  
Und jene Hütte ist die deine!“

Soweit wollen wir selbstverständlich nicht kommen! Das ist allerdings der Sozialdemokratie ein Dorn im Auge, daß auf dem Lande noch etwas auf Religion gesehen wird; und diejenigen Arbeiter und diejenige Bevölkerung, welche noch religiöse Gefühle im Herzen trägt, welche noch an einen persönlichen Gott glaubt, diese allerdings kommen nicht zur Sozialdemokratie. Erst muß mit der Religion ausgeräumt werden, dann erst ist die große Ernte für die sozialdemokratische Partei reif, und das sollen wir anderen doch, denke ich, Alle miteinander verhüten! (Beifall.)

Abg. Dr. Obkircher (natl.): Meine Wähler erwarten von mir nicht, daß ich eine in die Einzelheiten der landwirtschaftlichen Technik einbringende Rede für sie halte. Sie haben mich gewählt, weil sie mit meiner politischen Richtung einverstanden sind und weil sie die Meinung haben, daß ich imstande wäre, mit einem warmen Herzen auch für ihre Interessen einzutreten, ohne landwirtschaftlich-technische Kenntnisse zu besitzen. Und wenn sie nun diese mehrtägige Debatte verfolgen, so werden sie die Ueberzeugung gewinnen, daß auf allen Seiten des Hauses, auch auf der Seite, der ich angehöre, nichts unterlassen worden ist, um den Interessen der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu dienen, und es war mir persönlich eine große Freude, daß namentlich unter meinen Freunden ausgezeichnete Landwirte sitzen, die die Interessen der Landwirtschaft in so warmer Weise zu vertreten imstande waren. Wenn bei diesen Reden mannigfach auch Wiederholungen vorgekommen sind, was im Verlaufe dieser Debatte mehrfach in tabelnder Weise erwähnt worden ist, so möchte ich mich diesem Label nicht anschließen. Die Wähler haben das Bedürfnis, das, was ihnen dient, auch von ihrem Abgeordneten gesagt zu sehen, wenn er dazu imstande ist, es zu sagen; und es dient den Wählern nicht, wenn irgend ein anderer Abgeordneter diese Dinge vorträgt; sie verlangen es heutzutage geradezu von ihrem Abgeordneten, namentlich, wenn er selbst dem landwirtschaftlichen Beruf angehört, daß er diese Dinge sagt,

jeder in seiner Weise. Wenn dadurch eine übrigens nur geringe Verzögerung unserer Debatten herbeigeführt worden sein sollte, schadet das nichts.

Herr Kollege Heimbürger hat den Wunsch ausgesprochen, daß die im Lande bestehenden landwirtschaftlichen Bezirksvereine mehr selbständig werden, daß sie mehr dahin streben sollten, zu ihren Vorständen nicht immer nur die Vorstände der Bezirksämter, sondern Landwirte zu wählen. Ich glaube nicht, daß es die Absicht des Herrn Kollegen Heimbürger war, damit einen Tadel über diejenige Tätigkeit auszusprechen, die unsere Bezirksverwaltungsbeamten bisher auf diesem Gebiete entfaltet haben; ich glaube, ein solcher Tadel wäre auch nicht angebracht (Abg. Dr. Heimbürger: Ganz richtig!), aber nachdem diese Sache überhaupt einmal angeschnitten worden ist, halte ich es für geboten, hier mit dankbarer Anerkennung zu erwähnen, daß unsere Bezirksverwaltungsbeamten auch in dieser privaten, in dieser Vereinstätigkeit sich in sehr vielfältiger Weise der Pflege der landwirtschaftlichen Interessen angenommen haben. Ich glaube, es darf mit Fug und Recht hervorgehoben werden, daß die Früchte dieser Tätigkeit auch allüberall im Lande zu erkennen sind. Ich glaube aber garnicht, daß die Vorstände unserer Bezirksämter sich überall um diese Arbeit reihen, und meine, daß sie wohl auch bereit wären, diese Arbeit anderen geeigneten Persönlichkeiten aus dem Bezirk, namentlich den Landwirten zu überlassen, wenn solche sich bereit finden, diese Arbeit zu übernehmen. Es scheint mir aber in vielen Bezirken, man kann wohl sagen in den meisten Bezirken, daran zu fehlen. (Sehr richtig!) Das ist durchaus begründlich: Ein im Betriebe stehender Landwirt findet nur schwer Zeit, sich diesen Geschäften hinzugeben und nimmt es deshalb gerne hin, daß der Bezirksverwaltungsbeamte diese rein geschäftliche Arbeit übernimmt, ohne dabei zu befürchten, daß der Landwirt bei der Setzung und der Arbeit dieser Vereine zu kurz kommt. Er kommt auch nicht zu kurz. Ich glaube, dies vorauszuschicken war wohl angebracht, nachdem die Frage überhaupt einmal angeschnitten worden ist.

Ich habe sojann einige Einzelheiten vorzubringen und beginne mit einer Bitte des Oberbadischen Geflügelzuchtvereines, der seinen Sitz in meinem Wahlkreise hat. Vom Vorstand dieses Vereines habe ich eine Eingabe an das Großh. Ministerium des Innern mit einigen Beilagen zugefendet erhalten, damit ich sie dem Großh. Ministerium des Innern vorlege und im Verlaufe dieser Debatte mit einigen Worten befürworte; bevor ich diese Vorlage mache, möchte ich die befürwortenden Worte sprechen.

Die im Lande überall bestehenden Geflügelzuchtvereine treiben, das will ich gleich zum voraus auch erwähnen, ja freilich auch Sport, aber sie treiben in der Hauptsache doch eine für den landwirtschaftlichen Betrieb überaus nutzbringende Tätigkeit. Sie verdienen deshalb auch pflanzliche Behandlung von Seiten der Behörde. Diese Vereine können aber ein wirklich fruchtbringendes Leben nur entfalten, wenn sie sich gegenseitig anregen und sich gegenseitig über die von ihnen gemachten Erfahrungen unterrichten; das geschieht in einer Presse speziell für Geflügelzüchter. Die Vereine haben nun, da in unserem Lande eine besondere Zeitschrift dieser Art nicht vorhanden war, in früheren Zeiten Zeitschriften gehalten, die in Norddeutschland und in Württemberg verlegt werden. Es soll aber dadurch, wie mir mitgeteilt worden ist, der Vielrasserei im Lande Vorschub geleistet worden sein; das haben die Vereine als nachteilig erkannt, und sie haben deshalb schon vor einigen Jahren dahingestrebte, eine Zeitschrift speziell für Baden zu er-

halten. Nun hat sich der größte im Lande bestehende Geflügelzuchtverein, der Oberbadische Geflügelzuchtverein, entschlossen, eine solche Zeitschrift zu gründen, und das ist mit Beginn des Jahres 1906 geschehen; diese Zeitschrift ist jetzt als das Organ des Gesamtverbandes der Badischen Geflügelzuchtvereine anerkannt. Ich brauche nicht hervorzuheben, daß der Besitz eines solchen heimischen Organes für das Leben in den badischen Vereinen überaus nützlich sein wird, und daß das Unternehmen also auch Unterstützung von Seiten der Behörden verdient. Nun hat aber dieses Organ einen Kampf mit den außerhalb des Landes herausgegebenen und ähnlichen Zwecken dienenden Blättern zu kämpfen, weil jene Blätter mit außerordentlich günstigen Preisen arbeiten können; die Abonnementspreise jener Blätter sind sehr nieder gehalten. Ein Gleiches ist dem Organ, dem ich das Wort rede, nicht gelungen, obgleich die Expedition und die Redaktion des Blattes völlig unentgeltlich geleistet werden. Der Verlag, der dem Oberbadischen Geflügelzuchtverein zukommt, hat nun den begründlichen Wunsch, daß er in diesem Kampf unterstützt und daß ihm eine gewisse Unterstützung aus denjenigen Mitteln zuteil werde, welche im Budget dem Großh. Ministerium des Innern zur Verfügung gestellt werden, um für derartige Zwecke verwendet zu werden. In dem Berichte, den wir gedruckt vor uns haben, finden wir ja auch eine Summe erwähnt, die speziell für die Förderung der Geflügelzucht im Lande vergabt werden kann. Ich möchte deshalb die Bitte, die in der erwähnten Eingabe ausgesprochen ist, wärmstens befürworten, daß nämlich diesem Geflügelzuchtverein eine Unterstützung zuteil werde, damit er in der Lage ist, das Verbandsorgan noch in besserer Weise auszustatten und der interessierten Bevölkerung zu billigem Preise zur Verfügung zu stellen.

Ich habe vor einiger Zeit in der Budgetkommission eine die Landwirte berührende Frage, die in meinem Wahlkreise eine gewisse Rolle spielt, erwähnt. Es geschah das bei der Behandlung des Budgets der Zollverwaltung, und es handelte sich dabei um den Marktverkehr zwischen denjenigen Gemeinden oberhalb Basels, die, um den Markttort, die Bezirkshauptstadt Lörrach, befahren zu können, ein kurzes Stück durch schweizerisches Gebiet gehen müssen. Sind dort gewissen Vorschriften unterworfen, die die Schweiz für die Durchfuhr von fremden Vieh handhabt. Es handelt sich um Untersuchungen, die der schweizerische Grenztierarzt vorzunehmen hat, wofür er eine Gebühr erheben darf, und um Verzögerungen des Viehtransports durch dieses kurze Stück des Schweizer Gebietes, die durch die Herbeischaffung des Tierarztes zum Zwecke der Untersuchung der Tiere hervorgerufen werden. Es bestehen in anderen Teilen unseres Landes Erleichterungen für einen solchen Durchfuhrverkehr von Vieh, und ich habe deshalb in der Budgetkommission Anlaß genommen, eine solche Erleichterung auch für den Verkehr der oberhalb Basels liegenden Gemeinden meines Wahlkreises über die kurze Strecke des Schweizer Gebietes nach dem Markte in Lörrach zu befürworten. Die Zollverwaltung hat nun in sehr dankenswerter Weise, obwohl ihr Ressort von dieser Frage nicht berührt wird, die Sache in die Hand genommen und sich an das Ministerium des Innern gewendet, und ich habe dem Großh. Ministerium des Innern meinen Dank dafür auszusprechen, daß auch dieses sich sofort der Sache angenommen hat, indem es sich an den Schweizer Bundesrat gewandt hat, damit die erstrebte Erleichterung für den Durchfuhrverkehr herbeigeführt werde.

Die große Frage der landwirtschaftlichen Schutzölle ist begrifflicherweise im Laufe dieser langen Debatte von

mehreren Seiten angeschnitten worden. Meine Partei ist an dieser Frage, namentlich wenn Vorwürfe gegen diese Schutzollpolitik erhoben werden, beteiligt, weil sie diese Schutzollpolitik mitgemacht hat. Aus Ueberzeugung hat meine Partei im Reichstage erstrebt, zwischen den widerstreitenden Interessen einen Mittelweg zu finden und zu erreichen, abzuweisen, was von Seiten jener extremen Agrarier auf dem Gebiete der Schutzölle erstrebt worden ist, aber auf der andern Seite doch unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung einen allerdings in mäßigen Grenzen gehaltenen Schutz für ihre Produktion zuteil werden zu lassen. Ich sage, das hat meine Partei aus Ueberzeugung getan, weil sie der Meinung war, daß unsere landwirtschaftliche Bevölkerung diesen Schutz braucht, um ihre Produkte zu Preisen verkaufen zu können, die die Produktionskosten decken und noch einen der Arbeit des Landwirts zukommenden Verdienst möglich machen. Nun können wir mit Genugtuung feststellen, daß dieser Teil der Wirkung der landwirtschaftlichen Schutzölle auch eingetreten ist und daß unsere landwirtschaftliche Bevölkerung heute dankbar anerkennt, daß durch diese Schutzollpolitik die Verhältnisse im landwirtschaftlichen Betrieb wieder bessere, daß sie sogar gute geworden sind.

Allerdings haben sich, zeitlich folgend, auch die Erscheinungen eingestellt, die nun von der andern Seite als ausschließliche Wirkungen der Schutzollpolitik behandelt werden, nämlich die erhebliche Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel. Zeitlich liegt diese Steigerung der Lebensmittelpreise nach dem Inkrafttreten der Schutzölle. Aber ob diese Steigerung der Lebensmittelpreise ausschließlich oder ob sie auch nur in der Hauptsache auf jene Schutzollpolitik zurückzuführen ist, das scheint mir mit der nötigen Sicherheit noch keineswegs festgestellt zu sein. Es spielen ja doch bei dieser Preisbildung so unendlich viele Einzelfragen mit herein, daß es überaus schwer ist, aus der zeitlichen Folge der Preissteigerung nach der Einführung der Schutzölle einen Schluß zu ziehen auf das Maß der Einwirkung der Schutzölle auf die Preisbildung. Es ist in diesem Zusammenhange ja wohl wert, hervorgehoben zu werden, daß auch in solchen Ländern, wo solche Schutzölle auf landwirtschaftliche Produkte nicht vorhanden sind, die Preise ebenfalls jene aufsteigende Tendenz seit Jahren gezeigt haben und daß die Preise auch dort zur Zeit überaus hohe sind. Immerhin möchte ich glauben: Diese Erscheinungen sind so auffallend, daß sie wert sind, weiter beobachtet und dauernd gründlich untersucht zu werden, und ich glaube, die Verbündeten Regierungen allenthalben im deutschen Vaterlande werden es sich nicht nehmen lassen, sie werden es als ihre Pflicht erkennen, auf diesem Gebiete Untersuchungen anzustellen und das Ergebnis der Untersuchungen dann zu verwerten, wenn wieder ein Zollgesetz und wenn wieder Handelsverträge zu machen sind.

Nun noch einige Worte zu unserem Schulwesen, soweit es die landwirtschaftliche Bevölkerung betrifft. Ich habe in der gleichen Debatte vor zwei Jahren ausführlich zu diesem Gegenstande gesprochen. Ich habe dort hervorgehoben, daß wir seit dem Jahre 1874 eine gesetzliche Regelung des allgemeinen Fortbildungsschulwesens besitzen. Damals ist von der Regierung der Gedanke abgewiesen worden, daß in dieser Fortbildungsschule etwas anderes bezweckt werden sollte als die weitere Befestigung und Vertiefung derjenigen Elementarkenntnisse, wie sie in der Volksschule gepflegt werden. Aber der Wunsch der Bevölkerung und insbesondere auch der Wunsch der Zweiten badischen Kammer ist schon bald darüber hinweggegangen, indem er ausgedrückt hat, es müßte in diesen Fortbildungsschulen ein

Uebergang von der Schule zur beruflichen Arbeit, eine Vorbildung für die verschiedenen Berufsarten stattfinden, und das ist ja dann auch geschehen bezüglich der Gewerbe in der gewerblichen Fortbildungsschule und bezüglich der Hauswirtschaft in der hauswirtschaftlichen Fortbildungsschule. Wir haben ja seit 1891 eine Weiterbildung der allgemeinen Fortbildungsschule in solche Fortbildungsschulen zu besonderen Zwecken. Der Gedanke ist dann selbstverständlich weiter gesponnen worden, und man hat sehr bald gewünscht, auch eine landwirtschaftliche Fortbildungsschule zu besorgen. Es ist diesem Gedanken einigermaßen entgegengekommen worden. Schon im Jahre 1892 ist in einer Verordnung bestimmt worden, daß das neue Lesebuch für die allgemeine Fortbildungsschule die landwirtschaftlichen Dinge in weitergehendem Maße Rücksicht nehmen solle, als das früher der Fall war, und es sind ja in das neue Lesebuch für die allgemeine Fortbildungsschule 50 Stücke aus der Landwirtschaftskunde aufgenommen, und es befinden sich in den Anlagen des Buches ein Wirtschaftsbuch und ein Musterinventar des Landwirts. Man ist dabei von dem Gedanken ausgegangen, daß bei der Durchgehung dieser Lesestücke der Lehrer Veranlassung nehmen wird, sich über den Inhalt weiter zu verbreiten und daran anknüpfend nun eine Art von landwirtschaftlichem Fortbildungsunterricht vorzunehmen. Aber dem kann der Volksschullehrer bei seiner heutigen Vorbildung unmöglich gerecht werden, weil er die entsprechenden Kenntnisse nicht besitzt. Da müßte, glaube ich, eingeseht werden. Ich weiß wohl, daß in der Vorbildung des Volksschullehrers so viele Gegenstände behandelt werden müssen und daß ein so großes Maß von Kenntnissen auf anderen Gebieten von ihm verlangt wird, daß es sich nicht wird machen lassen, auf dem Lehrerseminar auch eine Vorbereitung zu treffen, die dem Lehrer ermöglicht, auch in landwirtschaftlichen Dingen einen Fortbildungsunterricht zu erteilen. Aber wir haben ja auch für die Volksschule Ferien, und ich glaube, viele Lehrer würden sehr gerne die Ferien dazu benützen, Ferienturse an den im Lande bestehenden landwirtschaftlichen Lehranstalten mitzumachen, um sich diesem Unterrichtszweig dann auch lehrend hingeben zu können. Ich möchte also dem das Wort reden, daß solche Ferienturse für Volksschullehrer eingerichtet werden. Dann sollte auch die ganze Angelegenheit auf gesetzlichen Boden gestellt werden in ähnlicher Weise, wie das für die gewerbliche und hauswirtschaftliche Fortbildungsschule schon geschehen ist. Endlich glaube ich, müßte auch aus Staatsmitteln den Gemeinden eine Unterstützung gewährt werden, damit sie die notwendigen Lehrmittel für diesen Unterricht zur Verfügung stellen können und so der Unterricht möglichst fruchtbar gestaltet werden kann.

Nun ist von der Leutenot gesprochen worden. Ich weiß, daß das die größte Not der Landwirte zur Zeit ist. Den Vorzug der Neuheit hat immerhin der Vorschlag, den Herr Abg. Kolb vorhin gemacht hat, daß die Städte in ihren Ferien der landwirtschaftlichen Bevölkerung auszuweichen sollten, wodurch der landwirtschaftlichen Bevölkerung in der Leutenot gebietet und auf der anderen Seite der städtischen Bevölkerung gesundheitlich unter die Arme gegriffen werde, wenn sie sich mit der gesunden Landarbeit beschäftigen würde. Ich würde mich sehr gern für diesen Zweck der landwirtschaftlichen Bevölkerung zur Verfügung stellen (Heiterkeit), und zwar unentgeltlich. Beim Ausladen der Heuwagen und Getreidewagen würde ich gewiß meinen Mann stellen können (andauernde Heiterkeit), wenn nicht für uns, die wir uns sitzenden Berufen hingeben, eine Berufsstrankheit entstehen könnte, nämlich der Hengenschuß. Ich glaube, daß der landwirtschaftlichen Bevölkerung mit solchen Hilfs-

kräften schlecht gebient wäre (Heiterkeit und Zustimmung). Ich möchte darum das andere Mittel mehr empfehlen, das von verschiedenen Seiten behandelt worden ist, daß die landwirtschaftliche Bevölkerung mehr und mehr erkennt, daß nämlich durch die Benützung der Elektrizität und des elektrischen Antriebs bei ihren landwirtschaftlichen Maschinen zu einem Teil der Leutenot abgeholfen wird. Ich kann damit schließen, indem ich dem Herrn Ministerialpräsidenten meinen Dank und meine Anerkennung dafür ausspreche, daß er in Aussicht gestellt hat, all den Wünschen, die auf diesem Gebiet vorgebracht worden sind, seine Aufmerksamkeit zu schenken, und da, wo es möglich ist, den Wünschen der Bevölkerung nach Errichtung von elektrischen Werken entgegenzukommen. Und ich möchte namentlich glauben, daß die Großh. Regierung, wenn sie, was sie ja in einzelnen Teilen des Landes beabsichtigt, elektrische Werke nicht in Privat Hände vergibt, sondern in Staatsbau und -Betrieb nimmt, imstande wäre, weit hinaus in das Land den Segen der elektrischen Kraft zu verteilen (Beifall bei den Liberalen).

Hierauf werden kurz nach 1<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr die Verhandlungen unterbrochen.

Der Abg. Geck erhält 8 Tage Urlaub zur Teilnahme an den Reichstagsverhandlungen.

Der Präsident teilt noch mit, daß der Abg. Hergt durch Unwohlsein verhindert ist, den Kammeritzungen beizuwohnen, und daß folgende Interpellationen der Abgg. Säßkind (Soz.) und Gen. eingegangen sind:

1. „Ist der Großh. Regierung bekannt, daß durch Uebereinstimmung der preussisch-bessischen Eisenbahngemeinschaft mit der bayerischen Eisenbahnerverwaltung vom 1. Mai ab ein neuer Schnellzug Saarbrücken—Münster bzw. Saarbrücken—Saarbrücken via Ludwigshafen—Worms—Darmstadt eingeführt wird? Was gedenkt die Großh. Regierung zu tun, um diesen Schaden abzuwenden?“

II. 1. Welche Gründe sind maßgebend, daß die Postfachstelle für Süddeutschland in Karlsruhe errichtet wird?

2. Warum hat die Großh. Regierung die von der Handelskammer Mannheim gewünschte Errichtung der Postfachstelle in Mannheim nicht berücksichtigt?“

#### Nachmittagsitzung.

Um 3<sup>1</sup>/<sub>2</sub> Uhr nachmittags werden die Verhandlungen wieder aufgenommen.

Es erhalten das Wort

Abg. Febr. von Gleichstein (Zentr.): Die Worte, die der Herr Kollege Pfeifferle am letzten Samstag den Naturweinbauvereinen und mir gewidmet hat, veranlassen mich zu einer Entgegnung. Zunächst danke ich dem Herrn Abg. Pfeifferle sehr für das Kompliment, das er mir als Naturfreund gemacht hat, aber ich muß offen gestehen, daß in meinem Innern vor dem Naturfreund, vor dem Freund eines guten Ruchbols der Landwirt kommt, und der Landwirt in mir sagt mir im Einverständnis mit vielen Anderen, daß eben der Ruchbaum kein Chausseebaum ist. Es gibt an unserem Kaiserstuhl Plätze genug, wo man den Ruchbaum pflanzen und wachsen lassen könnte, aber er soll nicht zum Schaden aller Angrenzender von der Wasser- und Straßenbauinspektion auf den Körper der Landstraße gepflanzt werden. Das ist meine Ansicht, und die vertritt ich auch weiter.

Ferner sagte der Herr Abg. Pfeifferle, daß die Weinschmiererei bei uns in Baden nicht in dem Umfang vorhanden sei, wie ich es geschildert hätte. Anscheinend gibt ihm ein Artikel im „Weinbau“ recht, der unter den vielen Bestrafungen, die in Deutschland wegen Weinschmierereien stattgefunden haben, gegenüber 100, die in der Pfalz stattgefunden haben, nur vier auf Baden berechnet. Aber der Herr Kollege Görlacher hat uns erzählt, wie es gemacht wird, und in der nachfolgenden Nummer des „Weinbau“, der als Organ des badischen Weinhandels in der Beziehung sachverständig sein muß, da steht: „Auf Grund sehr eingehender Kenntnisse behaupten wir, daß eine ganze Menge gefälschter Weine vorhanden sind, die durch das jetzige Weingesetz nicht zu fassen sind.“ Es wird dann weiter angeführt, daß eine ganze Menge von Trester- und Heftenweinen vorhanden ist, die, wenn der Kontrolleur kommt, von dem fürsorglichen Hausvater einfach als Hausstrunk deklarieren werden und, wenn der Kontrolleur wieder verschwunden ist, in den Handel gebracht werden. Die Freisprechungen in der letzten Zeit beweisen uns, daß der Artikel nicht Unrecht hat. Für unsere Weisheitsherde hat sich eine große Kollage durch diese Weinschmiererei herausgestellt, und um die Weisheitsherde zu schützen, sind wir mit der alsbaldigen Gründung der Naturweinbauvereine vorgegangen. Um die Qualitätsweine handelt es sich dabei nicht. Der Thüringer Winkler, der Blankenhornsberger usw. braucht den Schutz durch die Naturweinbauvereine nicht, Schutz braucht vor allem der Weißherbst, der leichte bis zu dem etwas schwereren Eiswein, der speziell bei uns am südwestlichen Kaiserstuhl gepflanzt wird. Der Gedanke, Naturweinbauvereine zu gründen, ist bei uns am südwestlichen Kaiserstuhl entstanden und dann hinübergesprungen in alle anderen Weinbaugebiete, es sind Naturweinbauvereine für den unteren Breisgau, für die Ortenau usw. gegründet worden, und es steht in Aussicht, daß auch eine Gründung für den östlichen Kaiserstuhl erfolgen soll, wenigstens habe ich in der Beziehung auch schon Nachrichten bekommen. Wir teilen diese Naturweinbauvereine ein entsprechend dem einzelnen Weinbaugebiete, um den einzelnen Rebgebieten noch die Möglichkeit zu geben, für ihre Eigentümlichkeiten in ihrem Weinbau innerhalb des Rahmens ihres Naturweinbauvereins Sorge tragen zu können. Unser Hauptziel geht dahin, den gesamten badischen Rebbaureichstand zu einer Organisation in den einzelnen Naturweinbauvereinen zusammen zu bringen, zu einer gemeinsamen Organisation zum Schutz unseres Naturweins und vor allem zur Erämpfung des von uns für unbedingt notwendig erachteten direkten Deklarationszwangs. Wir treiben also keinen Keil in die Solidarität der Rebbaureichbauern hinein, sondern wir suchen auf alle mögliche Art und Weise die Solidarität der Rebbaureichbauern zu fördern. Der Naturweinbauverein für den südwestlichen Kaiserstuhl umfaßt das Gebiet von Königshausen bis Walsenweiler, und innerhalb dieses Gebietes sind wir in der Entwicklung begriffen. Wir haben bis jetzt 5 Ortsgruppen gegründet, und die Gründung der anderen Ortsgruppen wird nachfolgen. Es sind nicht, wie Herr Kollege Pfeifferle aus einem Artikel vorgelesen hat, nachträglich Ortsvereine angegliedert worden, sondern wir sind erst in der Entwicklung begriffen, und die Entwicklung wird sich innerhalb des von mir bezeichneten Gebietes ausdehnen. Innerhalb dieses Gebietes bleiben wir streng innerhalb der Gebietsgrenze, die wir uns selbst gesetzt haben. Alle Orte nehmen wir auf, wir haben schon bei sehr vielen Orten den Versuch gemacht, sie uns einzuliefern, die Vorbereitungen sind getroffen. Ausgeschlossen haben wir keine. Ich bitte den Herrn Kollegen Pfeifferle, mir den Ort zu nennen, der sich darüber beschwert, daß wir ihn von unserem Naturweinbauverein für den südwestlichen Kaiser-

stuhl ausgeschlossen haben. Ich muß annehmen, Herr Kollege Pfefferle, daß Sie auf Grund einer nicht ganz richtigen Orientierung über das Wesen unserer Naturweinbauvereine sich etwas abfällig über dieselben geäußert haben.

Wir Rebbaupern stehen vollständig auf dem Standpunkt der Puristen. Wir sagen, die Natur sorgt schon selber durch die verschiedenen Jahrgänge, die sie uns gibt, dafür, daß der reelle Weinhändler es in der Hand hat, dem Geschmack des Publikums, mag er sein, wie er will, zu entsprechen. Auf den 1904er ist der Jahrgang 1905 gekommen, und durch ein ordentliches Verschneiden dieser verschiedenen Jahrgänge haben die Weinhändler es in der Hand, allen Bedürfnissen zu entsprechen. Allerdings machen die Weinhändler dann nicht die großen Gewinne, die die Schmirerei bringt, wobei dem Publikum Zuckerwasser und alles mögliche andere als Wein vorgelegt wird. Jede Verbesserung des Weins, auch die rationellste, ist Weinvermehrung. Warum gehen die Weinhändler auf unsere berechnete Forderung der Trockenreife nicht ein? Einfach aus dem Grunde, weil dabei nichts herauskommt! Die Größe der Rationalität der Verbesserung hängt eben ganz von der mehr oder weniger großen Erheblichkeit des Wunsches nach Profit ab, der bei dem betreffenden Weinhändler herrscht. Wir verlangen eben direkten Deklarationszwang als das einzige Hilfsmittel, um unseren notleidenden Weinbau wieder in die Höhe zu bringen, und ich gestehe offen ein, daß wir Rebbaupern allmählich etwas unruhig werden. Im Laufe des letzten Sommers ist — durch Inbiskretion — ein Gesetzentwurf in die Öffentlichkeit gekommen, der ziemlich unseren berechtigten Wünschen entspricht hat. Der Reichstag ist jetzt schon ziemlich lange bei einander. Wir haben aber noch nicht gehört, daß dieser Entwurf dem Reichstag vorgelegt worden ist. Man spricht schon von einer Vertagung des Reichstags. Neulich habe ich im „Volksfreund“ gelesen, daß sogar der Weingesetzentwurf zurückgezogen werden sollte; wir hören von allen möglichen Versammlungen der Weinhändler, die sich gegen diesen Entwurf wehren. Wir hören, daß die Vorstände der Weinhändler-Verbände Audienzen bei den höchsten Staatsstellen im Reich haben. Wahrscheinlich werden diese Leute auch nicht zugunsten des Entwurfs gesprochen haben. Und nun hörten wir auch noch am letzten Samstag Äußerungen wie die des Herrn Kollegen Pfefferle, der zugunsten der Weinschmirerei, wenn auch nur verblümt, gesprochen hat (Heiterkeit). Ich muß Ihnen offen gestehen, daß ich von meinem Standpunkt als Kaiserstähler aus es sehr bedaure, daß ein Kaiserstähler sich so ausgedrückt hat. Wir danken der badischen Regierung, daß sie die Interessen von uns Rebbaupern fördern will, und wir hoffen, daß sie sich durch derartige Stimmen in ihrer Gunst, die sie uns Rebbaupern zuwendet, nicht beeinflussen lassen wird. (Beifall im Zentrum.)

**Abg. Bechtold (Soz.):** In der heutigen Vormittags-sitzung hat der Herr Kollege von Menzingen gesagt, die sozialdemokratischen Genossenschaften sollten einmal vormachen, wie die Wirkung der Genossenschaften am besten erreicht werden kann; erst dann könnten wir sagen und angeben, wie die Genossenschaften in den landwirtschaftlichen Kreisen zum Vorteil und zum Nutzen der Landwirtschaft gereichen können. Er hat unter anderem gesagt, die sozialdemokratischen Genossenschaften hätten keinen Beweis geliefert, alle paar Tage sei eine Ver-tracht. Ich muß jedoch hier zur Antwort geben, daß eine ganze Reihe von Genossenschaften, die unter Arbeitern gegründet worden sind, zum Segen der Allgemeinheit, der Arbeiterkreise sowohl als der Bauernkreise, gewirkt haben. Ich erinnere nur an Belgien, wo die

großen Genossenschaften segensreich wirken. Ich erinnere auch an die Einrichtung der Großverkaufsgenossenschaften, die sich von Jahr zu Jahr ganz bedeutend hebt und gleichfalls im Interesse der Allgemeinheit wirkt. Auch ich bin schon seit 5 Jahren Geschäftsführer eines kleinen Konsumvereins. Dieser kleine Konsumverein umfaßt jetzt bereits 200 Mitglieder, er ist in stetem Wachstum begriffen, und in meinem Ort kommen allmählich auch die Kleinbauern zu der Ansicht, daß es sich hier um eine Einrichtung handelt, von der auch sie Vorteil haben.

Wenn nun Herr Kollege von Menzingen geglaubt hat, daß die sozialdemokratischen Konsumvereine nicht blühten, so ist es auch schon vorgekommen, daß andere Konsumvereine liquidiert haben. Alle paar Tage liest man doch in der Zeitung, daß selbst im Vatikan nicht alles in Ordnung ist, dort wird die größte Geldmishandlung getrieben. (Heiterkeit. Zurufe von Zentrumseite.) Wenn sich Leute mit kleinen Mitteln oder mit kleinen Mitteln zusammenschließen, lebendig und den Sparfuss und die Ordnungsliebe zu heben und kleine Vorteile zu erzielen, und wenn es dabei nie und da einmal vorkommt, daß sich solche Vereine verspekulieren, vielleicht veranlaßt dadurch, daß sie in unverantwortlicher Weise von einem Lieferanten als Nichtfachleute übervorteilt worden sind, dann kann man doch nicht sagen: Die sozialdemokratischen Genossenschaften erbringen uns den Beweis, daß hier in den sozialdemokratischen Reihen der Genossenschaft Wirtschaft herrscht. Wenn Herr Kollege von Menzingen mir sein Bestreben gibt (Heiterkeit), werde ich ihm schon eine gute Geschäftsführung zeigen. (Große Heiterkeit.) Ich werde die Bewirtschaftungsart ebenso gut verstehen wie er, und ich werde manche Bauern von rückständigen Ideen abbringen.

Als Pfälzer muß ich heute hier einige Worte über den Tabakbau sprechen. Die Pfalz ist im Tabakbau seit dem vorigen Jahrhundert und jetzt immer noch von größter Bedeutung. Der Tabakbau ist wohl etwas zurückgegangen, und zwar weil man dort den Tabak auf ein und demselben Ackerlande immer und immer wieder angepflanzt hat, sozusagen Raubbau betrieben hat. Dieses Kraut gedeiht eben am liebsten im Urboden, und da, wo die Substanzen, die der Urboden mit sich bringt, ausgezogen sind, will der Tabak nicht so recht gedeihen, da läßt das erzielte Quantum bedeutend nach und der Brand läßt zu wünschen übrig. Nun sind die Pfälzer Landwirte in dieser Art der Bebauung fortgefahren und haben den Tabak verwendet, ohne diese Umstände zu berücksichtigen. Neuerdings ist man aber zu einer rationelleren Art der Bebauung übergegangen. Es ist uns ja darüber ein Referat von Herrn Kommerzienrat Landfried zugegangen, der sich bedeutende Verdienste um den Tabakbau erworben hat und den Tabakbau nach einem System behandelt, dessen Anwendung den Gemeinden jetzt empfohlen wird. Bei uns ist diese neue Methode von einzelnen Bauern schon angewendet worden, und zwar mit ganz bedeutendem Erfolge, was das Quantum und was die Qualität anbelangt. Der Ertrag war befriedigend, und der Erlös war ein derartiger, daß diese Leute nach kurzer Erfahrung behaupteten, die neue Methode werfe einen besseren Ertrag ab. Ich aber glaube, daß die Leute, die nach der alten Methode bauen, zum größten Teile vor der Anwendung dieser neuempfohlenen Methode zurückschrecken, weil hier ein anderes Verfahren bei der Ernte herrscht; die Ernte wird sozusagen in drei Teile zerlegt. Bei der alten Bauart wird das Produkt stehen gelassen, bis es reif ist, und wird dann auf einen Erntetag hereingeholt.

Es ist hier davon die Rede gewesen, man solle eine Prämierung des Tabakbaues einführen, und die Groß-Regierung hat ihre Bereitwilligkeit bekundet, der Landwirtschaft hier beizuspringen. Auch ich bin dafür, daß man die Prämierung in der vorgeschlagenen Art

vollzieht, und zwar an der Wage. Ich glaube, daß dadurch der Tabakbau vielleicht etwas mehr forziert würde. Wenn aber auch auf einer Seite kein Mittel außer Acht gelassen wird, wenn die Regierung die redlichste Absicht hat, die Tabakbauern anzuregen, und dann auf der anderen Seite wieder die Reichsregierung kommt und durch eine Besteuerung den Tabakbau belästet, wird alles das, was zum Vorteile der Tabakbauern errungen ist, wieder vernichtet. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß der Tabak immer noch einen angemessenen Preis behalten kann, aber nur dann, wenn die Reichsregierung mit derartigen Steuern, wie sie in Aussicht stehen, den Tabak in Ruhe läßt.

Es ist auch hier vielfach die Rede von der Saatzucht gewesen. Es ist ja erfreulich, daß die Großh. Regierung auch hier die Hand geboten hat und 20 000 M. in das Budget eingestellt hat, um die Saatenzucht zu unterstützen, wovon die Landwirtschaft einen wesentlichen Vorteil haben wird. Ich weiß nicht, inwieweit es möglich sein wird, Versuche in der Richtung anzustellen. Wir in der Pfalz und ich selbst haben mit neuen Fruchtarten, besonders mit neuen Getreidesorten, keine besonderen Erfahrungen gemacht, und wir sind wieder zu unserer alten Pflanzergerte zurückgekehrt. Die alte Pflanzergerte hat sich immer wieder als das beste Produkt für uns erwiesen. Es ist ja nun leicht möglich und jedenfalls von Vorteil, die in der Saatzuchtstation gezüchteten Sorten auszuprobieren und zu untersuchen, wobei besonders die Bodenbeschaffenheit und die klimatischen Verhältnisse berücksichtigt werden sollten. Wenn diese Umstände beachtet werden, wird sicher etwas Gutes und Vorteilhaftes für die Landwirtschaft erzielt werden.

Die Schweinezucht ist hier auch von verschiedenen Rednern teils gestreift teils eingehend behandelt worden. Ich selbst habe lange Jahre Schweinezucht getrieben, und zwar in erheblichem Maße. Es ist da von Herrn Kollegen Schmidt die spitzohrige und die schlappohrige Rasse behandelt worden, und es ist vom Herrn Kollegen Ries hauptsächlich unsere deutsche Rasse empfohlen worden. Auch ich bin der Meinung, daß unsere Landrasse die besten sind. Ich habe z. B. die Wahrnehmung gemacht, daß die fremden leicht zum Nachteile der Züchter rückfällig werden; gewisse Sorten, die heute häufig auf den Markt kommen, werden kurz und stumpf. Wohl werden sie in kürzerer Zeit fett, man kann aber mit ihnen auch nicht das Gewicht und hauptsächlich nicht das angenehme schmeckende Fleisch erreichen, wie das bei unseren deutschen Landrasse zu erzielen ist. Ich bin dafür, daß man in den Schweinezuchtstationen hauptsächlich die deutschen Rassen berücksichtigen sollte. Vielleicht ist es möglich, auf dem Wege der Kreuzung eine Rasse zu erzielen, die sich zu einem brauchbaren, zur Zucht gut geeigneten Produkt auswächst. Aber ich kann immer nur sagen: Die deutschen Rassen habe ich durchprobiert, ebenso habe ich unsere badischen Landrasse durchprobiert und ich habe mitunter Exemplare darunter gehabt, die es bis zu dreieinhalb Zentner und mitunter noch mehr in einem Jahre gebracht haben. Ich glaube, daß man mit einer andern, einer fremden Rasse, derartige Resultate nicht oder doch wenigstens nur unter weit größeren Schwierigkeiten erzielen könnte. Allerdings sind unsere Landrasse etwas hartfütterig, sie brauchen etwas mehr Zeit, aber sie machen sich auch bezahlt. Die Metzger aus Frankfurt z. B. ziehen das bei uns gezüchtete Vieh, und besonders die Schweine, vor.

Der Herr Kollege Müller hat auch des Umstands Erwähnung getan, daß ein Rückgang in der Schweinezucht zu verzeichnen sei, es würden heute 100 000 Ferkel weniger gezüchtet als im vorigen Jahre. Man kann es den Leuten auch gar nicht verbieten, wenn sie die Mutter Schweine abschaffen, deshalb

ist es ja wohl möglich, daß es mit jenen Zahlen keine Wichtigkeit hat. Nach meiner Ansicht ist an dieser dauerlichen Tatsache der ganz erhebliche Preisausschlag auf Futtermittel schuld (Zuruf aus dem Zentrum: O nein!), während z. B. früher der Zentner Mais 14 M. kostete, werden jetzt 18 M. dafür verlangt, auch die Kleie ist erheblich teurer. Ich kann Ihnen aus eigener Beobachtung sagen, daß heute in meinem Ort die sogenannten Einlegerschweine, die die Leute zu teuern Preisen als Milchschweine auf dem Viehmarkt erstanden haben, zu ganz geringen Preisen feil geboten werden; die Leute wollen die teuern Futtermittel nicht mehr kaufen und schaffen sich deshalb so schnell wie möglich diese Schweine aus dem Stalle.

Nun ist auch die Ziegenzucht zur Sprache gebracht worden. Der Herr Kollege Jhrig hat darauf hingewiesen, daß im Schwesinger Bezirk eine Ziegenzuchtgenossenschaft gegründet worden sei und schon ziemlich viele Mitglieder habe; ich kann das bestätigen; auch aus meinem Bezirk sind einige Mitglieder dabei. Ich gebe ja gern zu, daß die Ziegenzucht und die Ziegenhaltung bedeutende Fortschritte gemacht hat. Aber das hängt bei uns in der Pfalz hauptsächlich damit zusammen, daß die eigentlichen Bauernbetriebe in allen Orten durch die Verhältnisse dezimiert werden. Es spielt hier auch das Erbschaftswesen eine Rolle. Kühe sind selten; man trifft Bauern, die ein Pferd halten, um ihre Landwirtschaft zu betreiben, außerdem noch zwei oder drei Ziegen, dabei aber nicht einmal eine Kuh.

Der Herr Kollege Jhrig sagt nun, daß man in Schwesingen mit Prämierungen von Ziegenböcke Versuche gemacht und dabei schlechte Erfahrungen gemacht hätte. Wenn man allerdings die Sache so angreift wie in Schwesingen, dann müssen schlechte Erfahrungen gemacht werden. Die Schwesinger haben im Hessischen über zwanzig Böcke gekauft, sehr junge Tiere, und haben sie in Schwesingen auf die „Weide“ getrieben. Das ist eine Weide, da wächst alle fünf Schritte ein Grashalm (Heiterkeit). Die Tiere wurden sehr schlecht gehalten und gefüttert, daher die schlechte Erfahrung. Wie nun die Tiere zur Prämierung vorgeführt worden sind, ist etwas vorgekommen, was sich mit den Interessen meines Bezirkes nicht vereinbaren läßt. Es sind unter anderem zwei Orte aus meinem Wahlkreis in Betracht gekommen. Diese sind mit in der Ziegenzuchtgenossenschaft; sie haben Tiere nachgezogen, auch Böcke, und haben geglaubt, sie könnten sie vielleicht vorführen. Die Tiere sind vom Bezirkskierarzt untersucht worden, wurden gekört, aber wie sie nach Schwesingen zur Prämierung kamen, hat es geheißen, diese Ortschaften seien abgewiesen. Die Gemeinderäte und Bürgermeister von verschiedenen Gemeinden haben sich dort bei der Prämierung ihre Gemeindeböcke geholt, man hat ihnen mitunter elende Ware zu recht teuern Preisen aufgehängt; und das tatsächlich beste Material, Böcke, die noch einmal so viel Wert gehabt hätten wie die verkauften, hat man gar nicht zugelassen! Solche sind um den halben Wert verkauft worden. Das Schönste an der ganzen Sache war, daß die Böcke, die um teures Geld gekauft worden sind, dann nicht tauglich waren, während die Ortschaften mit den Böcken aus unserem Bezirk, die zum halben Preis verkauft worden waren, wohl zufrieden waren. Ich will nicht das Wort „Vetterleswirtschaft“ zur Anwendung bringen; immerhin aber ist es bei dieser Angelegenheit nicht mit rechten Dingen zugegangen. Ich bitte die Großh. Regierung, dafür zu sorgen, daß, wenn wieder einmal eine Böcke- und Ziegenchau und Prämierung vor sich gehen sollte, dann nicht wieder derartige Dinge unterlaufen.

Nun hat der Herr Kollege Banschbach in einer der letzten Sitzungen uns hier die Deutenot auf dem

Land vorgeführt und hat geglaubt, uns empfehlen zu sollen, man solle, da in den großen Städten in geradezu erschreckendem Maße Arbeitslosigkeit vorhanden sei, die Leute doch einfach auf das Land schicken, dort würden sie Arbeit bekommen. Ja, Herr Kollege Banschbach, ich weiß nicht, ob heute für alle arbeitslosen Leute oder auch nur für den größeren Teil derselben: auf dem Lande Arbeit wäre; es sieht nicht so aus. Ich bin der Meinung, daß die Leutenot nicht in dem Maße vorhanden ist, wie man sie hier immer schildert. Ich mache die Beobachtung, daß diejenigen Leute, die Dienstboten brauchen und diese menschlich behandeln und ihnen zeitgemäße Löhne verabfolgen, auch immer Arbeitskräfte bekommen, aber nicht diejenigen, die die Dienstboten vielleicht weniger anständig oder menschlich behandeln. Wenn die Erntezeit und die Saatzeit da ist, dann ist Leutenot vorhanden, das gebe ich gern zu. Die Bauern würden dann gerne den doppelten Tagelohn bezahlen, aber sie können keine Arbeiter bekommen. Auf der anderen Seite kann man aber den Arbeitern nicht zumuten, daß sie sich bis zum Frühjahr oder bis zur Erntzeit hinsetzen und warten, bis sie einmal drei, vier oder fünf Wochen Arbeit bekommen. Wenn sie dauernde Arbeit haben wollen, dann gehen sie in die Industrie, in die Fabriken, wo das ganze Jahr über Arbeit geboten ist, wenn auch unter Bedingungen, die oft zu wünschen übrig lassen.

Ueber die Prämierung des Rindviehs möchte ich hier auch ein paar Worte verlieren. Es ist mir nämlich ein Brief von einem kleinen Bauern im Schwarzwalde gekommen. Ich will nicht behaupten, daß dieser Bauer ein Sozialdemokrat ist. Aber es wird auch heute schon Bauern geben, die Sozialdemokraten sind; ich könnte Ihnen Belege dafür geben (Zuruf aus dem Zentrum: Nicht viele!) Nicht viele! Das kommt noch! (Heiterkeit). Ich will Ihnen ein Beispiel zeigen. Als den Bauern noch vorgemacht wurde, wir Sozialdemokraten wollten alles teilen, da hat man einem Bauer in Schriesheim gesagt: „Hannes, paß mal auf, es wird geteilt; Du mußt die eine Kuh hergeben!“ Er hatte zwei Kühe. Da antwortete der Bauer: „Mensch, ist es schon so weit? In Gottesnamen! Aber laß mir wenigstens die Sattelkuh stehen!“ Heute ist der Mann ganz anderer Meinung. Der Mann ist jetzt um 15 Jahre älter und vertritt uns heute im Bürgerausschuß, denn er ist Sozialdemokrat geworden.

Der Schwarzwälder Landwirt, von dem ich vorhin gesprochen habe, beklagt sich, daß durch die Viehprämierung nicht erreicht werde, was erreicht werden sollte. Es werde dort immer ein und derselbe Mann mit ein und demselben Stück Vieh prämiert. Die kleinen Leute kämen garnicht an die Reihe. Die größeren Viehbesitzer brächten gut gemästete, prächtige Kühe, die sehr in die Augen fallen, und die kleinen Bauern mit ihrem Arbeitsvieh, mit ihren abgemagerten Tieren kämen nicht in Betracht. Es beklagt sich mancher kleiner Bauer darüber, daß man sein Vieh garnicht berücksichtigt. Es wird darauf hingewiesen, daß die besten und schönsten Kalbinnen von 1½ und 2 Jahren von den Händlern aufgekauft und ins Ausland geschickt werden. Es scheint mir nun ein ganz vernünftiger Vorschlag zu sein, daß man von dem bisherigen Verfahren Abstand nehmen und die jungen Kalbinnen prämiieren sollte. Dadurch wäre vielleicht die Möglichkeit geboten, auch minderbemittelte Bauern zu berücksichtigen. Ich möchte der Großh. Regierung empfehlen, diesen Vorschlag im Interesse der kleinen Landwirte in Erwägung ziehen zu wollen. Es dürfte sich auch im Interesse der Allgemeinheit, mit Rücksicht auf die weitere Entwicklung auf dem Gebiete unserer Viehzucht empfehlen, Vorkehrungen zu treffen, daß die jungen Kalbinnen nicht mehr wie bisher ohne weiteres ins Ausland geschickt werden.

Zum Schluß komme ich noch dazu, dem Herrn Abg. Schmidt-Bretten zu erklären, daß es mir ganz sonderbar vorgekommen ist, daß er mir neulich solch ein Kompliment gemacht hat (Heiterkeit). Nach seiner Meinung war es vielleicht ein Kompliment, aber ich habe es ganz anders aufgefaßt. Er hat u. a. gesagt, mein Kollege Kolb solle sich einmal bei mir erkundigen, wie der Bauer ohne Fruchtbau und ohne Stroh auskommen könnte. Das wissen wir alle, daß der, welcher Vieh hält und Landwirtschaft treibt, Stroh braucht. Gewiß wissen wir das (Widerspruch des Abg. Schmidt-Bretten), Stroh hat man doch nicht dazu, um den Kopf damit vollzustopfen! (Große Heiterkeit). Wenn der Herr Abg. Schmidt mir damit Eines versetzen wollte, dann ist das nicht entschuldigbar. Ich kann dem Herrn Abg. Schmidt sagen: Ich habe nichts weiter besucht als die Volksschule, hätte ich aber das Gymnasium und die Universität besucht und die Staatskassen bestritten wie der Herr Kollege Schmidt, dann wäre ich vielleicht (Abg. Dr. Zehnter: auch beim Bund der Landwirte! Heiterkeit im Zentrum) mit einem größeren Wissen ausgestattet. Es ist mit Recht schon von meinem Kollegen Kolb gesagt worden: Was würde der Herr Abg. Schmidt und die ganze konservative Fraktion hier sagen, wenn man die Bemerkung fallen lassen würde: Der Herr Kollege Schmidt sage auch ab und zu hier die Wahrheit. Dadurch würden Sie (zum Abg. Schmidt-Bretten) sich ganz genau ebenso beleidigt fühlen, und das würde Ihnen ganz sicher ebensowenig auf den Leib passen, wie wenn Sie kommen und sagen: Der Abg. Bestold habe ab und zu einmal eine vernünftige Ansicht (Beifall bei den Sozialdemokraten).

Abg. Duffner (Zentr.): Nach der Rednerliste habe ich die wenig dankbare Aufgabe, meine Rede als die 48. zu dieser Generaldebatte vor Ihnen zu halten. Meine verehrten Herren Vortredner haben das Thema „Landwirtschaft“ so ausgiebig behandelt, daß ich vor einem ziemlich abgeernteten Acker stehe. Es bleibt mir insofern nicht mehr viel zu sagen übrig, wenn ich nicht wiederholen wollte, was schon 47 mal vor mir gesagt worden ist. Ich will mich deshalb darauf beschränken, nur einige Gegenstände vorzutragen, die, so viel ich übersehen kann, noch nicht berührt, wenigstens nicht vom Standpunkte der Schwarzwaldinteressen aus besprochen worden sind.

Zunächst ein Wort der Anerkennung für meinen Freund Schüler. Er hat in der Badischen Landwirtschaftskammer zum Ausdruck gebracht, welche Gefühle die Einführung des neuen Unterrichtsplanes in der Volksschule namentlich auf dem Schwarzwalde ausgelöst hat. Ich will auf diese, für unsere Schwarzwaldbewohner außerordentlich bedeutungsvolle Frage heute nicht näher eingehen, behalte mir aber vor, bei der Besprechung der zu diesem Gegenstande dem Hohen Hause zugegangenen Petitionen und bei der Besprechung unserer hierauf bezüglichen Interpellation näher darauf zurückzukommen. Ich möchte aber die Landwirtschaftsdebatte nicht vorübergehen lassen, ohne dem Herrn Abgeordneten Schüler den wärmsten Dank dafür auszusprechen, daß er in der Landwirtschaftskammer für die Interessen unserer Schwarzwaldkinder und unserer Schwarzwälder Landwirtschaft so energisch eingetreten ist. Seine Ausführungen werden im Hohen Hause ja noch näher gewürdigt werden müssen. Ich selbst werde mir gestatten, sie noch in der einen und anderen Richtung zu ergänzen. Heute möchte ich aber namentlich der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Großh. Ministerium des Innern, dem wir für seine außerordentlich weitgehende Fürsorge für unsere badische Landwirtschaft nur alle Anerkennung zollen können, dann auch auf dem Plan sein

wird, wenn es gilt, gerade diese speziellen Schwarzwaldbinteressen dem Ministerium der Justiz, des Kultus und Unterrichts gegenüber zu vertreten.

Der Saatzuchtstation, die mit einem Aufwand von 20 000 M. in Baden errichtet werden soll, sind von einer Reihe von Herren anerkennende Worte gewidmet worden. Ich schließe mich diesen Herren an, ohne näher auf die Sache selbst einzugehen. Ich möchte mir aber gestatten, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß diese neue Saatzuchtanstalt es nicht übersehen möge, namentlich auch ein frühes und hartes Saatgut zu züchten, das für die hohen Lagen unseres Schwarzwaldes geeignet ist. Daran fehlt es noch in einem ziemlich ausgedehnten Maße. Die Saatzuchtanstalt wird hier wohl in der Lage sein, Wandel schaffen können. Ich möchte weiter den Wunsch hinzufügen, daß dieses Saatgut dann zu billigen Preisen und unter loyalen Bedingungen an unsere Landwirtschaft treibende Bevölkerung abgegeben wird. Ich möchte also wünschen, daß die Saatzuchtstation auch den Schwierigkeiten Rechnung trägt, denen der Körnerbau auf dem Schwarzwald ausgesetzt ist.

Der Herr Minister hat für die Anregung meines Kollegen Schüler über landwirtschaftlichen Sachunterricht an Soldaten ein freundliches Wort gefunden. Ich freue mich darüber und möchte mir gestatten, im Zusammenhang damit noch auf Folgendes hinzuweisen: Im bayerischen Abgeordnetenhaus hat ein Abgeordneter den Vorschlag gemacht, man möchte jährlich nur eine Kontrollversammlung stattfinden lassen, damit den Landleuten große Opfer an Zeit und Geld erspart bleiben. Der Vertreter des bayerischen Kriegsministeriums hat daraufhin eine Neueinteilung der Kontrollbezirke zugesagt, damit die Kontrollpflichtigen nicht mehr so viel Zeit aufzuwenden hätten. Er erklärte außerdem, erwägen zu wollen, ob eine Verminderung der Kontrollversammlungen möglich sei. Ich möchte die Großh. Regierung bitten, auch diesen Gegenstand in den Kreis ihrer Erwägungen ziehen zu wollen und eventuell im Bundesrat zu vertreten.

Eine andere Anregung, die ich vor zwei Jahren bei einem anderen Titel vorgetragen habe, möchte ich heute beim Titel Landwirtschaft wiederholen, weil die Anregung gerade in dieses Gebiet fällt, und weil ich sie das letzte Mal leider ohne Erfolg vorgetragen habe. Es handelt sich um die gesetzlich geregelte Erhebung der Hundesteuer. Die Hundsteuer kostet heute in Ortschaften bis zu 4000 Einwohnern 8 M., in Ortschaften über 4000 Einwohnern 16 M. Ich habe nun gegen die Erhebung einer höheren Hundsteuer in größeren Gemeinden mit über 4000 Einwohner nichts einzumenden, sofern es sich dabei um die Besteuerung von Luxusunden handelt. Wenn die Zahl von 4000 Einwohnern aber erst dadurch herauskommt, daß auch alle außerhalb des Ortsetters gelegenen Zinken und Ortsteile mit in Rechnung gestellt werden, dann ergibt sich eine durchaus ungerechtfertigte Mehrbelastung der außerhalb des Ortsetters wohnenden Bevölkerung, zumal sie nur auf dem Papier zu der Stadt gehört. Draußen auf den einzelgelegenen Gehöften und Häusern hält man keine Luxusunden; dafür sorgt schon das Budget des Bauern und des Heimarbeiters, der neben seinem Gewerbe noch Landwirtschaft betreibt. In all diesen Fällen wird der Hund als Wächter für Haus und Hof gehalten und muß gehalten werden, trotz der Steuer. Der Bauer, der in der Erntezeit keine Frau, einzelne Diensthöten oder Kinder zu Hause lassen muß, braucht den Hund zum Schutze der Seinen. Dasselbe ist der Fall an Sonn- und Feiertagen zur Zeit des Kirchgangs. In dieser Zeit sind in den einzelstehenden Bauernhäusern in der Regel nur wenige Personen anwesend. Was dies gerade gegenüber dem wandernden

Stromertum zu bedeuten hat, das mit Vorliebe die abgelegenen Bauernhöfe aufzusuchen pflegt, weiß Jeder, der unsere ländlichen Verhältnisse kennt. Daß nun der Landmann, der zufällig einem Gemeinwesen angehört, das nur mit Einschluß der außerhalb des Ortsetters gelegenen Ortsteile über 4000 Einwohner zählt, 16 M. zahlen muß, während sein nächster Nachbar nur deshalb, weil er das Glück hat, einem kleineren Gemeindeverband anzugehören, unter sonst gleichen Verhältnissen nur 8 M. zahlt, das ist nicht nur eine Härte, sondern direkt eine Ungerechtigkeit, und zwar schon aus dem Grunde, weil der weitab von der Stadt wohnende Bauer oder Heimarbeiter, der den Hund, wie ich schon ausgeführt habe, unbedingt braucht, von den Vorteilen der Stadt herzlich wenig hat, dagegen sehr beträchtlich zur Steuerleistung an die Stadt herangezogen wird. Man kann allerdings der Einwand erhoben werden: Dann kann jeder andere Beruf mit dem gleichen Rechte kommen und für den für ihn notwendigen Gebrauchshund eine Herabsetzung der Steuer verlangen. Ich hätte dagegen nichts einzuwenden, so lange es sich nicht um Luxusunden handelt. Aber das kommt hier gar nicht in Betracht, hier handelt es sich lediglich darum: Wird die Abgrenzung, wie sie jetzt für die beiden Steuerföge von 8 und 16 M. durch Festsetzung der Einwohnerzahl von 4000 besteht, richtig durchgeführt oder nicht? Diese Frage muß zweifellos verneint werden. Will man diese Abgrenzung festhalten, dann können doch unmöglich Ortsteile, die 1 oder 2 Stunden weit weg von der Stadt entfernt liegen, als mit zur Stadt zu rechnend gezählt werden, wenn schon sie ja auf dem Papier zu diesem Gemeindeverband gehören. Es ließe sich das Bild leicht noch weiter ausmalen; ich will darauf verzichten, möchte aber die Großh. Regierung doch bitten, ihrerseits die nötigen Schritte zu tun, damit diese Härte und Ungerechtigkeit verschwindet. Will man die Abgrenzung, die bisher mit 4000 Einwohnern gegeben war, festhalten, dann ist die Abgrenzung ja schon gegeben. Man belaste mit den 16 M. diejenigen Städte, die 4000 oder mehr Einwohner als geschlossene Stadt umfassen, und scheidet alle diejenigen Ortsteile aus, die außerhalb des Ortsetters liegen. Dann wird sich ohne weiteres ergeben, daß die Bewohner der außerhalb des Ortsetters gelegenen Häuser nicht in ungerechtfertigter Weise die höhere Hundsteuer bezahlen müssen. Ich bitte die Großh. Regierung, diese berechtigten Wünsche zu berücksichtigen.

Für die freundlichen Worte des Herrn Ministers zu den Eisenbahnwünschen meines Freundes Wittenmann für den Bezirk Bonndorf sage ich ebenfalls meinen besten Dank. Ich will selbstverständlich an dieser Stelle nicht näher darauf eingehen, zweifle aber nicht daran, daß diese Wünsche eine große Förderung erfahren, wenn sie einen Befürworter haben wie den Herrn Minister des Innern. Ich will mir aber gestatten, eingedenk dessen, daß er selbst gesagt hat: „Bescheidenheit ist eine Tugend, doch weiter kommt man ohne ihr“, Seine Erzellenz auch in der Richtung zu engagieren, daß er den Verkehrswünschen des übrigen Schwarzwaldes, die für unsere bäuerliche Bevölkerung von großer Bedeutung sind, seine wertvolle Unterstützung leiht; er wird sich dadurch sicherlich den wärmsten Dank des Schwarzwaldes verdienen.

Der Herr Abg. Kolb hat heute vormittag sich wieder bemüht, uns auseinanderzusetzen, eine wie große Freundin der Landwirtschaft die Sozialdemokratie sei. Es fällt mir nun natürlich nicht ein, den guten Willen des Herrn Kollegen Kolb anzuzweifeln, im Gegenteil. Aber er hat den Beweis dafür, daß seine Anschauungen über die Landwirtschaft die Anschauungen der gesamten Sozialdemokratie sind, nicht erbracht. Ich möchte einmal das Echo hören, das seine Reden auf einem sozial-

demokratischen Parteitag fänden, wenn er sie dort so halten würde, wie er sie hier im Hohen Hause über die Stellung der Sozialdemokratie zur Landwirtschaft zu halten pflegt. Dort und in der sozialdemokratischen Presse hört man gemeinlich sehr viel andere Melodien! Herr Abg. Freiherr v. Menzinger hat uns heute früh einige Proben davon vorgetragen. Allerdings haben seine Zitate bei den Herren Kollegen von der Sozialdemokratie keine besonders angenehme Empfindungen ausgelöst, das haben die Zwischenrufe bewiesen, mit denen sie diese Zitate abgelehnt haben, als würden sie nichts beweisen. Ja, meine Herren Kollegen von der Sozialdemokratie, wollen Sie denn Männer von der Bedeutung eines Kautsky, eines Liebknecht, eines Bebel, wollen sie andere bedeutende Führer Ihrer Partei desavouieren? Das wird Ihnen ebensovienig gelingen, wie es Ihnen gelingen wird, die programmatischen Erklärungen hervorragender Führer der Sozialdemokratie gegen die Landwirtschaft aus der Welt zu schaffen!

Daß nun gerade der Herr Abg. Kolb heute früh dem „Bad. Beobachter“ eine unehrliche Polemik vorgeworfen hat, hat sich im Munde des Herrn Abg. Kolb doch mehr wie eigentümlich ausgenommen. Man könnte fast meinen, er kenne die vom „Volksfreund“ beliebte Polemik gegenüber ihm unbehaglichen Parteien und einzelnen Personen gar nicht. Ich meine, wenn man so in einem Glashaufe sitzt wie der Herr Abg. Kolb und seine Freunde von der sozialdemokratischen Partei, dann sollte man nicht mit so großen Steinen um sich werfen!

Was dann den Aberglauben anbelangt, von dem der Herr Abg. Kolb ebenfalls heute früh gesprochen hat, so dürfen die Herren Kollegen von der Sozialdemokratie davon überzeugt sein, daß wir vom Zentrum den Aberglauben (und ich glaube, es wurde das hier im Hohen Hause schon mehr als einmal ausgesprochen) ebenso verurteilen, wie ihn ein vernünftiger Mensch überhaupt verurteilen muß. Mit den Witt- und Flurprozessionen hat der Aberglaube nicht das allermindeste zu tun. Es kann, meine Herren, auch ein strebsamer, tüchtiger und aufgeklärter Mann, der frei von jedem Aberglauben ist, morgens in der Frühe zu einer Zeit, wo andere Leute noch zu schlafen pflegen, sehr wohl eine Witt- oder Flurprozession mitmachen. Das Zusammenwerfen der Witt- und Flurprozession in einen Atem mit dem Aberglauben, so wie der Herr Abg. Kolb es getan hat, war also eine durchaus überflüssige Bemerkung. Aber die Frage läßt das Mauseln nicht, und die Herren von der Sozialdemokratie können das Höhnen auf katholische Gebräuche nicht lassen! Ob es sich nun hier um eine etwas mehr oder weniger öffentliche Form bei diesen Äußerungen handelt, das ist an und für sich gleichgültig.

Ich habe geglaubt, diese wenigen Bemerkungen meinen übrigen Ausführungen anfügen zu sollen, und ich schließe damit, indem ich hoffe, daß das große Interesse, das hier im Hohen Hause unserer heimatlichen Landwirtschaft in Worten entgegengebracht wird, auch zu Taten führen wird, die unserem Volk, unserer Heimat, unserem badischen Lande zum Segen gereichen! (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

**Abg. Pfeiffle (Soz.):** Ich hatte wirklich nicht die Absicht, zu diesem Gegenstand zu reden, weil ich der Ansicht war, daß mein Fraktionskollege Kolb mit sehr großem Geschick und mit sehr großer Sachkenntnis die Stellungnahme der sozialdemokratischen Partei hier gekennzeichnet hat. Wenn ich trotzdem bei dieser vorgehenden Zeit noch spreche, so geschieht das einmal deshalb, weil gerade auch von dieser Seite des Hauses (zum Zentrum) so ausgiebig vom Wort Gebrauch gemacht

wurde, daß man es geradezu als eine Pflichtvergessenheit ansehen könnte, wenn nicht von unserer Seite, nachdem erst zwei Abgeordnete von unserer 12 Mann starken Fraktion gesprochen haben, noch ein dritter reden würde, und hauptsächlich deshalb, weil auch ich Vertreter eines ländlichen Bezirkes bin.

Nun fällt es mir allerdings nicht ein, Ihnen (zum Zentrum) den Nachweis noch einmal bringen zu wollen oder auch nur den Versuch machen zu wollen, Sie darüber zu belehren, daß die sozialdemokratische Partei nicht bauernfeindlich ist. Ich glaube, das wäre eine unnötige Arbeit. Ich könnte hier mit Entgegnungen reden, und Sie würden es nicht anerkennen oder wollen es nicht anerkennen. Die Bauernfreundlichkeit kommt nicht dadurch zum Ausdruck, daß man für hohe Zölle eintritt, sondern es gibt auch noch andere Momente, wo man seine Bauernfreundlichkeit zum Ausdruck bringen kann. Man hat mit der Verlesung einer ganzen Reihe von Zitaten geglaubt, uns Bauernfeindlichkeit nachweisen zu können. Was wollen Sie aber mit solchen Zitaten beweisen, die Sie aus dem Zusammenhang herausreißen? Ich freue mich eigentlich, daß namentlich vom Zentrum die Protokolle der sozialdemokratischen Parteitage so eingehend studiert werden, aber es fällt mir doch einigermaßen auf, daß Sie da immer nur diejenigen Stellen lesen, die Ihnen angenehm sind, wo Sie finden, daß der eine oder andere unserer Führer sich weniger freundlich gegenüber der Landwirtschaft ausgesprochen hat, daß aber Ihr ganzes Studium in dem Moment aufhört, wo Sie andere Stellen gefunden haben, denn in unserem Parteitag sind auch Stellen zugunsten der Landwirtschaft gehalten worden. Wenn weniger freundliche Ausdrücke gefallen sind, so wird das von unserer Partei nicht in Abrede gestellt, das ist aber ein Vorgang, der nicht nur bei unserer Partei vorkommt, sondern auch in Ihren Kreisen. Sie werden doch nicht im Ernst die Behauptung aufstellen wollen, daß es nicht auch in den Reihen des Zentrums Leute gibt, die sich weniger freundlich gegenüber der Landwirtschaft ausgesprochen haben? Ich kann da nur verweisen auf den Grafen Verdenfeld in München, er gehörte zu Ihrer Partei (Zwischenrufe im Zentrum). Er betätigte sich nicht gerade in der Öffentlichkeit, er gehörte nicht zu den Führern, aber ich weiß, daß er zum Zentrum zählt (Rufe im Zentrum: Nein!) Ja, dann kennen Sie Ihre eigenen Parteigehörigen nicht (Abg. Frhr. v. Menzinger: Und was hat er gesagt?) Er hat gesagt: Ich was, diesen Bauern kann man geben, was man will, wir können sie doch nicht zufrieden stellen. (Abg. Frh. v. Menzinger: Bei welchem Anlaß?) Ich werde Ihnen morgen den Auschnitt bringen. Mit solchen Ausdrücken kann man uns also nicht nachweisen, daß wir bauernfeindlich sind.

Nun hat der Minister meinem Fraktionskollegen Kolb gegenüber gesagt, es sei richtig, daß er mit dem „nicht wahren Freunde der Landwirte“ die sozialdemokratische Partei gemeint habe. Auch der Herr Kollege v. Menzinger hat in dem gleichen Ton gesprochen. Ich meine, daß diese beiden Herren im Hinblick auf ihre Abstammung die allerungeeignetsten Personen sind, um solche Ausprüche zu tun. Denn die Geschichte beweist, daß es gerade die Herren vom Adel sind . . .

**Präsident Fehrenbach (unterbrechend):** Ich erkläre es für unzulässig, die Abstammung von Ministern oder von Abgeordneten hier hereinzuziehen, um sie zur Grundlage einer Polemik zu machen.

**Abg. Pfeiffle (fortfahrend):** Ich sage also, der Adel hat es bewiesen, daß er alles andere ist, nur kein Bauernfreund, und die Geschichte weist nach, daß von keiner Seite als gerade von unserem Adel so viel Bauern

niedergelegt wurden. Es gibt sehr viele Güter von heurigen Freiherren und Grafen, an denen heute noch das Blut unserer Bauern klebt (Widerspruch im Zentrum). Wer kennt nicht die Geschichte unserer Bauernkriege, wo Tausende von Bauern von den damaligen Freiherren und Grafen, welche die Gauen Deutschlands durchzogen haben, der Kopf zwischen die Füße gelegt wurde, und ihr Gelände haben sie unter sich verteilt (Abg. Frhr. von Menzingen: Die waren doch auf Seite der Bauern! Geschichte schwach!). Noch heute gibt es Zeugen dafür. Wenn wir in die Gebirgsgegenden gehen im Rhein- oder Neckartal, da finden wir noch die Raubritterburgen, von denen diese Freiherren und Grafen heruntergestiegen sind, und sie haben nicht allein den Bauern ihr Land weggenommen, sondern auch dem Handel und unserem Handwerk ihre Güter geraubt.

Von dem Herrn Berichterstatter wie auch von dem Herrn Minister ist darauf hingewiesen worden, wir verständen eigentlich nichts oder nur wenig von der Landwirtschaft. Ich meine, man kann etwas von der Landwirtschaft verstehen und braucht deshalb doch nicht zur Zentrumsparterie oder zur nationalliberalen Partei zu gehören, man kann etwas von der Landwirtschaft verstehen und kann dabei auch Sozialdemokrat sein! Und wenn wir auch jetzt in der Stadt wohnen, so ist damit noch nicht gesagt, daß wir in der Stadt großgezogen worden sind, und es ist nicht bewiesen, daß wir wenig oder gar keine Kenntnisse von der Landwirtschaft haben. Ich und eine Anzahl meiner Fraktionskollegen sind auch auf dem Lande geboren, und wenn ich auch jetzt in der Stadt wohne, so habe ich doch früher — mein Vater war kleiner Landwirt — selbst praktisch in der Landwirtschaft mitgearbeitet. Ich mag mir deshalb als Sozialdemokrat an, auch etwas von der Landwirtschaft zu verstehen.

Es ist richtig, daß es der Landwirtschaft und namentlich unseren Kleinbauern schlecht geht, und daß ihre Arbeit eine recht harte ist und oftmals nicht entsprechend bezahlt wird. Unser Kleinbauer schindet sich oftmals Monate lang und Wochen lang auf dem Felde ab und er sieht mit der größten Zuversicht und mit der größten Hoffnung der Zukunft entgegen — da macht ein schwerer Hagelschlag oder sonst ein Unwetter seine ganze Hoffnung und die Früchte seiner ganzen Arbeit zu nichts. Das wissen wir sehr wohl. Nur die Wege trennen uns, auf denen der Landwirtschaft geholfen werden kann. Die Ansicht herrscht aber doch allmählich immer weniger, daß der Landwirtschaft mittels der Zölle geholfen werden kann. Das merken wir namentlich auf dieser Seite des Hauses (zu den Nationalliberalen). Noch vor Jahren hat man innerhalb der nationalliberalen Partei die Ansicht ausgesprochen, daß den Bauern nur durch diese Zölle geholfen werden könne. Das Genossenschaftswesen war verpönt. Wenn man damals etwas von Organisation und von Zusammenschluß der Landwirte gesprochen hat, wurde man ausgelacht. Man hat es für vollständig ausgeschlossen gehalten, daß mittels des Zusammenschlusses, mittels der Organisation auch der Landwirtschaft in der gleichen Weise, wie das bei der Arbeiterschaft der Fall ist, geholfen werden könne. Sie sind jetzt selbst praktisch dazu übergegangen. Mehr als einmal haben wir jetzt von nationalliberaler Seite gehört, daß nur die Selbsthilfe den Landwirt noch retten kann, und Sie kommen immer mehr und mehr von dem Gedanken ab, daß nur mittels der Getreidezölle der Landwirtschaft auf die Beine geholfen werde könne.

Der Herr Minister hat nun gemeint, man solle das Urteil über die Wirkungen des Zolles doch den Bauern überlassen. Dieser Getreidezoll ist aber nicht

allein eine Agrar-, sondern auch eine volkswirtschaftliche Frage, und deshalb beschäftigen sich selbstredend auch die anderen Bevölkerungskreise mit ihr. Wir müssen immer wieder die Behauptung aufstellen, daß weder dem kleinen noch dem mittleren Landwirt mittels dieser Getreidezölle geholfen werden kann. Der Herr Abg. Kolb hat die Beweise durch das Hechtsche Buch erbracht. Herr Doktor Hecht wird ja von Ihnen (zum Zentrum) nicht als Autorität anerkannt werden. Ich will Ihnen eine andere Autorität vorführen; vielleicht anerkennen Sie diese. Es ist der Fürst Hohenlohe, der frühere Reichskanzler, der im Reichstag die Behauptung aufgestellt hat, daß der Getreidezoll erst dann für den Bauern von Nutzen ist, wenn er über mehr als über 5 Hektar verfügt. Nun wissen wir aber aus der Statistik (und diese Statistik ist nicht aus der Welt zu schaffen), daß es bei uns nur ein kleiner Bruchteil von Bauern ist, der über mehr als 5 Hektar Gelände verfügt. Es sind uns nun ja wohl Statistiken vorgeführt worden, welche Mengen von Getreide von den Bauern das Jahr über verkauft werden. Man hat es aber dabei unterlassen, uns auch gleichzeitig die Statistik aufzumachen, wieviel Saatfrucht im Frühjahr wieder eingekauft wird. Es gibt eine große Anzahl von Bauern, die im Spätjahr Getreide verkaufen, nicht etwa deshalb, weil sie Getreide übrig hätten, sondern weil sie das Getreide verkaufen müssen, um ihren Pachtzins bezahlen zu können. In diesem Zusammenhang komme ich auch wieder auf die „Bauernfreundlichkeit“ dieser Freiherren und Grafen. Wir haben eine große Anzahl von Freiherren und Grafen, die es vorziehen, die Arbeit auf ihrem Feld Anderen zu überlassen; sie treiben die Landwirtschaft nicht selbst, sondern sie verpachten ihre Grundstücke und zwar gegen sehr hohe Pachtzins. Wenn nun Martini kommt und der Bauer bezahlt seinen Pacht nicht, dann kommt nicht der Sozialdemokrat und holt den Bauern die letzte Kuh oder das letzte Schwein aus dem Stall, sondern es kommt der Gerichtsvollzieher, der von den Verpächtern geschickt ist! Rücksichtslos wird dabei vorgegangen, man nimmt noch nicht einmal Rücksicht darauf, ob der Bauer das Jahr über auf dem Gelände etwas erzielt hat oder nicht. Also ich sage, es gibt sehr viele Bauern, die im Spätjahr Getreide verkaufen, weil sie den Erlös brauchen, um den Pachtzins bezahlen zu können. Wenn sie aber den Pachtzins bezahlt haben, haben sie nichts mehr, und wenn sie im Frühjahr ihre Acker anjäten wollen, dann gehen sie hin und kaufen wieder Saatfrucht. Ich kenne selbst eine große Anzahl von Bauern, die entweder bei der Fabrik das Mehl kaufen und sich ihr Brot selbst backen oder sich ihr Brot beim Bäcker kaufen. Eine solche Statistik liegt allerdings nicht vor; aber ich glaube, die Differenz zwischen dem, was im Spätjahr von Klein- und Mittelbauern verkauft wird, und dem, was im Frühjahr wieder eingekauft wird, wird nicht so sehr groß sein.

Nun spricht man gemeinhin von den guten Wirkungen der Zölle, und namentlich sind es die Konservativen, die mit Zähigkeit an den Zöllen festhalten. Sie haben ja mit Ihrer Interpellation über den Zichorienbau auch geglaubt, diesem noch einmal auf die Beine helfen zu können mittels Einführung des Zichorienzolls. Der Herr Abg. Yhrig hat schon mit Recht darauf hingewiesen, daß dieser Zichorienbau nicht wegen der Konkurrenz des Auslandes zurückgeht sondern deshalb, weil ein guter Teil der Konsumenten Malzkaffee, Thee usw. genießt. Die Herren von der konservativen Partei haben garnicht daran gedacht, daß mit dem Augenblick, wo der Zoll eingeführt und der Zichorienpreis dadurch erhöht würde, der Konsum noch viel

weiter zurückgehen würde, denn es würde jedenfalls niemand im Traume einfallen, für diese sogenannte Zichorienbrühe noch mehr zu zahlen, als heute schon gezahlt wird. Also das Gegenteil von dem, was man erzielen will, würde jedenfalls erzielt werden. Im Grunde genommen (und darüber wollen wir uns doch einig sein) sind diese ganzen Zölle, die wir heute noch als Schutz-zölle, namentlich auf dem Lande, bezeichnen, nichts anderes als Finanzzölle. Das Reich zieht jährlich Hunderte von Millionen aus diesen Zöllen und das Reich macht dabei viel bessere Geschäfte als unsere Landwirtschaft.

Die Herrschaften sollten doch konsequent sein und etwas weitergehen. Durch die Einführung des Zolls soll doch die Einfuhr von ausländischen Produkten erschwert werden. Ich habe aber noch nie etwas davon gehört, daß Sie sich über die Einführung von Arbeitskräften beschwert haben. Tausende und Hunderttausende von Italienern werden jährlich ins Land hereingeholt zur Konkurrenz der deutschen Arbeiter. Herr Geppert hat uns erzählt, daß durch die Einführung von Obst jährlich Millionen Mark nach dem Ausland wandern. Es wandern auch Millionen von Mark durch diese italienischen und galizischen Arbeiter nach dem Auslande. Die italienischen Arbeiter schicken sehr viel Geld nach Haus und machen uns außerdem Konkurrenz. Das halten Sie aber für etwas Selbstverständliches!

Nun komme ich auf die Fleischpreise zu sprechen. Der Herr Abg. v. Menzingen hat auch darauf hingewiesen, daß die Differenzen zwischen den Viehpreisen und den Fleischpreisen in den Städten recht erheblich sind. Das ist bedauerlicher Weise richtig. Die Preise, die draußen auf dem Lande für das Vieh bezahlt werden, stehen in keinem Verhältnis mehr zu den ungeheuer hohen Fleischpreisen in den Städten. Daran sind aber nicht allein die Metzger Schuld, sondern zum großen Teile auch die Zwischenhändler, die Zwischenhändler, die Sie (zur Rechten) bei anderen Gelegenheiten schon sehr in Schutz genommen haben. Es müßte auch hier Sache der Genossenschaften sein, mehr in Fühlung mit den Konsumvereinen zu treten, und namentlich müßte auch eine Aenderung in der Fleischversorgung in den Städten eintreten. Die landwirtschaftlichen Genossenschaften müßten ihr Vieh direkt an die Städte abführen können, und die Städte und Gemeinden müßten mehr und mehr zu Gemeinbeschlächtereien kommen. Und das ist nirgends besser einzuführen als gerade in den Städten, wo alle Vorbedingungen, alle Unterlagen vorhanden sind: Die großen Städte haben ihre großen Märkte, große Schlachthäuser. Die Städte schlachten dann das Vieh selbst, und das Fleisch gelangt in den verschiedensten Stadtteilen zum Verkauf.

Das Gleiche könnte nach meiner Ansicht auch bei der Verwertung des Mehles geschehen. Es ist schon wiederholt geklagt worden, daß gerade durch die Frucht- und Mehlhändler das Brot wesentlich verteuert würde. Durch Einführung von großen Gemeinbäckereien, städtischen Bäckereien in großen Städten könnte auch diesem Uebel zum großen Teile abgeholfen werden. Es hätte den Vorteil, daß die Produzenten ihre Ware besser bezahlt bekämen und die Konsumenten besser und billiger bedient würden. Das wäre aber natürlich ein großer Schritt zum Sozialismus, zum Staatssozialismus und Kommunalismus, und den wollen Sie natürlicherweise nicht haben, und deshalb glaube ich nicht, daß wir auf diesem Wege uns zusammenfinden werden. (Abg. Dr. Zehnter: In Mannheim haben die Sozialdemokraten doch eine Genossenschaftsbäckerei!) Der Herr Kollege Zehnter scheint nicht richtig unterrichtet zu sein;

wir haben in Mannheim nie eine Genossenschaftsbäckerei gehabt. (Abg. Dr. Zehnter: Jetzt nicht mehr, weil sie verfrachtet ist!) Ich bin schon 25 Jahre in Mannheim, und ich habe dort nie etwas von einer Genossenschaftsbäckerei gehört. Wir haben ganz früher einmal einen Konsumverein gehabt, der aber in bürgerlichen Händen und nicht von uns gegründet war. Der gegenwärtige Konsumverein besteht 5 Jahre lang und hat es zu einer Bäckerei noch nicht gebracht; aber das kann ich sagen, er hat gute Fortschritte gemacht, und es steht in Aussicht, daß er zu einer Bäckerei schreitet.

Auch bei der Verwertung der Gartengewächse könnte auf genossenschaftlichem Gebiete mehr getan werden. Die Versorgung des Marktes liegt jetzt vollständig in den Händen der Händler. Man hatte früher geglaubt, wenn die Bahnen gebaut sein werden, werden unsere Bauern mehr selbst auf den Markt fahren, um dort ihre Produkte auszubieten. Das trifft aber auch nicht zu. Namentlich beim Obstverkauf kommen große Preisunterschiede vor. Vor einigen Jahren erkundigte ich mich auf dem Lande, was dort für die Zwetschgen bezahlt werde, es wurde mir gesagt 5 M. In Mannheim aber auf dem Markte wurden sie für 13 M. verkauft, sodaß also ein Profit von 8 M. erzielt worden ist!

Nun hat man auch bei uns in Mannheim versucht, der Landwirtschaft und den Bauern den Verkauf von Obst zu erleichtern. Wir haben bei uns die Obstmärkte eingerichtet, aber es ist niemand gekommen als ein paar Händler aus Mannheim, und man hat deshalb von diesem Obstmarkte wieder Umgang genommen.

Was unserer Landwirtschaft zum großen Schaden gereicht und nach meiner Ansicht die Landwirtschaft unrentabel macht, das ist die Zerspaltung der Liegenschaften. Die Liegenschaften können bei uns in Süddeutschland, namentlich in Baden, nicht so rationell betrieben werden wie die großen Latifundien in Norddeutschland, wo ungemein große Komplexe zusammenliegen. Einmal wird dort nicht so viel Zeit verschleudert, und dann wird auch deshalb rationeller gewirtschaftet, weil man dort Maschinen verwenden kann. Wenn man auf das Land hinauskommt und sieht, wie der Bauer am Morgen nach dieser Richtung hinausfährt und dort einen Acker bestellt und am Nachmittag nach jener Richtung fährt und hier einen ganz anderen Acker bestellt, muß man zu der Ueberzeugung kommen, daß auf diese Weise das ganze Jahr über ungemein viel Zeit verloren geht. Maschinen können bei solcher Bebauung auch nur in sehr seltenen Fällen angewendet werden. Es ist da allerdings nicht so leicht abzuwehren, die Felder können nicht mehr zusammengelegt werden. Es liegt diese Zerspaltung auch vielfach daran, daß das Gelände durch Erbschaften immer mehr aufgeteilt wird. Wenn aber unser Feld etwas rationeller bebaut werden soll, dann sollte man den Bauern mit Maschinen unter die Arme greifen. Der einzelne Bauer kann sich keine Maschine anschaffen, es wäre das Sache der Gemeinden, hierfür etwas zu tun. Die Gemeinden könnten sehr wohl eine Reihe von Maschinen, wie Mähmaschinen, Dreschmaschinen und eine Anzahl anderer solcher landwirtschaftlicher Maschinen anschaffen und vielleicht gegen geringe Vergütung den Bauern zur Verfügung stellen. Wir haben zu einem kleinen Teil Dreschmaschinen — sie gehören allerdings nicht der Gemeinde sondern Privatunternehmungen —, es geht ganz flott gegen früher, wo jeder selbst in der Scheune dreschen mußte. Aber selbst wenn das nicht geht, wäre es meiner Ansicht nach Sache der Gemeinden, die etwas kreditfähiger wie diese kleinen Bauern sind, soweit dieselben solcher Maschinen bedürfen, ihnen mit den dazu nötigen Mitteln unter die Arme zu greifen.

Nur noch wenige Worte über die Prämierung von Tabak und Hanf. Der Herr Kollege Neck hat von der Prämierung des Tabaks gesprochen und der Herr Kollege Morgenthaler von der Prämierung des Hanfes. Ich weiß nun nicht, ob die Prämierung des Hanfes tatsächlich dazu beitragen wird, den Hanfbau zu fördern. Es liegt, glaube ich, weniger an der Pflanze als an der Beschaffenheit des Bodens, ob ein günstiger Erfolg mit dem Anbau von Hanf erzielt wird, und das trifft zum großen Teile auch für den Tabak zu. Der Tabak nützt den Boden sehr stark aus, und ich habe mir erzählen lassen, wenn eine Reihe von Jahren auf einem bestimmten Gebiete Tabak gepflanzt werde, werde dieses Gelände später für den Tabakbau vollständig unbrauchbar. Dabei wird ganz besonders auf die Pfalz hin verwiesen. Die Pfalz, die badische Pfalz sowohl wie die bayrische Pfalz, ist früher ein ganz vorzüglicher Boden für Qualitätstabake gewesen. Heute ist aber der Boden dort so ausgenützt, daß von einem Qualitätsbau nicht mehr die Rede sein kann.

Bei der Verwertung des Tabaks könnte namentlich auch das Genossenschaftswesen den Bauern etwas unter die Arme greifen. Es ist ja darüber schon geklagt worden, daß namentlich die Tabakbauern so abhängig von den Händlern seien. Die Händler kommen im Spätjahr zu den Bauern, und der Preis, der bezahlt wird, ist vorher schon festgesetzt; demjenigen Bauer, der seinen Tabak zu dem von den Händlern bestimmten Preis nicht abgibt, bleibt der Tabak in der Regel entweder ganz hängen oder er muß ihn einige Tage später zu einem um sechs bis acht Prozent geringeren Preise abgeben. Auch nach der Richtung hin sollten sich die Tabakbauern mehr und mehr von diesen Tabakhändlern zu emanzipieren suchen, und ich glaube, es könnte das vielleicht auch auf dem Wege geschehen, daß die Fermentierung des Tabaks von den Bauern selbst in die Hand genommen würde. Ebenjogut wie die Bauern in ihren Genossenschaften große Kornlagerhäuser erstellen können, könnte man auch Gebäude errichten, wo der Tabak von den Bauern selbst fermentiert werden könnte.

Ich komme zum Schluß, indem ich sage (zur Rechten gemeldet): Ich will es nicht noch einmal versuchen, Sie darüber zu belehren, daß auch wir gegenüber der Landwirtschaft Freunde sind; es wird mir nicht glücken, Ihnen den Nachweis zu führen. Aber das eine will ich nochmals wiederholen, daß nicht die Worte sondern die Taten ausschlaggebend sind und daß diese bezeugen, daß auch wir in Wirklichkeit ein warmes Herz für die Landwirtschaft haben. Das lassen wir uns von keiner Seite streitig machen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frhr. von und zu Bodman: Der Herr Abg. Duffner hat gesagt, der Herr Kriegsminister in Bayern habe eine Neueinteilung der Kontrollbezirke in Aussicht gestellt, wodurch der Besuch der Kontrollversammlungen erleichtert werden solle. Wir sind in derselben Richtung tätig gewesen: Wir haben uns mit dem Generalkommando ins Benehmen gesetzt und haben die Einrichtung weiterer Kontrollbezirke vorgeschlagen, damit die Beteiligten nicht so weite Wege zurücklegen haben. Die Sache wird zur Zeit vom Generalkommando erwogen, und ich zweifle nicht daran, daß diese Erwägungen zu dem gewünschten Ergebnis führen.

Der Herr Abg. Duffner hat dann bezüglich der Hundstaxe den Wunsch vorgetragen, daß die Bestimmung des Gesetzes, wonach in Gemeinden von 4000 und weniger Einwohnern 8 Mark, in Gemeinden von über 4000 Einwohnern 16 Mark Hundstaxe zu

erheben seien, anders gehandhabt werden möchte; bei der Feststellung der Bevölkerungszahl solle man die abgelegenen Weiler und Höfe nicht mit einrechnen, sondern man solle nur die Einwohnerschaft der geschlossenen Orte zählen. Ich glaube nicht, daß das mit dem Gesetz zu vereinbaren wäre; das Gesetz spricht nämlich nicht von „Orten“, sondern von „Gemeinden“. Es könnte also dem Wunsche des Herrn Abg. Duffner nur durch eine Abänderung des Gesetzes Rechnung getragen werden, und wenn wir sonst an eine Abänderung dieses Gesetzes kommen, so wird man ja auch diesen Punkt in Erwägung ziehen. Ich glaube aber, der Herr Abgeordnete hat selber schon auf die Folgerungen hingewiesen, die man aus einer derartigen Abänderung ziehen müßte. Wenn deshalb, weil Hunde zur Bewachung einzelner Gehöfte dienen, eine geringere Hundstaxe erhoben werden soll, dann muß auch in anderen Fällen, wo der Hund für gewerbliche Zwecke notwendig ist und wo er vielleicht die Voraussetzung für den Unterhalt des Betreffenden darstellt, Nachsicht eintreten — und das entspricht nicht dem ganzen System unseres Gesetzes.

Der Herr Abg. Belzer hat heute morgen von der landwirtschaftlichen Unfallversicherung gesprochen. Er hat gesagt, es bestehe allerdings draußen ein Mißtrauen gegen die Bescheide der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft, und zwar deshalb, weil die ersten Bescheide, welche von der Berufsgenossenschaft hinauskämen, sich „regelmäßig“ ablehnend verhielten, indem die Genossenschaft ganz einfach sagte: „Die Sache geht uns nichts an.“ Nun, mir will scheinen, der Herr Abgeordnete hat da ein bißchen stark aufgetragen; „regelmäßig“ können die Bescheide unmöglich ablehnend sein, und wenn sie ablehnend lauten, so wird es sich eben um solche Fälle handeln, wo der Vorstand der Berufsgenossenschaft der Ansicht ist, daß hier nicht ein landwirtschaftlicher Betriebsunfall in Frage kommt; es muß eben ein ursächlicher Zusammenhang zwischen dem landwirtschaftlichen Betrieb und dem Unfall bestehen, und wenn dieser Zusammenhang nicht besteht, dann kann der Unfall nicht als „landwirtschaftlicher Betriebsunfall“ angesehen werden. Das ist nun einmal Gesetz, und das ist der gerechte Grundgedanke des Gesetzes; die Arbeitgeber (welche ja allein die Kosten dieser Unfallversicherung bestreiten) können doch nicht für Unfälle verantwortlich gemacht werden, die mit der betreffenden Arbeit gar nicht im Zusammenhang stehen. Das neue Gesetz, die Abänderung vom Jahre 1900, hat ja eine große Erweiterung der Versicherungspflicht gebracht, indem es auch die „hauswirtschaftlichen Unfälle“ entschädigt, soweit ein Arbeiter oder ein von einem Landwirt Beschäftigter, der hauptsächlich in der Landwirtschaft beschäftigt ist, zu einer solchen hauswirtschaftlichen Arbeit herangezogen wird. Wenn der Verletzte, von dem neulich im Beispiel des Herrn Abg. Freiherr von Mengingen die Rede war, der die Treppe des Bauern beim Zucker- oder Kaffeeholen heruntergefallen ist, also beispielsweise ein Knecht des Bauern gewesen wäre, so würde es sich dort um einen „Betriebsunfall“ handeln.

Wenn nicht von der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft wirklich nach dem Gesetz verfahren würde, dann wäre es ja nicht möglich, daß, wie ich der jüngsten Nummer der statistischen Mitteilungen entnehme, wir zurzeit 20 000 Personen im Lande haben, die eine landwirtschaftliche Unfallrente beziehen, und zwar in einem Gesamtjahresbetrag von 1 755 000 Mk. Es wäre dann auch nicht zu erklären, warum von allen Seiten in diesem Hause so sehr über die großen Lasten, die der Landwirtschaft aus den Renten erwachsen, und über die großen Ansprüche, die in dieser Beziehung erhoben werden, geklagt wird. Ich glaube deshalb, es ist nicht gerechtfertigt, wenn die Versicherten der landwirtschaftlichen Berufs-

genossenschaft mit Mißtrauen entgegenkommen. Im übrigen haben sie ja das Mittel, sich gegen die Bescheide, wenn diese nicht das Rechte treffen, zu wehren; sie haben ja bis zum Landesversicherungsamt ein vollständig kostenloses Verfahren.

Es hat dann der Herr Abg. Dr. Heimburger eine Frage angeschnitten, die er selbst als eine heikle bezeichnet hat, die Frage nämlich, ob die Amtsvorstände auch Vorstände der landwirtschaftlichen Bezirksvereine sein sollten. Ich weiß nicht, warum diese Frage eine heikle sein soll. Ich glaube, man kann sich über diese Frage offen und ruhig aussprechen. Von meinem Standpunkte aus, den ich ja früher schon dargelegt habe — daß nämlich der Bezirksbeamte nicht der Vormund der Bevölkerung sein sondern daß er anregend und fördernd tätig sein solle — kann ich es an sich nur begrüßen, wenn die landwirtschaftliche Bevölkerung auch in den landwirtschaftlichen Bezirksvereinen einem der Ihrigen ihre Angelegenheiten überträgt, wenn sie also jemand zum Vorstand wählt, der Landwirt ist. Ich glaube auch dem Bezirksbeamten wird dadurch nur eine willkommene Entlastung zuteil werden. Ich würde aber allerdings mit dem Herrn Abg. Heimburger hoffen, daß, wo ein solcher Fall eintritt, wo also der Bezirksbeamte nicht erster Vorstand des landwirtschaftlichen Bezirksvereins ist, der Bezirksamt gleichwohl der Direktion angehört und dem landwirtschaftlichen Verein sein volles Interesse und seine volle Förderung zuteil werden läßt, und daß er insbesondere auch an den landwirtschaftlichen Besprechungen teilnimmt. Ich würde es außerordentlich bedauern, wenn er das nicht täte, wenn er namentlich nicht an den landwirtschaftlichen Besprechungen teilnehmen würde. Gerade die Teilnahme an der Arbeit des landwirtschaftlichen Vereins und insbesondere die Teilnahme an den Besprechungen nötigt ja den Bezirksbeamten, sich mit der Landwirtschaft eingehend vertraut zu machen, und damit lernt er das Lebensinteresse des größten Teils der Bevölkerung seines Bezirks, wenigstens in den ländlichen Bezirken, erfassen, verstehen und würdigen; und wenn er zu den landwirtschaftlichen Besprechungen geht, so hat er Gelegenheit, in unmittelbarem Verkehr mit der Bevölkerung zu treten; er kann da in einer halben Stunde mehr lernen als in Stunden auf dem Bureau. Eine Entlastung für den Amtsvorstand würde aber eintreten, das Schreibwerk, das mit der Direktion eines landwirtschaftlichen Bezirksvereins verbunden ist, ist kein geringes.

Nun hat aber der Herr Abg. Dr. Obkircher schon sehr richtig gesagt: Wenn das nur in verhältnismäßig wenigen Fällen eintritt, daß ein anderer Mann als der Bezirksbeamte an der Spitze des landwirtschaftlichen Vereins steht, so erklärt sich das eben daraus, daß sich keine Landwirte finden, die diese Aufgabe übernehmen. Uebrigens so wenig zahlreich sind diese Fälle doch nicht: Wir haben 67 landwirtschaftliche Bezirksvereine, und bei 18 dieser Vereine ist der erste Vorstand nicht der Bezirksbeamte, und in den meisten unter diesen 18 Fällen ist es in der Tat ein Landwirt oder ein früherer Landwirt, der die Geschäfte der Leitung des Bezirksvereins führt. Daß die Landwirte im allgemeinen nicht geneigt sind, die Stellung als Vorstand zu übernehmen, liegt also wohl in der Natur der Sache, liegt darin, daß die Landwirte durch ihre sonstige Tätigkeit so in Anspruch genommen sind, daß sie sich nicht auch noch diesen Geschäften widmen können. So lange die Verhältnisse so liegen, muß man doch wohl nur dankbar sein, daß es gerade die Bezirksverwaltungsbeamten sind, die an der Spitze dieser Vereine tätig sind. Ich bin in dieser Beziehung dem Herrn Abg. Obkircher sehr dankbar für die warme Anerkennung, welche er heute

morgen den Bezirksverwaltungsbeamten in dieser Hinsicht ausgesprochen hat. Unsere Bezirksverwaltungsbeamten übernehmen, wie gesagt, keine kleine Arbeit dadurch. Sie verzichten vor allem auf eine große Anzahl ihrer Sonntage, sie verwenden ihre Sonntagnachmittage dazu, hinauszu- gehen und draußen landwirtschaftliche Besprechungen abzuhalten, und sie haben auch sonst zahlreiche Ueberstunden durch die Tätigkeit an der Spitze der landwirtschaftlichen Vereine.

Ich wiederhole also: An sich begrüße ich jedes Fortschreiten der Selbständigkeit unserer landwirtschaftlichen Bevölkerung, jeden Fortschritt der Selbstverwaltung, jeden Fall, wo die Bevölkerung die Regelung ihrer Angelegenheiten selber in die Hand nimmt. Aber so lange die geeigneten Kräfte für diese Aufgaben nicht zur Verfügung stehen, sind sie, glaube ich, in den Händen der Bezirksverwaltungsbeamten sehr gut geborgen, und wir müssen dafür dankbar sein, daß die Bezirksbeamten sich dieser Aufgabe unterziehen.

Ab. Dr. Zehner (Zentr.): Ich will gleich an den letzten Punkt, den der Herr Minister behandelt hat, auch meinerseits anknüpfen. Ich bin der Meinung, daß der Gedanke, den der Herr Abg. Heimburger ausgesprochen hat, etwas durchaus Berechtigtes hat. Ich sage das aber weder deswegen, weil ich verkenne würde, daß die Amtsvorstände dadurch, daß sie die Vorstandschafft für die landwirtschaftlichen Vereine übernehmen, sich eine große Last aufladen, noch auch deswegen, weil ich verkenne, daß die landwirtschaftlichen Bezirksvereine unter der Führung der Amtsvorstände sehr viel Gutes geleistet haben. Ich spreche also, wenn ich dazu das Wort nehme, durchaus ohne Voreingenommenheit. Ich war früher selbst längere Zeit Mitglied eines landwirtschaftlichen Vereins.

Die Idee, die der Abg. Heimburger hier ausgesprochen hat, ist nicht zum erstenmal in diesem Hause behandelt worden. Sie ist in einem Zusammenhang, der allerdings einen etwas anderen Ausgangspunkt gehabt hat, schon vor etwa 6 Jahren noch unter dem Ministerium des Herrn Eisenlohr hier behandelt worden, und zwar in einer Art Vergleichung mit dem Bauernverein. Damals schon habe ich es als einen der Vorzüge der Bauernvereine hervorgehoben, daß dieselben die Bauernschaft zu einer Selbsttätigkeit heranziehen, und das scheint mir in der Tat wünschenswert. Es scheint mir wünschenswert, daß die Bevölkerung ihre Angelegenheiten selbst in die Hand nimmt, daß sie dadurch, daß sie sie in die Hand nimmt, eine gewisse geschäftliche Gewandtheit bekommt, die sich dann auch außerhalb der Leitung dieser Vereine geltend machen wird, daß sie auch eine gewisse Befähigung sich erwirbt, öffentlich aufzutreten, zu sprechen, das Wort zu nehmen, ihre Gedanken an den Tag zu legen.

Nun glaube ich allerdings, daß, wenn nicht vonseiten der Kämter die Anregung gegeben wird an einzelne Leute, die vielleicht im Anfang für diese Geschäfte auch noch weniger gewandt sind, wenn nicht vonseiten der Kämter die Leute dazu animiert werden, es schwer eintreten wird, daß die Bauern die Vorstandschafft selbst übernehmen. Dazu haben unsere Bauern viel zu viel Zurückhaltung; dazu fehlt es ihnen zunächst zu sehr an Gewandtheit. Sie müssen sozusagen mit einem gewissen sanften Zwang, jedenfalls durch eine öftere Monierung veranlaßt werden, die Sache wenigstens einmal zu probieren; dabei könnte vielleicht der Bezirksamt dann als zweiter Vorstand mit fungieren. Er könnte dem ersten Vorstand an die Hand gehen und ihn in die Geschäfte einführen. Ich würde das im Interesse der erzieherischen Heranbildung des Bauernstandes für durchaus wünschenswert halten.

Ich will dabei aber auch das betonen, daß es mir keineswegs wünschenswert erschiene, wenn dann etwa infolge davon die Amtsvorstände sich von der Beteiligung an diesen landwirtschaftlichen Bezirksvereinen, insbesondere an den landwirtschaftlichen Besprechungen, zurückziehen würden. Ich glaube, es ist in der Tat sehr nützlich und förderlich, wenn, ganz ohne Rücksicht auf die Frage, wer den Bezirksverein leitet, der Amtsvorstand sich jedenfalls daran beteiligt und sich dafür interessiert.

Dann hat der Herr Minister auch von der Unfallversicherung gesprochen, und dazu möchte ich auch ein Wort sagen, aber in einer ganz anderen Richtung als der Herr Kollege Belzer. Ich möchte nämlich einen Gedanken dem Herrn Minister einmal zur Erwägung geben, der nicht meine Erfindung ist (das will ich gleich gestreift worden ist, und zwar von einem Manne, der praktische Kenntnisse besitzt, und von dem ich glaube, daß, wenn er über diese Dinge ein Urteil fällt, er auf gute Erfahrungen und gute Erwägungen hin seine Meinung ausspricht). Ich meine den Gedanken, ob nicht die landwirtschaftlichen Unfallberufsgenossenschaften die Haftpflichtversicherung für die Landwirtschaft mit übernehmen könnten. Nach meiner Meinung ist die Haftpflichtversicherung heute für die Landwirtschaft außerordentlich wichtig. Ich halte sie fast für wichtiger als die Viehverversicherung, und für wichtiger als die Feuerversicherung. Denn bei der heutigen Gesetzgebung und bei der heutigen Rechtsprechung, wo das geringste Verschulden, das sich einer beikommen läßt, ausreicht, um ihn für den Schaden verantwortlich zu machen, der einen andern trifft, ist die Haftpflicht geradezu eine fortgesetzte Bedrohung der Existenz vieler Landwirte, namentlich derjenigen, die Tiere halten, Vieh halten, Pferde halten, Fuhrwerk halten und dergleichen.

Der betreffende Herr, der im Reichstag über diese Dinge gesprochen hat, hat auch erklärt, daß nach seinen Erfahrungen die landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften in der Lage wären, um sehr viel billigere Prämien diese Haftpflicht zu übernehmen als die Versicherungsgesellschaften; es wäre daher, wenn das zutrifft, schon aus diesem Grunde ein großer Vorteil für die Landwirtschaft, wenn die Haftpflichtversicherung auf die Berufsgenossenschaften überginge. Daneben hätte es den weiteren Vorteil, daß alle Landwirte versichert wären und keiner mehr von einem Unfall überrascht werden könnte, der einem Dritten zustoßt, für den er aber die Verantwortung zu tragen hat, und durch den ihm unter Umständen eine Rentenlast für sein ganzes Leben erwächst. Ich will über diese Sache kein Urteil aussprechen, ich habe sie selbst zu wenig geprüft. Ich möchte aber den Herrn Minister bitten, sich diese Frage einmal zu überlegen. Ich glaube, sie ist einer Ueberlegung sehr wohl wert; und wenn der Herr Minister in der Lage ist, etwa auf Grund der bestehenden Gesetzgebung bei der Landwirtschaft einmal die Sache zur Diskussion zu bringen oder im Bundesrat die Sache einmal anzuregen, so schiene mir das sehr nützlich zu sein.

Nun möchte ich auf einige Punkte zurückkommen, die speziell meinen Wahlkreis, das Murgtal, betreffen, und da möchte ich, wenn ich mit dem hinteren Murgtal beginne, zunächst von einer Sache sprechen, von der ich im vorigen Landtag schon einmal gesprochen habe, nämlich von dem „Schwidern“. Das Schwidern ist, wie Sie alle mehr oder weniger wissen, eine Einrichtung, wodurch beim Führen von Langholz dem Hinterwagen eine selbständige Direktion gegeben werden kann. Schon im vorigen Jahre war die Gefahr bevorstehend, daß durch

eine bezirkspolizeiliche Verfügung das Gebot des Schwiderns für alle Langholzfuhwerke eingeführt werde, sofern das Langholz über ein gewisses Maß — ich glaube, damals war von 18 Metern die Rede — in seiner Länge hinausgehe. Damals waren die Leute im Murgtal der Meinung, daß auf die Notwendigkeit dieses Schwiderns hauptsächlich von Seiten der Oberdirektion des Wasser- und Straßenbaues gedrängt werde, und ich habe damals bei Behandlung des Wasser- und Straßenbautitels die Sache vorgebracht. Ich habe damals dringend gebeten, man möge von dieser Maßregel im Murgtal Umgang nehmen, und es ist auch, wenn ich mich recht erinnere, von dem jetzigen Herrn Finanzminister Honfessl zugesagt worden, daß er die Sache nochmals prüfen und sehen werde, ob davon Abstand genommen werden könne. Ich habe mich damals also einer gewissen Hoffnung hingegeben, daß auf diese befristende Erklärung hin von der Maßregel Abstand genommen werde. Das ist leider nicht der Fall gewesen. Es ist in der Zwischenzeit eine bezirkspolizeiliche Vorschrift ergangen, die vorschreibt, daß für alle Hölzer über 18 Meter Länge eine Schwidre angewendet werden muß, und zwar nicht etwa bloß auf der Staatsstraße, der Talstraße, sondern auch auf den Kreisstraßen und den Waldwegen. Das ist nun für die Fuhrleute im Murgtal eine außerordentlich unangenehme Sache, weil ein Schwidrer ein Mann ist, der 3 M. täglich kostet, und der Fuhrlohn schon so bemessen ist, daß den Fuhrleuten nicht zugemutet werden kann, daß sie für jedes Fuhrwerk über ein gewisses Maß hinaus noch einen Schwidrer engagieren und diesem von vorweg den Verdienst geben, der ihnen zukommen sollte. Ich habe den Leuten auch schon gesagt, sie sollten sich an die Affordanten wenden, von denen sie die Holzfuhrn übernehmen. Diese wehren sich aber auch, die Mehrzahlung zu leisten, und so ist es bisher in der Tat so gewesen, daß, soweit Schwidrer angewendet werden müssen, der Schaden bei den Fuhrleuten verbleibt. Nun sind die Leute der Meinung, daß diese Maßregel für ihre Verhältnisse nicht notwendig wäre, und ich verstehe das. So lange Grund und Grat im Murgtal stehen, und das ist schon sehr lange her, und so lange die wunderbaren Tannen in den Waldungen der Schifferschaft, des Kirchenfonds von Forbach, der Gemeinden und des Domänenärars wachsen, führen die Fuhrleute das Langholz heraus, ohne einen Schwidrer gebraucht zu haben. Da sollte man meinen, wäre es nicht unbedingt notwendig, daß die Leute jetzt zu einem Schwidrer übergehen. Die Notwendigkeit können die Leute deshalb umso weniger begreifen, weil bekanntlich im oberen Murgtal von Weissenbach bis Forbach und zur Landesgrenze zur Zeit eine Bahn gebaut wird; denn wenn diese Bahn fertiggestellt ist, wird zweifellos ein Teil des Holztransports von der Talstraße auf die Bahn übergehen. Nachdem nun viele hundert, vielleicht tausend Jahre lang, kann man sagen, das Holz ohne Schwidrer das Tal heruntergeführt worden ist, hätte man mit dem Schwidrer noch die paar Jahre warten können, bis die Eisenbahn fertig ist, und man hätte abwarten können, wie sich die Dinge gestalten, wenn die Bahn erstellt ist. Ein großer Teil der Holzfuhrwerke wird dann von der Straße verschwinden, und die Notwendigkeit, einen Schwidrer anzuwenden, wird dann noch mehr abnehmen, als das jetzt der Fall ist. Die Fuhrleute im Murgtal sind durch die Länge der Zeit und die Sammlung einer großen Erfahrung seit Generationen so gewandt in der Behandlung von Holzfuhrn, sie sind so geschickt, sie haben ihre Wagen so eingerichtet, daß es ihnen eine Leichtigkeit ist, diese Fuhrn durch einen einzigen Mann zu transportieren, ohne daß sie einen

Schwicker brauchen. Ich habe mich selbst gewundert, mit welcher Geschicklichkeit ein einziger Mann einen großen Holzwagen ladet, wozu man in der Ebene, wo man die Sache weniger versteht und übt, 3 oder 4 Mann haben müßte.

Nun scheinen mir zwei Gründe vorzuliegen, die dazu geführt haben, daß dieses Schwicken geboten worden ist. Der eine Grund ist der verkehrstechnische, den ich zum Teil schon berührt habe. Es kommt dazu, daß die Murgtalstraße eine Straße ist, die verhältnismäßig wenig Krümmungen hat. Sie geht einfach längs des Flusses hinunter, und es ist nicht notwendig, daß man viele Kränge ausführt, wozu allein der Schwicker da ist. Die Fuhren gehen auch nicht durch große Ortschaften und Städte mit engen Straßen, wo das Schwicken notwendig ist, weil sonst diese Straßen nicht ausgefahren werden könnten, da die Holzwagen zwischen die Häuser geklemmt würden. Weil also das Murgtal so wenige Biegungen hat, ist es nicht notwendig, Schwicker anzuwenden. Was aber die Wege in den Waldungen anbelangt, braucht sich die Verkehrsbehörde nicht sonderlich darum zu kümmern, wie die Leute aus dem Wald herauskommen, wenn sie selbst mit dem Verfahren zufrieden sind, mit dem sie jetzt ihr Holz aus dem Walde herausbringen.

Sodann scheint mir der zweite Grund, weswegen man diese Schwicker für erforderlich erachtet, der zu sein, daß in den landwirtschaftlichen Unfallverhütungsvorschriften eine Bestimmung steht, die dieses Schwicken für notwendig erklärt. Ich sage nun aber, es ist nur sehr zweifelhaft, ob durch die Einführung eines Schwickers wirklich die Unfälle, die bei derartigen Transporten sich allenfalls begeben, vermindert werden. Ich bin im Gegenteil der Meinung, daß eine erhöhte Gefahr eintritt, und wenn ich das sage, so spreche ich aus einer gewissen Erfahrung, die ich selbst in meiner Jugend gemacht habe, denn ich habe in meinen jungen Jahren das Schwicken selbst zuweilen ausgeübt. Eine Erhöhung der Gefahr könnte leicht daraus resultieren, daß hier eben statt des einen Mannes zwei Männer dabei sind. Außerdem ist aber das Schwicken an und für sich eine so gefährliche Arbeit, daß der Schwicker sehr viel leichter verunglückt als ein Fuhrmann, und ich glaube, es ist darum ein nicht berechtigter Standpunkt, wenn man zu dem Zwecke, um die landwirtschaftlichen Unfälle zu reduzieren, die bei derartigen Fuhren allenfalls vorkommen, das Schwicken für notwendig erklärt und zwei Leute der Gefahr aussetzt, wo bisher nur einer war.

Nun haben die Fuhrleute im Murgtal im vorigen Herbst eine Eingabe an das Ministerium des Innern gemacht und haben gebeten, daß man sie von dieser Vorschrift dispensiere, daß man die bezirkspolizeiliche Vorschrift zurücknehme oder umändere. Diese Eingabe ist abschlägig verbeschieden worden, und es ist nun in den letzten Tagen eine Petition beim Landtag hier eingekommen. Diese Petition ist meines Wissens von der Petitionskommission bereits an das Ministerium zur Aeußerung abgegeben worden. Ich möchte nun schon heute den Herrn Minister des Innern bitten, auf diese Sache sein Augenmerk zu richten und wenn irgend möglich diese für die Leute im hinteren Murgtal sehr beschwerende Vorschrift zu beseitigen. Soviel ich weiß, wird in dieser Petition in erster Reihe begehrt, daß die ganze polizeiliche Verordnung aufgehoben werden soll, evtl. aber wird die Bitte gestellt, daß die Länge des Holzes, von wo an ein Schwicken nötigfällt, möglichst weit bestimmt werde; ich glaube, es ist von 24 Meter die Rede. Und da möchte ich bitten, daß der Herr Minister dem Leuten entgegenkommt.

Wenn ich dann im Murgtal etwas weiter vorrücke, so komme ich nach Gernsbach, und da möchte ich eine Gelegenheit auch kurz berühren, die der Herr Abg. Ries bereits zur Sprache gebracht hat, nämlich die frachtfreie Einführung von Waldvieh aus dem Bezirk Schönau in den Bezirk Gernsbach. Der Herr Abg. Ries hat diese Angelegenheit besprochen vom Standpunkt des Bezirkes Schönau, also vom Standpunkt des Exporteurs aus, ich möchte sie dem Herrn Minister empfehlen vom Standpunkt des Einkäufers, des Beziehers, vom Standpunkt der Murgtälner aus, und möchte auch meinerseits in Vertretung der Interessen dieser Einkäufer die Bitte an ihn richten, den bisherigen Zustand, wonach diese Tiere Frachterleichterung hatten, auch fernerhin aufrecht zu erhalten.

Sodann möchte ich eine Angelegenheit zur Sprache bringen, die so ziemlich die ganze mittlere und vordere Murgtal betrifft, und die ebenfalls schon behandelt worden ist, die Frage der Amerikanerrebe. Ich bin der Meinung, daß die Leute mit einer strafrechtlichen Verfolgung bezgl. alles dessen, was bisher geschehen ist, verschont werden sollten, und daß auch im Bezirk Bühl die Verurteilungen nicht hätten herbeigeführt werden sollen, die tatsächlich herbeigeführt worden sind. Die Sache ist ja dort glimpflich ausgegangen, weil man überall den guten Glauben der Leute anerkannt hat, aber sie hat doch eine große Beunruhigung hervorgerufen, in einem Maß, das nicht im Verhältnis steht zu dem Zweck der Verfolgung. Ich sage, daß mit der Bestrafung nicht weiter vorangegangen werden sollte in Bezug auf das, was bisher geschehen ist, auch deshalb, weil die Verwaltung selbst bis zu einem gewissen Grade Schuld daran ist, wenn die Leute nicht recht gewußt haben, woran sie sind. Ich habe aus verschiedenen Besprechungen da und dort den Eindruck gewonnen, daß die badische Regierung zur Zeit der Erlassung der bundesrätlichen Grundzüge vom 10. März 1905 und der badischen Verordnung vom 18. Oktober 1905 selbst nicht genau darüber unterrichtet war, daß im Großherzogtum tatsächlich so viele Amerikanerreben bereits seit einer Reihe von Jahren angepflanzt waren, und es ist mir fraglich, ob man sich nicht vielleicht im Bundesrat und bei Erlassung der Landesbestimmungen etwas anders verhalten hätte, wenn man über den tatsächlichen Zustand genau unterrichtet gewesen wäre. Sodann kann man es tadeln, daß die badische Vollzugsverordnung erst im Oktober 1905 erlassen, darin aber vorgeschrieben wurde, daß die seit dem 1. April 1905, also schon ungefähr ein halbes Jahr früher gepflanzten Amerikanerreben auch beseitigt werden müßten, bei Strafvermeidung. Damit hat man viel Unruhe hervorgerufen, und auch dadurch, daß man das große Strafmaß, das im Gesetz angedroht ist, in die Publikationen hineingebracht hat. Sodann aber endlich war es auch ein Fehler, daß man in der badischen Verordnung vom 18. Oktober 1905 nicht den Wortlaut unverändert beibehalten hat, den die bundesrätlichen Grundzüge gebrauchten. Dort, in den bundesrätlichen Grundzügen, heißt es einfach: „Die Amerikanerreben und Kreuzungen von Amerikanerreben unter sich oder mit anderen Reben dürfen nicht angepflanzt werden.“ In der badischen Vollzugsverordnung dagegen ist gesagt: „Die Anpflanzung von reblausfesten Reben, d. h. der in Amerika heimischen Reben oder der Kreuzungsprodukte solcher Reben usw.“ Mit diesem „reblausfest“ ist ein Begriff in die badische Vollzugsverordnung hereingebracht worden, der in diesem Zusammenhang in den bundesrätlichen Grundzügen nicht vorkommt, der aber große Verwirrung hervorgerufen hat, weil sich daran sofort die Unterfrage knüpfte, ob die bei uns in Baden eingeführte Amerikanerrebe zu den reblaus-

festen Reben gehört oder nicht; und da waren die Leute in der Lage, die verschiedensten Gutachten beizubringen. Der eine Sachverständige erklärte die hierländische Amerikanerrebe für reblausfest, der andere sagte, nein, sie ist nicht reblausfest. Bei der Verhandlung in Offenburg zum Beispiel war ein Sachverständiger da, der sie für nicht reblausfest erklärte und ausführte, die Reblaus gehe allerdings nicht an diese Amerikanerrebe, solange deutsche Reben da seien, aber wenn sie die deutschen Reben nicht erreichen könne, gehe sie auch an die Amerikaner, und diese seien auch nicht reblausfest in dem Sinne, daß etwa, wenn ein Stock von der Reblaus befallen sei, das nicht am Wachstum des Stockes zum Ausdruck käme, vielmehr zeige es sich auch bei den Amerikanerreben am Wachstum des Stockes, wenn sie von der Reblaus befallen sind.

Der Hauptgrund, von dem man bei dem Verbot der Amerikanerrebe ausgegangen ist, war der, daß man sagte, eben weil sie reblausfest ist, und weil man nicht erkennen kann, ob eine solche Amerikanerrebe von der Reblaus befallen ist, weil also die große Gefahr besteht, daß sich hier Nester von Rebläusen ansiedeln, ohne daß man es merkt, und von da aus dann die Reblaus weiter verschleppt wird, darf sie nicht angepflanzt werden. Wenn nun aber nach den inzwischen weiter gesammelten Erfahrungen die Tatsache richtig ist, daß diese Amerikanerrebe nicht reblausföhrig ist, dann fällt schon einer der Gründe weg, die für das Verbot der Amerikanerrebe maßgebend waren. Der andere Grund war der, daß die unveredelte Amerikanerrebe (es handelt sich hier bei uns immer nur um die unveredelte Rebe, die aus einem Sämling gezüchtet ist, nicht um die auf Amerikanerfuß mit deutscher Aufsprossung veredelte Rebe) einen schlechten Wein liefert, und daß deshalb die Gefahr besteht, daß da, wo in einem Lande oder in einer Gegend ein edlerer für den Handel bestimmter deutscher Wein gepflanzt wird, durch den gleichzeitigen Anbau dieser Amerikanerrebe der edlere Wein der Gegend oder des Landes diskretiert und in seinem Absatz geschädigt werde.

Soviel ich weiß, ist die Staatsverwaltung geneigt, das, was bis jetzt angepflanzt ist, bestehen zu lassen, und es ist, soviel ich weiß, nur die Weisung hinausgegeben, daß die Bezirksstellen darauf halten, daß neue Anpflanzungen mit solchen Amerikanerreben nicht mehr gemacht werden. Da möchte ich nun aber dem Herrn Minister zur Erwägung geben, ob nicht gerade für das Murgtal eine Einrichtung getroffen werden könnte, die hier die Fortpflanzung dieser Rebe auch für die Zukunft ermöglicht, denn beide Gründe, die für das Verbot der Amerikanerrebe maßgebend waren, treffen für das Murgtal nur in sehr beschränktem Maße oder gar nicht zu. Einmal sind in manchen Gemeinden, soviel mir bekannt, nur wenig oder fast gar keine anderen Reben als Amerikaner mehr vorhanden. Sodann aber handelt es sich im Murgtal um ein vollständig abgeschlossenes Gebiet, welches nach drei Seiten auf Stunden hin von Wald umgeben, nach der Deffnung des Tales hin aber durch eine weite Ebene und den Rhein von anderem Rebgelände getrennt ist. Zum dritten aber wird, abgesehen von dem edlen Ebersteiner, aus den Gemeinden kein Wein von dort ausgeführt, der Wein kommt nicht in den Handel, die Landwirte ziehen den Wein lediglich für den Haustrunk. Die Zulassung der Amerikanerrebe auch für die Zukunft kann also auch im Handel das Renomme des Murgtälner Weinbaues nicht schädigen, und wenn die Murgtälner finden, daß der von ihnen aus der Amerikanerrebe gezogene Wein für sie selbst gut genug ist, so sollten wir damit auch zufrieden sein und den Leuten die Amerikaner lassen, die ihnen reichen Ertrag geben, während die deutsche Rebe fast unfruchtbar geworden ist. Ich habe schon vor

längerer Zeit den Gedanken ausgesprochen und, wie mir schon vor längerer Zeit schon gesagt worden ist, soll auch der landwirtschaftliche Bezirksverein Gernsbach sich für diesen Gedanken interessieren, man solle diese Murgtälnergemeinden als Versuchsstationen für die Amerikanerreben anerkennen und sie darnach behandeln. Das wäre ein Weg, auf welchem vielleicht die vorhandenen Schmerzen und Sorgen beseitigt werden könnten. Es wäre dann ein ziemlich ausgiebiges Operations- und Probierfeld für diese Amerikanerreben bereits vorhanden, und das wäre vielleicht auch aus dem Grunde praktisch, weil nach einer Erklärung, die der Herr Geh. Oberregierungsrat Rebe, glaube ich, abgegeben hat, die Amerikanerrebe in Augustenberg noch zu wenig entwickelt ist, als daß man mit ihr schon genügende Erfahrung machen könnte. Hier im Murgtal stehen Amerikanerunterlagen schon jetzt reichlich zur Verfügung, und man könnte hier sehr wohl durch Okulieren oder Pfropfen Versuche machen, wie sich die Veredlung der einheimischen Reben auf diesen Amerikanerunterlagen gestaltet und anläßt. Ich möchte also den Herrn Minister bitten, daß er dieser Sache seine Aufmerksamkeit zuwendet und der Sache einen Weg gibt, der den Interessen der Leute dienlich ist.

Was sodann den Truppenübungsplatz für das XIV. Armeekorps anbelangt, so möchte ich dazu auch ein Wort sagen. Dieser Truppenübungsplatz soll zwar nicht in meinen Landtagswahlkreis kommen, aber es kommt eine Gegend in meinem Reichstagswahlkreis dafür in Betracht bei Wallbüren, Altheim usw. Ueber diese Dinge haben die Herren Abgg. Brodmann und Leiser schon gesprochen. Herr Abg. Leiser hätte gerne erfahren, wohin denn der Truppenübungsplatz nun wirklich kommt. (Abg. Leiser: Ich habe gewünscht, daß er zu uns kommt!) Ja, gewünscht, aber Sie hätten doch auch gerne Auskunft bekommen, wo er hinkommen soll. Ich kann dem Herrn Kollegen Leiser aber sagen, er hat da viele Leidensgenossen in seinem Wissensdrang, es hat das bis jetzt aber noch Niemand erfahren, und es steht auch noch nicht fest. Ich habe mich in Berlin schon wiederholt erkundigt, ich habe auch im Reichstag schon im Jahre 1903 über diese Dinge gesprochen, im Jahre 1904 hat Herr Hug darüber gesprochen, ein andermal, ich glaube 1906, auch Herr Fehrenbach. Ich habe mich auch bei dem Vorgänger des jetzigen Herrn Ministers über die Sache schon erkundigt. Es hat aber noch keiner etwas Bestimmtes erfahren. Es ist ausgemachte Sache zwischen der Budgetkommission des Reichstags und der Reichsverwaltung, daß über die Dinge nichts gesagt wird, weil man mit dem frühen Sagen bei anderen Truppenübungsplätzen sehr schlechte Erfahrungen gemacht hat, in der Richtung, daß die Spekulation sich dann auf die Grundstücke warf und die Reichsverwaltung das Vergnügen hatte, die notwendigen Grundstücke mit höherem Preis bezahlen zu müssen. Deswegen hat mir der Herr Generalmajor Gallwitz auf meine Frage nach dem Truppenübungsplatz für das XIV. Armeekorps einmal gesagt: „Herr Abgeordneter, ich weiß wirklich nichts; wenn ich aber etwas wüßte, dürfte ich es Ihnen nicht sagen.“ (Heiterkeit.)

Nun die Frage, wohin der Platz kommt! Da war zuerst die Gegend bei Billingen, Herzogenweiler und Pfaffenweiler in Aussicht genommen. Dieser Platz ist dann verlassen worden, und man hat einen Platz bei Wallbüren und Altheim untersucht. Danach ist meines Wissens zeitweise auch ein Platz in der Gegend von Schwellingen, bei Ketsch, in Betracht gezogen worden, und neuerdings werden nun Untersuchungen auf dem Heuberg gemacht, die sich ziemlich weit auszu dehnen scheinen, vom südlichen bis zum nördlichen, nach dem Hohenzollernschen hinüber greifenden Heuberg hin. Wohin

schließlich die Wahl fällt — bei anderen Truppenübungsplätzen sind schon annähernd ein Duzend Gegenden untersucht worden, bis man zur Wahl kam —, das ist noch nicht entschieden. Ich möchte aber auch meinerseits den Herrn Minister bitten, dafür einzutreten, daß wenn irgend möglich dieser Truppenübungsplatz in die Gegend kommt, für die der Herr Kollege Leiser sich schon ausgesprochen hat, in die Gegend von Altheim und Wallbüren. Diese Gegend liegt jetzt abseits vom großen Verkehr, und es wäre ein Vorteil für sie, wenn durch den Truppenübungsplatz eine gewisse Hebung des Verkehrs und namentlich für die landwirtschaftlichen Produkten ein besserer Absatz geschaffen würde. Für diesen Platz — seine terrestrischen Vorzüge hat ja der Herr Kollege Leiser schon hervorgehoben — spricht auch der Grund, daß er nicht nur für das XIV. Armeekorps sondern evtl. auch für das heftigste Kontingent zu gebrauchen wäre, für das er recht günstig liegt.

Im übrigen will ich aber doch auch bemerken: Ich bin jetzt 10 Jahre im Reichstage, und ich weiß aus einer Reihe von Petitionen und Beschwerden, die in bezug auf andere Truppenübungsplätze eingegangen sind, daß diese Truppenübungsplätze nicht bloß Licht, sondern auch Schattenseiten haben. Es sind schon Petitionen im Reichstag eingekommen, die sich darüber beklagen, daß auf den Zugangsrouten ständige Einquartierungen liegen. Es sind Beschwerden eingegangen, daß die Truppenübungsplätze, die ja gewissermaßen eine Wüste in einer besiedelten Gegend sind, ein schweres Verkehrshemmnis seien, was leicht erklärlich ist, wenn man sich vorstellt, daß zwischen verschiedenen Ortschaften ein Truppenübungsplatz liegt, der zwei Stunden lang und vielleicht eine Stunde breit ist, und der an vielen Tagen und Wochen des Jahres für den Durchgang abgsperrt ist oder nur ganz bestimmte Durchgänge hat. Sodann geht die Sache ja in der Regel so, daß nicht bloß eine Gemarkung vollständig in den Exerzierplatz hereingezogen wird, sondern es werden auch von zwei, drei, vier und mehr daneben liegenden Gemarkungen noch Stücke abgeschritten, und was dann an diesen anderen Gemarkungen übrig bleibt, ist in der Regel eine Krüppelgemeinde, eine Gemeinde, in der Landwirte sitzen, die zwar noch ihre alten Gebäulichkeiten haben für eine größere Liegenschaft, die aber nicht mehr die nötigen Felder haben, um diese Gebäude auszunutzen. Dadurch wird auch die Kaufkraft in diesen anderen Gemeinden etwas vermindert, und es finden dann auch die Gewerbetreibenden, die Tagelöhner usw. in diesen benachbarten Orten nicht mehr genügend Verdienst in dem Maße, wie das früher der Fall war. Die Nachbarschaft eines derartigen Truppenübungsplatzes bringt auch gewiß sittliche Gefahren mit sich. Und so darf man sich nicht einbilden, daß alles nun, was mit diesen Truppenübungsplätzen zusammenhängt, nur Vorteil wäre, wenn man nicht hinterher Enttäuschungen erleben will. Aber ich gebe zu, daß sie für die Gegend im allgemeinen gewähren, und deswegen trete ich dafür ein, daß dieser Truppenübungsplatz für das XIV. Armeekorps in die Gegend von Wallbüren gelegt wird.

Im übrigen hat die Sache außerordentliche Schwierigkeiten auch nach anderen Richtungen. Der Herr Kriegsminister v. Einem hat im Reichstage einmal gesagt, als die Sache wieder angeregt wurde: „Keinem Menschen auf der Welt könnte es lieber sein wie mir, wenn der Truppenübungsplatz für das XIV. Armeekorps bald zu Stande käme, aber die Schwierigkeiten sind außerordentlich groß.“ Der Reichstag hat wiederholt ausgesprochen, daß keine Dörfer mehr rasiert werden sollen für derartige Truppenübungsplätze; er hat einmal auch eine Resolution gefaßt, daß Bauern nicht mehr gegen ihren Willen expropriert werden sollen, und hat eine

Geldanforderung zum Zwecke der Expropriierung von Bauerngütern abgelehnt, weil er gesagt hat, wir wollen nicht, daß Bauerngüter expropriert werden, um darüber Exerzierübungen gehen zu lassen. Der Reichstag hat auch schon ausgesprochen, daß, wenn man Leute von ihrer Heimstätte vertreibt, sie nicht in Geld ausbezahlt, sondern wieder angesiedelt werden sollen, und man hat verlangt, daß der preussische Domänenfiskus das nötige Gelände für die Ansiedelungen hergeben solle.

Nun ist meines Wissens, gerade was die Anlegung des Truppenübungsplatzes bei Altheim anbelangt, gesagt worden, daß die fürstlich Leiningensche Verwaltung geneigt sei, Terrain abzugeben, um die Leute, die durch den Abbruch von Altheim von Haus und Hof kommen, wieder in der Gegend anzusiedeln, und wenn das der Fall wäre, wenn diese Mitteilungen richtig wären, dann wäre jedenfalls eine von den Schwierigkeiten, die im Reichstage schon erwachsen sind gerade für die Gegend, für die ich eintreten möchte, beseitigt, und das könnte ein weiterer Grund sein auch für den Herrn Minister, nach dieser Richtung seinen Einfluß geltend zu machen.

Im übrigen ist selbstverständlich auch die gegenwärtige Geldklemme im Reiche nicht förderlich für diese Sache. Aber die Frage ist im Fluß, sie muß einmal gelöst werden, und da trete ich für den Wunsch der Gegend von Altheim ein, daß, wenn ein Truppenübungsplatz errichtet wird, er dorthin kommt. Ich tue das als Reichstagsabgeordneter für die Gegend. Ich möchte aber beifügen, daß sich dem, was ich gesagt habe, auch der Landtagsabgeordnete für den Bezirk, Herr Neuhaus, anschließt, und daß ich auch in seinem Namen gesprochen habe.

Sodann möchte ich den Herrn Minister auch meinerseits bitten, für die Wasserversorgung der Grünbachgruppe im Bezirk Tauberhofsheim, meiner Heimat, sich zu interessieren und sie möglichst mit Geld zu unterstützen. Eine gute Wasserversorgung wäre dort sicher nötig. Die Sache hat aber ihre großen Schwierigkeiten, weil man das Quellwasser meines Wissens noch gar nicht hat, das man braucht, um die Wasserversorgung herzustellen, sondern nur erst das Wasser, um die Turbinen zu betreiben. Sodann aber fehlt vor allem noch das nötige Geld, um die Sache zu machen, und gerade in diesem Punkte wird die Unterstützung der Großregierung in einer möglichst weitgehenden Weise von mir erbeten, wenn es einmal so weit ist. Im übrigen liegt die Sache in guten Händen. Der Amtsvorstand, der in dem Bezirk ist, interessiert sich gerade für solche Wasserleitungsunternehmungen sehr, und an seinem Eifer für die Sache wird es gewiß auch bei der Grünbachgruppe nicht fehlen.

Ich möchte sodann den Wunsch unterstützen, der von anderer Seite vorgebracht worden ist, daß man doch die Bauordnung auf den Dörfern nicht so streng handhaben möge, wie es etwa in den Städten notwendig ist (Sehr richtig!). Ich habe über diese Sache schon öfters unter der alten Bauordnung gesprochen. Es ist wirklich nie und da nicht verständlich, wie man auf den Dörfern in so rigoroser Weise vorgehen kann. Ich will nicht die Amtsvorstände beschuldigen; ich glaube, daß, wenn diese die Dinge immer genau kennen würden, sie mißbilligen würden, wie man zuweilen vorgeht; aber es sind die Leute, die an Ort und Stelle die Dinge kontrollieren und untersuchen, die häufig nicht zu unterscheiden, nicht ab- und zuzugeben wissen. Man muß dafür sorgen, daß auch von dieser Seite draußen die notwendigen Unterschiede gemacht werden.

Des weiteren möchte ich auch mit einem Wort aus meiner Erfahrung das unterstützen, was der Herr Abg. Oberkircher schon gleich zu Anfang der Debatte gesprochen

hat, nämlich daß man doch nicht immer gleich mit polizeilichen Strafen vorgehen und den Leuten ins Haus fallen soll, wenn es sich nur um Kleinigkeiten handelt, und man mit einem mahnenden Wort ganz denselben Effekt erzielen kann wie mit der Strafe. Ich habe auch das schon früher gesagt und kann es nur wiederholen.

Sodann will ich noch zwei Worte bezüglich dessen sagen, was der Herr Abg. Obkircher bezüglich des landwirtschaftlichen Fortbildungsunterrichts ausgeführt hat. Er hat gemeint, die gegenwärtigen Volksschullehrer seien häufig nicht in der Lage, den nötigen landwirtschaftlichen Fortbildungsunterricht zu geben, weil sie nicht die erforderlichen Spezialkenntnisse dazu besitzen, und ich glaube, daß das zutreffend ist. Er hat sich nun für Ferienkurse von Seminaristen und Lehrern ausgesprochen, die ihnen die nötigen Kenntnisse verschaffen sollen. Ich möchte aber meinerseits als zweckdienlich empfehlen, daß man jetzt wieder einmal ein Lehrerseminar nicht in einer der großen Städte sondern auf dem Land errichtet; das wäre die beste Gelegenheit, die jungen Leute auch für die Landwirtschaft zu interessieren und ihnen zu ermöglichen, daß sie die landwirtschaftlichen Dinge auch aus eigener Anschauung kennen lernen. Und da möchte ich ganz besonders das Hinterland in Erinnerung bringen, welches, wie mir scheint, jetzt an der Reihe wäre, auch einmal ein Lehrerseminar zu erhalten. Wir haben jetzt Lehrerseminare im Oberland, wir haben mehrere im Mittelland und in der unteren Rheinebene, ich glaube also, daß jetzt auch einmal das Hinterland berücksichtigt werden sollte. (Auf einen Zuruf: Mosbach!): Ich denke vor allem an Tauberbischofsheim.

Der Herr Abg. Obkircher hat dann den Gedanken behandelt, den der Herr Abg. Kolb ausgesprochen hatte, die Städter sollten in ihren Ferien auf das Land hinausgehen und dort arbeiten helfen. Ich glaube aber allerdings auch, daß mit denen, die in der Stadt groß geworden sind, auf dem Lande nichts mehr anzufangen ist; auch der Herr Kollege Obkircher wäre jedenfalls ein schlechter Saisonarbeiter. Ich glaube, die Berufsfrankheit würde bei ihm schon nach zehn Minuten eintreten, wenn er einmal ans Garbengabeln gehen würde. Aber ich erinnere mich, daß ich einmal eine gedruckte Zusendung bekommen habe, worin der Vorschlag gemacht wird, daß Eltern in der Stadt in den großen Ferien im Sommer ihre heranwachsenden Söhne im Alter von 10, 12, 14 Jahren gegen freie Station in gute, solide, bäuerliche Familien hinausgeben sollten, wo sie Beihilfe leisten, ihre Gesundheit kräftigen und die Landwirtschaft kennen lernen könnten. In dieser Zusendung hat der Verfasser, der die Sache aus eigener Erfahrung beurteilt, erklärt, daß er mit seinen eigenen Söhnen gute Erfahrungen gemacht und daß die jungen Leute dadurch ein lebhaftes Interesse für die Landwirtschaft bekommen hätten. Und das ist immerhin auch schon etwas wert. Denn es sollte Niemand denken — es denken's aber allerdings immer noch viele in den Städten —, daß die Landwirtschaft so etwa Einfaches sei, wozu man kein Verständnis, keine Erfahrung und wenig Übung brauche (Sehr richtig! rechts). Es gibt viele Handwerke, die man sehr viel rascher lernen kann, als man lernen kann, ein guter Landwirt zu sein. (Von verschiedenen Seiten: Sehr richtig!). Und da ist es ganz gut, wenn die jungen Leute einen Einblick erhalten in die Arbeit der Landwirtschaft, damit sie Verständnis für die Dinge bekommen und von der städtischen Anschauung kuriert werden, als ob man jeden dummen Kerl zum Bauern brauchen könne (Sehr richtig!), als ob die Bauern alle dumme Kerle wären, was keineswegs der Fall ist, vielmehr gehen viele hinter dem Pflug her, die Professoren und Juristen sein könnten und viel

mehr Beobachtung und Erfahrung besitzen, als zu vielen andern Dingen notwendig ist.

Sehr erfreut würde ich sein, wenn einmal der Zustand eintreten würde, daß die Landwirtschaft in ausgedehntem Maße von der Elektrizität Gebrauch machen könnte. Das Verständnis für diese Dinge ist in landwirtschaftlichen Kreisen vorhanden (Sehr richtig!). Ich kann dem Herrn Obkircher zum Beispiel sagen, daß ich schon seit vielen Jahren in der Nähe meiner Heimat, allerdings auf bayerischem Boden, eine elektrische Leitung aus der Tauber stundenweit durch das Land gelegt ist, womit die Bauern ihre Dreickmaschinen, ihre Fatterschneidmaschinen, ihre Schrotmaschinen, ihre Obstmühlen usw. in Bewegung setzen. Aber es ist sehr schwierig, solche elektrische Leitungen auf das Land hinauszubringen, denn sie sind sehr kostspielig, und wenn nicht bessere Gelegenheit geschaffen werden kann, um solche Leitungen herzustellen, wird die Verwendung der elektrischen Kraft für die Landwirtschaft im weiteren Umfange noch lange ein frommer Wunsch bleiben.

Der Herr Abg. Kolb hat sodann von den Flurprozeffionen gesprochen (Bewegung bei den Sozialdemokraten). Darüber hat ja nun eigentlich der Herr Abg. Duffner das Nötige schon bemerkt; ich muß aber doch auch noch meinerseits ein Wort dazu sagen. Der Herr Abg. Kolb hat die Flurprozeffionen in einen Gegensatz zu der rationellen Landwirtschaft gebracht. Das ist kein Gegensatz und braucht keiner zu sein, und es wäre sehr bedauerlich, wenn es jemals ein Gegensatz würde! Es kann einer ein sehr rationaler Landwirt sein, der sehr wohl weiß, daß er seine Felder düngen und ackern und pflügen muß, um etwas zu ernten — und er kann doch ein sehr guter Christ und ein eifriger Teilnehmer an den Flurprozeffionen sein. Jedenfalls aber hat der Herr Abg. Kolb durch seine Bemerkung bewiesen, daß ihm jedes Verständnis für die erhebende, für die ergreifende Stimmung abgeht, die in diesen Dingen liegt (Sehr richtig! beim Zentrum). Ich bin in meinen jungen Jahren und auch später noch, wenn ich Gelegenheit dazu gehabt habe, mit diesen Flurprozeffionen gegangen, und ich kann hier vor aller Öffentlichkeit sagen, daß die Eindrücke zu den ergreifendsten und erhebendsten gehören, die ich in meinem ganzen Leben gewonnen habe, wenn an einem schönen Frühjahrs Morgen Ende April, wenn alles in voller Blüte stand, der ganze Baumschmuck sich entfaltet hatte und die Lerchen sich trillernd zum Himmel erhoben, wenn da die ganze Gemeinde in voller Eintracht morgens durch die Fluren dahinzog und Dem den Dank abstattete, der das alles, was sich auf dem Felde an Herrlichkeit zeigte, hervorgebracht hatte, und wenn sie dann die Bitte daran knüpfte, daß er auch zum ferneren Gedeihen der Dinge seinen Segen geben möge (Beifall im Zentrum). Wenn jemand für diese Empfindungen kein Verständnis hat, dann spreche ich ihm das Recht ab, sich als einen intimen Kenner des Volkes und als einen Führer des Volkes zu bezeichnen (Sehr richtig! beim Zentrum).

Der Herr Abg. Kolb hat sich dann darüber beschwert, daß der „Pfälzer Bote“ seine Rede über die Landwirtschaft schlecht gemacht und ihm vorgeworfen habe, daß er von der Landwirtschaft nichts verstehe, aber gleichwohl über so vielerlei Dinge gesprochen habe, während dagegen der „Badische Beobachter“ die Rede des Herrn Kollegen Wittmann, der der Landwirtschaft so fern stehe wie er, sehr gelobt und gerade das rühmend hervorgehoben habe, daß dieser über so viele Gegenstände so sachkundig urteilt habe. Das sei doch eine sehr ungleiche Kritik, wie man sie von ehrlichen Gegnern nicht erwarten solle. Es handelt sich also da um zwei verschiedene Zeitungen, die die Reden zweier verschiedener Abgeordneten aus

dem gleichen Anlaß verschieden günstig beurteilt haben. Nun will ich Ihnen aber einmal eine Probe von der Gleichheit der Behandlung geben, die in der sozialdemokratischen Presse angewendet wird. Ich habe hier das Abendblatt der „Frankfurter Zeitung“ vom 11. März, also von gestern abend, in der Hand, und in dieser Nummer steht folgendes: „Es ist schon eine alte Geschichte, daß die Sozialdemokratie in der Regel ein und dieselbe Handlung ganz verschieden beurteilt, je nachdem es sich um einen Bürgerlichen oder um einen Genossen handelt. Aber nicht jeder Fall ist so amüsant wie einer, der sich eben abgespielt hat. In dem Ausschuß, dem die Oldenburgische Wahlreform zur Vorberatung überwiesen war, hatten sämtliche Abgeordneten mit Ausnahme von zweien für fünfjährige Wahlperioden statt der bisherigen dreijährigen gestimmt. Das sozialdemokratische „Norddeutsche Volksblatt“ war der Meinung, daß diese beiden Abgeordneten — die für dreijährige Perioden gestimmt hatten — Genossen gewesen seien, und schimpfte nun über die gesinnungslose liberale Mehrheit des Landtags.“ Dann führt die „Frankfurter Zeitung“ den Artikel des sozialdemokratischen Blattes wörtlich an, und ich will daraus folgende Sätze vorlesen. Es heißt da: „Daß der Freisinn sich auf diesen schändlichen Handel einläßt, ohne mit der Wimper zu zucken, zeigt, wie unendlich tief er in den letzten Jahren gesunken ist (Geiterkeit im Zentrum). Heute haben die Freisinnigen so ganz alle Scham verloren, daß sie sich im Oldenburger Landtage genau ebenso auführen, wie die Feinzeit so weidlich von ihnen geschmähte Kartellmehrheit im Reichstagsparlament. Ja, sie gehen noch weiter und schämen sich nicht, eine Regierung, die sich die schändlichsten Reaktionsstreiche Bismarcks aus der Puttkamerzeit zum Muster nimmt und mit naiver Bauernpöflichkeit mit der Bratwurst des direkten Wahlrechts nach der Speckseite der fünfjährigen Legislaturperiode wirt (Geiterkeit im Zentrum), eine liberale Regierung zu nennen und das Oldenburger Ländchen in albernen Perhimmelungsreden unter Ausgießung ganzer Kübel widerlich süßen Selbstlobes als liberalen Musterstaat zu feiern.“

Nun aber war das Malheur, daß diejenigen zwei Abgeordneten, die für dreijährige Dauer gestimmt hatten, nicht die beiden Sozialdemokraten sondern zwei Freisinnige waren, während die sozialdemokratischen Mitglieder des Ausschusses mit den übrigen Mitgliedern für fünfjährige Legislaturperiode gestimmt haben (Geiterkeit). Alles das, was das Blatt vermeintlich über die Freisinnigen gesagt hatte, betraf also tatsächlich die Herren Genossen. Was macht nun aber das sozialdemokratische „Norddeutsche Volksblatt“? Es bringt, nachdem es über Nacht seinen Irrtum entdeckt, in einer der nächsten Nummern unter den Lokalnotizen die Bemerkung: „Auch unsere Genossen haben aus ganz besonderen Gründen für die fünfjährige Wahlperiode gestimmt“ (Große Geiterkeit).

Ich empfehle dem Herrn Abg. Kolb, zunächst einmal seine Genossen zur Ehrlichkeit zu erziehen, und wenn er das fertig hat, dann mag er daran denken, daß er bei uns an die Arbeit geht. Der Herr Abg. Kolb hat in der letzten Zeit auch sonst wiederholt in bezug auf das Zentrum von Unehrlichkeit u. dgl. gesprochen. Ich bin aber der Meinung, der Herr Abg. Kolb hat am allerwenigsten Grund, in bezug auf Andere von Unredlichkeit zu reden. Niemand übt zurzeit mehr als er die Kunst des Redens in verschiedenen Zungen. Hat doch kürzlich eine liberale Zeitung, die ich in Berlin las, die Bemerkung gemacht, die Rede, die Kolb in der Zweiten Kammer gehalten, sei so zahm gewesen, daß er sie ob ihrer Zahmheit nicht ein-

mal seinen eigenen Lesern im „Volksfreund“ vorzulesen sich getraut habe (Lebhafter Beifall im Zentrum).

Geb. Oberregierungsrat Rebe: Der Herr Abg. Gilbert hat heute morgen auch das landwirtschaftliche Ausstellungswejen gestreift und eine gewisse Ausstellungsmüdigkeit behauptet, und er hat insbesondere von einer alljährlichen Besichtigung der Ausstellungen der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft abgeraten. Eine so regelmäßige Besichtigung dieser Ausstellungen kommt aber für uns nicht in Frage, sondern wir besichtigen diese Ausstellungen nur dann, wenn der Ausstellungsort in unserer Nähe gelegen ist, oder wenn es sich um Gegenden handelt, die für unsere Ausfuhr in Betracht kommen. Dies traf nun allerdings in den letzten Jahren zufällig immer zu. Wir haben im Jahre 1905 München besichtigt, im Jahre 1906 Berlin, und zwar dieses wegen unserer norddeutschen Abnehmer und insbesondere mit Rücksicht auf die Provinz Sachsen, im Jahre 1907 Düsseldorf, dieses aber nur in beschränktem Maße mit Hinterwälder Vieh, und im Jahre 1908 soll Stuttgart besichtigt werden, weil die Wünsche verschiedener Interessenten dringend darauf gerichtet waren, daß in Stuttgart badische Tiere und badische Erzeugnisse ausgestellt werden. Wir gehen übrigens auf diesem Gebiete nicht vor, ohne uns in den Kreisen der Beteiligten vergewissert zu haben, daß hier auch tatsächlich der dringende Wunsch besteht, eine derartige Ausstellung zu besichtigen.

Der Herr Abg. Gilbert hat dann noch die Frage der Rentabilität unserer badischen Abdeckereien zur Sprache gebracht. Ich bin auch heute noch nicht in der Lage, Ihnen ganz genaue Nachweisungen darüber, wie unsere Kadaververnichtungsanstalten seither gewirtschaftet haben, zu machen. Ich kann aber meinen früheren Angaben doch einiges erläuternd hinzufügen. Die Anstalt L adenburg hat für das Jahr 1907 noch keine Rechnungsergebnisse vorgelegt, sie rechnet aber mit einem Reingewinn von 7000 M. Die Anstalt Durlach hatte im Jahre 1907 einen Ueberschuß von 16 984 M. 45 Pf., allerdings zum großen Teil nur dadurch, daß eine Verbandsumlage im Betrage von 14 003 M. erhoben wurde. Ohne diese Umlage würde der Ueberschuß nach Abrechnung des Abgangs an Jahrnissen nur 2114,35 M. betragen haben. Der Ueberschuß im Betrage von 16 000 M. soll nun zur Schuldentilgung verwendet werden, und wenn die Anstalt auch in den folgenden Jahren in dieser Weise an der Schuldentilgung arbeitet, so wird sie in absehbarer Zeit von Schulden frei sein, und es werden sich alsdann auch Erträge ergeben. Unter diesen Umständen kann doch wohl nicht die Rede davon sein, daß die Anstalt in Durlach verkraucht ist, wie der Herr Abg. v. Menzinger in einer früheren Sitzung behauptet hat; denn es liegt, wie gesagt, ein Ueberschuß von über 2000 M. vor, und dabei ist noch in Betracht zu ziehen, daß die Anstalt auch die Schulzinßen für das ausgenommene Kapital bestritten hat.

Von Freiburg sind uns Rechnungsnachweisungen noch nicht vorgelegt worden. Auch die Rechnung der Kadaververnichtungsanstalt Unterlauchringen ist noch nicht abgeschlossen. Dagegen konnten wir dem Rechnungsbuch dieser Anstalt entnehmen, daß sie für die nächsten Jahre einen jährlichen Betriebsausfall von 2300 M. in Aussicht nimmt. Dies würde also bei 132 Gemeinden die einzelne Gemeinde mit etwa 17 M. treffen. Das wäre an sich keine große Belastung, allein es wird immerhin unsere Aufgabe sein müssen, hier befriedigendere Zustände herbeizuführen. Uebrigens hat der Anstaltsvorstand jetzt um einen nachträglichen Zuschuß

zu den Baukosten der Anstalt gebeten, und wir werden voraussichtlich in der Lage sein, dieser Bitte zu entsprechen.

Ich möchte noch kurz eine Bemerkung des Herrn Abg. Frhr. v. Menzingen von heute morgen in bezug auf die Viehverversicherung richtig stellen. Die Kosten der Verbandsverwaltung der Viehverversicherung fallen vollständig auf die Staatskasse, nicht zur Hälfte, wie der Herr Abgeordnete angenommen hat; von der Verbandsumlage allerdings nur derjenige Teil, welcher über 20 Pf. für je 100 M. Versicherungswert hinausgeht.

Ein Impfszwang für Farren, wie ihn der Herr Abg. Dr. Heimbürger behauptet hat, besteht nicht. Es ist dies schon im letzten Landtage geltend gemacht worden; es muß auch heute wiederholt werden. Wir haben allerdings früher etwas energischer auf die Impfung der Gemeindefarren hingewirkt; wir haben auch die Kosten der Impfung regelmäßig auf die Staatskasse übernommen, und wir bezweckten mit dieser Maßnahme, die Tuberkulose von unseren Farrenställen fernzuhalten. Die Maßregel hat sich aber nicht bewährt; denn die geimpften Farren werden gewöhnlich mit nicht geimpften Tieren der Farrenhalter zusammengestellt und sind so immer wieder der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt. Wir haben daher die Sache seit dem Jahre 1906 neu geregelt und angeordnet, daß die Impfkosten nur dann auf die Staatskasse übernommen werden sollen, wenn die Gemeinden die Impfung ausdrücklich beantragen und wenn Garantien gegen Ansteckung der Farren durch nicht geimpfte Tiere gegeben sind. Die Bezirksamter sind aber angewiesen, von einer amtlichen Anordnung zur Impfung der Farren in allen Fällen abzuheben. Ich glaube, bei dieser Art der Regelung werden Beschwerden nicht mehr bestehen.

Mit Bezug auf die Anregung des Herrn Abg. Dr. Zehnter hinsichtlich der Uebernahme der Haftpflichtversicherung durch die landwirtschaftlichen Berufs genossenschaften möchte ich auf § 23 des Gesetzes über die Abänderung der Unfallversicherungsgesetze vom 30. Juni 1900 verweisen. Es heißt da: „Die Berufs genossenschaften sind berechtigt, Einrichtungen zu treffen, zur Versicherung der Betriebsunternehmer und der ihnen in bezug auf die Haftpflicht gleichgestellten Personen gegen Haftpflicht.“ Es wäre also schon nach dem derzeitigen Stand der Gesetzgebung eine derartige Regelung möglich.

Hinsichtlich der Bedenken des Herrn Abg. Dr. Zehnter gegen die bezirkspolizeiliche Vorschrift über das Führen von Langholz im Murgtal muß die nötige Auskunft für die Beratung der von dem Herrn Abgeordneten erwähnten Petition vorbehalten bleiben.

Der Herr Abg. Zehnter ist dann noch auf den Anbau der Amerikanerrebep gekommen und ist dabei näher auf die kürzlich erfolgte Bestrafung einer Anzahl Rebleute durch die Strafkammer Offenburg wegen Uebertretung des Reblausgesetzes und unserer Verordnung eingegangen. Die Regierung bedauert ihrerseits, daß es in diesem Falle zu einer förmlichen Massenbestrafung gekommen ist. Es war das durchaus nicht beabsichtigt. Das Bezirksamt Mühl bezweckte lediglich, nachdem alle Aufklärungsarbeit nicht geholfen hatte, eine gerichtliche Verurteilung herbeiführen, um den Leuten zu zeigen, daß die Sache verboten ist, daß es nicht gestattet ist, fernerhin Amerikanerrebep anzupflanzen. Nun haben dann einzelne Angezeigte immer wieder andere angezeigt, sodaß die Zahl der Anzeigen eine immer größere geworden und schließlich so angewachsen ist, daß von einer Massenbestrafung

gesprochen werden muß. Es war das wie gesagt von keiner Seite beabsichtigt.

Der Herr Abg. Zehnter hat noch geltend gemacht, daß auch die Verwaltung gewisse Vorwürfe in dieser Sache treffe, daß sie mit daran schuld sei, daß die Leute nicht recht wußten, woran sie seien. Er hat zunächst behauptet, die Großh. Regierung habe wahrscheinlich gar nicht gewußt, daß so viele Amerikanerrebep bei uns angepflanzt sind. Demgegenüber muß ich geltend machen, daß das der Großh. Regierung wohl bekannt war, und daß sie gerade deshalb bei den Vorverhandlungen über die bundesrätlichen Grundsätze darauf hingewirkt hat, daß die bestehenden Anlagen belassen werden dürfen.

Der Herr Abg. Zehnter hat ferner noch bemängelt, daß unsere badische Vollzugsordnung sich eine rückwirkende Kraft bezüglich des Anbaubesotes beigelegt hat. Ich will bei der vorgeschrittenen Zeit die Berechtigung hierzu nicht weiter erörtern, ich kann aber das bestätigen, was der Herr Abg. Zehnter bereits angegeben hat, nämlich daß die Großh. Regierung sich entschlossen hat, alle vorhandenen Anlagen bestehen zu lassen. Sie muß aber ihrerseits streng daran festhalten, daß Neuanlagen nicht mehr gemacht werden.

Der Herr Abg. Zehnter hat dann endlich noch bemängelt, daß unsere Verordnung vom 18. Oktober 1905 sich nicht genau an den Wortlaut der bundesrätlichen Grundsätze anschließe, namentlich, daß sie den Ausdruck „reblausfest“ aufgenommen habe. Es ist auch schon in den Zeitungen darauf aufmerksam gemacht worden, der Ausdruck „reblausfest“ habe das Mißverständnis hervorgerufen können, als ob ein Unterschied gemacht werde zwischen reblausfesten und nicht reblausfesten Amerikanerrebep. Diesen Unterschied hat aber die Verordnung nicht machen können und nicht machen wollen. Denn seither ist man von der Ansicht ausgegangen, daß alle Amerikanerrebep reblausfest sind. Wenn der vom Herrn Abg. Zehnter zitierte Sachverständige, der Herr Landesökonomierat Goethe aus Darmstadt, auf Grund seiner Erfahrungen zu der Ansicht gekommen ist, daß die Taylorrebe, die im Bezirk Mühl in so großem Maße angebaut wurde, nicht reblausfest ist, so ist das zunächst nur die Ansicht eines einzelnen Sachverständigen, die nicht in Betracht kommen kann, solange die bundesrätlichen Vorschriften alle Amerikanerrebep vom Anbau ausschließen. Dies wollte auch die badische Verordnung, die sich eng an den Wortlaut der bundesrätlichen Vorschrift anschließt und nur noch den Ausdruck „reblausfest“ hinzugefügt hat. Er steht auch im § 2 des Gesetzes. Deshalb hat man ihn aufgenommen. (Abg. Dr. Zehnter: Aber in anderem Zusammenhang!) Es sind aber Amerikanerrebep gemeint. (Abg. Dr. Zehnter: Das steht erst im Schlußsatz!)

Es muß dem Herrn Abg. Zehnter zugegeben werden, daß durch das Verbot der Amerikanerrebep diejenigen Rebgebiete, in denen solche Rebep seither in größerem Umfang gepflanzt werden, in eine unangenehme Lage gekommen sind. Diese Unzuträglichkeiten müssen aber getragen werden mit Rücksicht auf die große Gefahr, welche mit dem Anbau der Amerikanerrebep verbunden ist. Ich bin aber damit einverstanden, daß man die Unzuträglichkeiten möglichst mildern sollte, und wir sind auch bereit, dazu mitzuwirken.

Nun hat der Herr Abg. Zehnter in dieser Hinsicht vorgeschlagen, es möchte das gesamte Rebgebiet des Murgtals zu einer Versuchstation erklärt werden. Wir werden gerne in eine nähere Prüfung dieses Vorschlags eintreten. Ich möchte aber doch schon jetzt darauf aufmerksam machen, daß sehr große Bedenken im Wege stehen. Unter einem Versuchsgebiet oder einer

Veruchstation versteht man eben doch nicht eine so große Fläche, überhaupt nicht eine Anlage zur Nutzung, sondern man hat ein kleineres Gelände im Auge, das jederzeit übersehen und kontrolliert werden kann. Aber wie gesagt, wir werden die Angelegenheit näher prüfen.

Im übrigen möchte ich darauf aufmerksam machen, daß ein strenges Vorgehen hinsichtlich der Behandlung der Amerikanerrebellen geboten ist. Es muß doch bedacht werden, daß Baden augenblicklich, glaube ich, das einzige Weinbaugebiet ist, in welchem die Reblaus noch nicht aufgetreten ist. In allen unseren Nachbarländern, in Elsaß-Lothringen, in der Schweiz, in Württemberg, in Bayern, überall hat die Reblaus bereits ihren Einzug gehalten und ungeheure Schäden hervorgebracht. Unter diesen Umständen muß es die Groß-Regierung als ihre vornehmste Pflicht betrachten, und es haben auch verschiedene Redner des Hauses darauf aufmerksam gemacht, die reichs- und landesgesetzlichen Vorschriften hinsichtlich der Bekämpfung der Reblaus auf das allerpeinlichste durchzuführen, um unseren ausgedehnten und wertvollen Rebbesitz vor diesem Feinde zu schützen.

Abg. Schmidt-Bretten (Vd. d. Vdn.): Zunächst möchte ich meiner Genugthuung darüber Ausdruck geben, daß nicht nur der Herr Abg. Zehner sondern auch der Herr Minister die Sozialdemokratie richtig gekennzeichnet haben. Der Herr Minister hat mit Recht gesagt, daß die Sozialdemokraten falsche Bauernfreunde sind.

Sodann möchte ich auf das kommen, was der Herr Abg. Kolb heute früh gegen mich gesprochen hat. Er hat gemeint, ich hätte den Herrn Abg. Bechtold beleidigt. Das ist mir gar nicht eingefallen, ich habe den Namen des Herrn Abg. Bechtold in diesem Zusammenhang nur genannt, weil ich annahm, daß er dank seiner nahen Beziehungen zu der Landwirtschaft tatsächlich eine andere praktische Anschauung von der Landwirtschaft hat, als das bei den anderen Sozialdemokraten zutrifft. Dies hat sich auch bewahrheitet. Der Herr Abg. Bechtold hat heute abend ausgeführt, daß es bei uns im badischen Unterland nicht möglich ist, Viehzucht zu treiben ohne den Getreidebau. Er hat allerdings hinzugefügt, daß das die Ansicht auch der übrigen Sozialdemokratie sei. Das ist aber nicht richtig. Als ich über diesen Punkt sprach, da hat mir der Herr Abg. Beck zugerufen, man sollte mit Laub streuen. Auch der Herr Abg. Kolb scheint nicht der Ansicht zu sein, daß die Bauern mit Stroh streuen sollen. Er hat zugegeben, daß wir gegen den amerikanischen Getreidebau nicht konkurrieren können, und es sind nun, wenn jemand diese Ansicht hat, dreierlei Folgerungen möglich: Es ist einmal möglich, daß man zu der Ansicht kommt, daß wir dann gegen diese Konkurrenz geschützt werden müssen. Das ist unsere Auffassung. Die nächste Auffassung ist die, daß man den Getreidebau aufgeben soll. Ich habe angenommen, der Herr Abg. Kolb ist der Ansicht, daß der Getreidebau aufgegeben werden soll. Er hat zugerufen, daß das nicht der Fall ist. Es bleibt also nur noch eine Möglichkeit übrig, nämlich die, daß er den Bauern zumutet, daß sie einen vollständig unrentablen Getreidebau aufrecht erhalten. Es wäre allerdings wieder sehr bezeichnend für die Bauernfreundlichkeit des Herrn Kolb, wenn er diese Ansicht hätte.

Der Herr Abg. Pfeiffle hat gemeint, man dürfe nicht einzelne Zitate herausgreifen, um die Bauernfeindlichkeit der Sozialdemokratie ins richtige Licht zu stellen. Ich gebe zu, daß wir kein Recht hätten, die Sozialdemokratie bauernfeindlich zu nennen, wenn es sich nur um Äußerungen einzelner Sozialdemokraten, einzelner Führer handelte, aber was wir aus-

geführt haben, ist nicht nur die Ansicht einzelner Führer, sondern das ist die Ansicht der großen Mehrheit in der Sozialdemokratie und zum Beweise dafür, erlaube ich mir, einen Beschluß vom Breslauer Parteitag anzuführen. Derselbe lautet: „Der von der Agrarkommission vorgelegte Entwurf eines Agrarprogramms ist zu verwerfen, denn dieses Programm stellt der Bauernschaft die Hebung ihrer Lage, also die Stärkung ihres Privateigentums in Aussicht.“ Also hier haben wir einen offiziellen Beschluß der Sozialdemokratie, aus dem sich ergibt, daß sie es nicht haben will, daß dem Bauernstand eine Hebung seiner Lage in Aussicht gestellt wird. (Abg. Kolb: Graue Theorie!) Ja, wer hat denn diesen Beschluß gefaßt? Sie, Ihr Parteitag, und da sagen Sie: Graue Theorie! Sorgen Sie doch dafür, daß die Mehrheit in Ihrer Partei nicht solche graue Theorie aufstellt. (Abg. Dr. Schofer: Er fliegt doch noch hinaus!) Ja, das kann noch kommen. (Heiterkeit.)

Der Herr Abg. Pfeiffle hat weiter aus der Geschichte zu beweisen versucht, daß der Adel ein Feind des Bauernstandes sei, und er hat dabei auf den Bauernkrieg hingewiesen. Nun, wenn der Herr Abg. Pfeiffle die Geschichte des Bauernkrieges genauer kennt, so müßte er wissen, daß auch ein Teil der Adelligen auf der Seite der Bauern gestanden ist. Es ist nicht ohne Interesse, daß der Vorfahr eines der adeligen Mitglieder dieses Hauses wegen seiner Teilnahme am Bauernkrieg auf Seiten der Bauern geköpft worden ist. Es war das ein Stephan von Mengingen, der geköpft wurde. Ich bin nun an sich der Ansicht, daß es damals für den ganzen Adel besser gewesen wäre, wenn er auf die Seite der Bauern getreten wäre.

Der Herr Abg. Pfeiffle hat sich zum Beweise dafür, daß unsere Kleinbauern kein Interesse am Getreidebau haben, auf den Fürsten Hohenlohe berufen. Er hat gemeint, die Autorität des Fürsten Hohenlohe müßten wir doch eher gelten lassen als diejenige des Dr. Secht. Ich bin gegenteiliger Auffassung. Wenn ich von den beiden eine Autorität hier gelten lasse, dann ist es eher diejenige von Dr. Secht. Sie sagen doch sonst, daß die Großgrundbesitzer gar nicht wissen können, was den Kleinen nützt. Es war aber gerade der Fürst Hohenlohe einer der größten Latifundienbesitzer, die Deutschland jemals besessen hat. Außerdem ist der Fürst Hohenlohe niemals praktisch mit der Landwirtschaft beschäftigt gewesen. Also, für uns gilt die Autorität des Fürsten Hohenlohe gar nichts.

Daß übrigens die Ausführungen des Herrn Abg. Kolb hinsichtlich des Getreidebaues mit den Tatsachen in Widerspruch stehen, das hat man am letzten Sonntag in einer Versammlung des Bundes der Landwirte erfahren können. Diese Versammlung fand in Heddesheim statt, also in einem Ort, wo die meisten Handelsgewächse in Baden gebaut werden, wo viel Tabak und wo Gerste gebaut werden. Trotzdem sind in jener Versammlung zwei Sozialdemokraten aufgestanden und haben zwei Drittel der dortigen Bauern als Brotwucherer bezeichnet. Damit haben sie zum Ausdruck gebracht, daß zwei Drittel der Bauern dort Brotgetreide verkaufen. Als Eingeseffene kannten sie die Tatsache, daß dort Brotgetreide verkauft wird. Der Abg. Kolb stellt sich aber hin und sagt, unsere Bauern haben überhaupt kein Getreide zu verkaufen!

Der Herr Abg. Pfeiffle hat gemeint, die Bauern verkaufen im Spätjahr ihre Frucht, und im Frühjahr kaufen sie wieder Saatfrucht. Ja, das gebe ich zu, das mag vorkommen, und ich gebe zu, daß das die klügeren Bauern sind; das sind diejenigen, die einsehen, daß zum Getreidebau Abwechslung im Saatgut notwendig ist.

Der Herr Abg. Pfeiffle scheint das nicht zu wissen, es sei ihm hiermit gesagt. (Abg. Pfeiffle: Doch!).

Die Herren Abgg. Pfeiffle und Zbrüg haben ausgeführt, der Grund, warum der Zichorienbau bei uns zurückgehe, sei nicht darin zu suchen, daß er keinen Schutz gegenüber der Konkurrenz des Auslandes hätte, sondern daß der Zichorienkonsum zurückgehe infolge der Konkurrenz von Malzkaffee und ähnlichen Surrogaten. Nun ist das aber nicht richtig, im Gegenteil, der Zichorienkonsum hat sich außerordentlich vermehrt.

Sodann hat der Herr Abg. Pfeiffle gemeint, wir seien wohl für den Schutz der Landwirtschaft gegenüber der Konkurrenz des Auslandes aber nicht für den Schutz der einheimischen Arbeiter. Ich möchte demgegenüber den Herrn Abg. Pfeiffle darauf aufmerksam machen, daß ich auf dem letzten Landtag anlässlich der Beratung des Submissionswesens die Forderung aufgestellt habe, daß bei öffentlichen Ausschreibungen alle die Unternehmer ausgeschlossen sein sollten, die nicht vorzugsweise einheimische Arbeiter beschäftigen.

Dann hat der Herr Abg. Pfeiffle heute noch eine Behauptung aufgestellt, die in glattem Widerspruch steht zu dem, was der Herr Abg. Kolb ausgeführt hat. Er hat gemeint, der Kleinbetrieb könne gegenüber dem Großbetrieb nicht aufkommen, er könne nicht rational betrieben werden, da er zu zersplittert sei. Im Gegenteil hierzu meint der Herr Abg. Kolb, wir müßten allmählich immer mehr zum Kleinbetrieb kommen, denn nur der könnte auf die Dauer sich rentieren. (Abg. Kolb: Die Flurbereinigung war gemeint!) Die Flurbereinigung? Nun Sie haben auch eine Ahnung von Flurbereinigung! (Gefächelung.)

Präsident Fehrenbach: Ich möchte bitten, den Verhandlungen mit möglichst stiller Teilnahme und Aufmerksamkeit zu folgen. Ich glaube, daß wir dadurch der Sache am besten dienen.

Abg. Schmidt-Bretten (fortfahrend): Was davon zu halten ist, daß die Sozialdemokratie den politischen Kampf nur mit geistigen Waffen führe, dafür haben wir ja heute wieder ein Beispiel in den Ausführungen des Herrn Abg. Kolb sehen können. Ich will auf dieselben nicht näher eingehen. Nur das Eine möchte ich sagen: Herr Abg. Kolb hat gemeint, meine Ausführungen seien derart gewesen, daß es nicht die Mühe lohne, auf dieselben einzugehen. Um einen derartigen Einwand zu machen, Herr Abg. Kolb, braucht man nicht Abgeordneter zu sein, den kann jeder Hausknecht machen!

Präsident Fehrenbach: Diese letzte Äußerung ist unangehörig. Ich rufe den Redner zur Ordnung.

Abg. Schüler (Zentr.): Nur wenige Bemerkungen! Es ist der Wunsch ausgesprochen worden, daß der Landesgartenbauverein seinen Staatszuschuß nicht wie bisher aus dem bekannten § 39 des Landwirtschaftsbudgets sondern als besonderen Posten im Budget erhalten möge. Ich möchte diesen Wunsch unterstützen.

Ueber die Bezirkstierärzte ist mir mitgeteilt worden, daß diese Herren durch ihre amtliche Tätigkeit so in Anspruch genommen sind, daß für die Privatpraxis fast keine Zeit übrig bleibt und daß sie dadurch finanziell geschädigt werden. Sie glauben, eine finanzielle Aufbesserung in der Weise erhalten zu können, daß sie den Bezirksärzten gleichgestellt werden. Ich kann aus den angegebenen Gründen und mit Rücksicht auf die verantwortungsvolle Stellung der Herren diesen Wunsch nur unterstützen.

Ueber die Teilnahme der Bezirkstierärzte an den Prämierungen teile ich die Ansicht, die der Herr Minister im Laufe der Debatte ausgesprochen hat. Ich halte es auch für gut, wenn die Bezirkstierärzte bei den Prämierungen beigezogen werden, weil sie ja die Tiere ganz genau kennen. Natürlich möchte ich meinen Wunsch, den ich schon öfters ausgesprochen habe, wiederholen, daß auch sachverständige Landwirte aus der Gegend in genügender Zahl beigezogen werden.

Die Herren Kollegen Heimburger und Zehner haben unter anderem auch über die Handhabung der Bauordnung auf dem Lande gesprochen. Ich will mich darauf beschränken, daß ich die Wünsche der beiden Herren sehr dringend unterstützen möchte. Hauptächlich bei kleineren Reparaturen werden diese Vorschriften oft als Schikane empfunden, und ich glaube, weder die Bauordnung noch anderes würde darunter leiden, wenn da mit der größten Milde und Nachsicht vorgegangen würde.

Von verschiedenen Seiten wurde auch des neuen Schulplans, des Turnens auf dem Lande usw. gedacht. Herr Kollege Duffner hat sehr freundliche Worte für meine Ausführungen in den Verhandlungen der Landwirtschaftskammer hierzu gefunden. Um Mißverständnissen vorzubeugen, will ich nur bemerken, daß ich absichtlich nicht auf diese Fragen eingegangen bin. Ich denke, diese Sache gehört in das Kapitel Volksschulen; sie gehört bei Erledigung der verschiedenen Petitionen besprochen, und darum will ich heute nicht darauf eingehen.

Was von mehreren Herren über die Nutzbarmachung der Elektrizität für die Landwirtschaft gesagt wurde, kann ich nur unterstützen. Von welchem Vorteil das für die Landwirtschaft in bezug auf die Beleuchtung und den Betrieb von Maschinen wäre, läßt sich gar nicht sagen. Auch die Leutenot könnte durch elektrischen Betrieb wenigstens gemildert werden. Ich möchte die Regierung recht sehr bitten, auch diesen Wünschen wohlwollendes Gehör zu schenken.

Nun hat der Herr Kollege Kolb sich auch heute wieder mit meinen Ausführungen beschäftigt; aber ich habe den Eindruck, es ist genug gesprochen worden. Ich will darauf verzichten, auf die paar Dinge, die er mir heute erwiderte, einzugehen, obwohl sie leicht zu widerlegen wären. Ich will nur etwas bemerken: Er hat mir recht gegeben, daß bei einem Kriege recht großes Unglück auch ohne Lebensmittelteuerung über unser Land hereinkommen könnte. Er hat weiter gefragt: Was soll mit den Arbeitern werden, wenn die Industrie, die heute auf das Ausland angewiesen ist, nicht mehr dorthin liefern kann? Diese Frage möchte ich auch wiederholen. Was dann? Und darum geht unsere Auffassung dahin, einen lebensfähigen, kräftigen Bauernstand im Lande zu erhalten, der auch in den schwersten Zeiten aus eigener Kraft wenigstens sich selbst und noch andere Landesfinder mit dem Ueberschuß seiner Produkte ernähren kann.

Dann bin ich genötigt, dem Herrn Kollegen Kolb gegenüber auch wieder den Vorwurf zu wiederholen, den ich ihm schon einmal gemacht habe, daß er nicht objektiv war. Ich gebe zu, er ist von den Herren Nationalliberalen recht zart und sanft behandelt worden. Aber über die Agrarfrage, über die Zollpolitik sind doch dort drüben die gleichen Reden gehalten worden wie bei uns. Ist denn, wenn zwei dasselbe tun, das nicht das gleiche? Werden denn dort andere Interessen der Landwirtschaft vertreten? Es war mindestens sehr auffällig, mit großer Schärfe, die mir aber nicht besonders wehe getan hat, immer nur von agrarischen Sündern auf unserer Seite zu sprechen und gar nicht zu bedenken, daß die gleichen Tendenzen dort drüben auch verfolgt werden.

zu  $3\frac{7}{8}$  Proz. ohne Zuschlag gewährt; die hessische Landeshypothekenbank berechnete  $3\frac{3}{4}$  Proz. mit einem Zuschlag von 3 bis 4 Proz. Vom Oktober 1906 an berechnete die Rheinische Hypothekenbank 4 Proz. mit einem einmaligen Zuschlag von  $1\frac{1}{2}$  bis  $1\frac{3}{4}$  Proz., oder  $4\frac{1}{4}$  Proz. ohne Zuschlag; die hessische Hypothekenbank hat  $4\frac{1}{4}$  Proz. mit 2,50 Proz. Zuschlag berechnet, was für die Dauer der Annuität einem Zinsfuß von 4,33 Proz. entspricht. Dabei kommt aber in Betracht, daß der hessische Staat fast das ganze Aktienkapital von 9 Millionen Mk. seiner Landeshypothekenbank gestellt hat. Dieses verzinst sich nach dem letzten Rechenschaftsbericht vom Jahre 1907 mit  $3\frac{1}{2}$  Prozent, während der hessische Staat, wenn er sich jetzt selbst Geld beschaffen muß, 4 Prozent bezahlen mußte. Außerdem hat der hessische Staat für 93 Millionen Pfandbriefe der Landeshypothekenbank die Zinsgarantie übernommen, während unsere Regierung das Abkommen mit der Rheinischen Hypothekenbank ohne materielle Gegenleistung erlangt hat. Ich glaube, wenn man diese Verhältnisse würdigt, dürfte man zu dem Ergebnis kommen, daß bei uns die Verhältnisse in durchaus günstiger und ausreichender Weise im Interesse der Landwirtschaft geordnet sind.

Das Abkommen der Regierung mit der Rheinischen Hypothekenbank scheint mir allerdings in einer Richtung erweiterungsbedürftig zu sein. Die Landwirtschaft bekommt das Geld zum Selbstkostenpreis von der Rheinischen Hypothekenbank, die Arbeiterschaft erhält billigen Realkredit für Wohnungszwecke von Seiten der Landesversicherungsanstalt Baden. Wer aber gewährt den kleinen Handwerkern und Geschäftsleuten auf dem Lande, in den kleinen und größeren Städten so billigen Realkredit? Und dieser Bevölkerungsteil befindet sich in der gegenwärtigen Zeit gewiß in einer ungünstigeren Lage als die Landwirtschaft! Die hessische Landestreditkasse gewährt in gleicher Weise billigen Realkredit der städtischen und ländlichen Bevölkerung. Nach den jetzigen Bestimmungen des Abkommens vom Jahre 1892 aber können die Handwerker und Geschäftsleute von der Rheinischen Hypothekenbank deshalb keinen Realkredit erlangen, weil in dem Abkommen vorgeschrieben ist, daß die zum Verfall gelangenden Grundstücke zu zwei Dritteln in fruchttragenden Grundstücken bestehen müssen. Ich möchte daher an die Großh. Regierung die Bitte richten, zur Förderung des Realkredits der kleinen Geschäftsleute in Stadt und Land das Abkommen mit der Rheinischen Hypothekenbank entsprechend zu erweitern. Als man im Jahre 1892 das Abkommen zugunsten der Landwirtschaft geschlossen hat, befand sich dieselbe im Zustand der tiefsten Depression. Es war die Zeit der Caprivischen Handelsverträge, als unser Land mit amerikanischen Produkten überschwemmt wurde. Heute aber befindet sich die Geschäftswelt in ungünstigerer Lage als die Landwirtschaft. Und wenn ich dieser auch von Herzen gönne, was man für sie geschaffen hat, so bitte ich doch, die gleiche Fürsorge auch der Geschäftswelt entgegenzubringen.

Der Herr Abg. Dr. Heimburger hat das Ersuchen an die Regierung gerichtet, die Tierschutzbestrebungen zu unterstützen. Ich möchte die Anregung des Herrn Kollegen Heimburger auch meinerseits unterstützen, ohne in eine Besprechung der Angelegenheit heute bei der vorgerückten Zeit näher einzugehen. Ich darf jedoch als langjähriges Vorstandsmitglied des hiesigen Tierschutzvereins der Großh. Regierung das Zeugnis ausstellen, daß sie den Anregungen, die wir an sie in dieser Richtung gerichtet haben, stets ein lebhaftes Interesse hat zuteil werden lassen, und ich möchte nur wünschen, daß in gleicher Weise auch unsere Geistlichen die begründeten Bestrebungen unserer Tierschutzvereine fördern möchten.

Präsident des Ministeriums des Innern Wirkl. Geh. Rat Frh. von und zu Bodman: Der Herr Abg. Dr. Schneider hat die Frage gestellt, ob das Abkommen mit der Rheinischen Hypothekenbank in Mannheim auch in der Beziehung gehandhabt werde, daß dieselbe regelmäßig Nachweisungen über die abgewiesenen Darlehensgesuche von Landwirten vorlege und die Gründe der Ablehnung von einem Regierungskommissär nachgeprüft werden. Die Frage ist zu bejahen.

Abg. Zhrig (Dem.): Ich will mich kurz auf einige Bemerkungen beschränken. Ich will aus dem Grund auch der Versuchung widerstehen, hier näher auf die Ausführungen von verschiedenen Seiten einzugehen, die dahin gehen, daß der Einfluß unseres neuen Elementarunterrichtsgesetzes für die Landwirtschaft, insbesondere auf dem Schwarzwald, ein überaus schädlicher sei. Ich bin nicht dieser Meinung. Wir haben aber noch später Gelegenheit, bei der Beratung des Elementarunterrichtsbudgets und der Beratung der eingegangenen Petitionen die Sache zu erörtern, und dort, das muß ich sagen, werde ich mir die Zeit nehmen, gegen einander abzuwägen, ob die Interessen des Schwarzwälder Viehs oder die Interessen der Schwarzwälder Schulkinder höher zu stellen sind. Wir werden dort auch in Erwägung zu treten haben darüber, ob wirklich vier Stunden Unterricht an vier Tagen in der Woche, also jeweils täglich ein Stündlein, imstande sind, die Interessen der Landwirtschaft auf dem Schwarzwald zu gefährden. Ich bestreite das durchaus und glaube, daß, wenn man von einer großen Unzufriedenheit auf dem Schwarzwald spricht, man damit nicht Unrecht hat, daß die Entrüstung mehr eine gemachte ist (Abg. Fröh auf: Sehr richtig!). Wir werden dann auch über die Verhältnisse der armen Hütējungen zu reden haben, und es wird auch darüber zu reden sein, wohin man die Seminare stellt, ob man sie in weitabgeschiedene Gegenden stellt, um die Jöglinge, die künftigen Lehrer des Volkes, in klösterlicher Abgeschiedenheit zu erziehen, oder dahin, wo die wissenschaftlichen und künstlerischen Institute sind, wo das Leben des Volkes frisch pulsiert. (Abg. Dr. Schofer: Zum Volke!) Dort in der Stadt ist auch Volk!

Ich habe mich besonders aus dem Grunde zum Wort gemeldet, weil ich als Vertreter des Schwesinger Bezirks eine Bemerkung des Herrn Kollegen Dechtold zurückzuweisen habe. Er hat unfreundliche Worte gegen die dortige Ziegenzuchtgenossenschaft gebraucht und auch sein Mißtrauen gegenüber der Prämierungskommission ausgesprochen. Ich glaube, der Herr Kollege ist schlecht berichtet. Ich bin mit den Verhältnissen dort so weit vertraut, daß ich darüber reden darf. Die Objektivität der Prämierungskommission ist über allen Zweifel erhaben. Denn was sollte auch schließlich der Bezirkstierarzt, der Heidelberger Zuchtinspektor, der Oberamtmann und eine Anzahl von hochgeachteten Landwirten, die selbst Züchter sind, ein Interesse daran haben, die Mitglieder der Genossenschaft, die in den Gemeinden Edingen und Friedrichsfeld ihre Wohnung haben, schlechter zu behandeln als andere. Es ist das ein Irrtum, der nur daraus hervorgegangen ist, daß immer bei Rörung und Prämierung bei denen, deren Tiere übergegangen werden, Unzufriedenheit entsteht. Es ist aber nicht richtig, daß man jedes Tier, das gefürt wird, auch prämiieren kann. Bei einer neu entstandenen Zuchtgenossenschaft kommt es darauf an, möglichst reinrassige Tiere in den Bezirk einzuführen, und deshalb ist es berechtigt, die reinrassigen Tiere in erster Reihe zu berücksichtigen. Und wenn nun auch wirklich einmal bei der Prämierung ein reinrassiges Tier prämiert

worden ist, das nicht den vorzüglichen Eindruck gemacht hat, wie erwünscht sein möchte, so mag vielleicht angenommen worden sein, daß das Tier in den Sommerwochen auf der Zuchtstation sich noch nicht recht hat entwickeln können, daß es sich aber nachher bei besserer Pflege entwickeln werde. Ich führe diese Beschwerde also zurück auf die nicht prämierten Tierbesitzer und nehme an, daß dies eine Kinderkrankheit dieser Zuchtgenossenschaft ist, wie das bei allen Genossenschaften schon vorgekommen ist.

**Abg. Geyert (Zentr.):** Es sind Wünsche aus meinem Bezirk an mich herangetreten, die ich noch geltend zu machen hätte. Sie betreffen die Hühnerzucht im Reichstal. Ich will aber mit Rücksicht auf das Bestreben, die Debatte heute noch zu Ende zu führen, auf das Wort hier verzichten und meine Wünsche dann persönlich der Großen Regierung vortragen in der Erwartung, daß sie ebenso freundlich aufgenommen werden, wie wenn ich sie hier vorgetragen hätte (Beifall).

Der Präsident teilt mit, daß die Abgg. Wiedemann, Neuhaus und Säger auf das Wort verzichtet haben und schließt die allgemeine Beratung.

Das Schlußwort für die Budgetkommission erhält der Berichterstatter

**Abg. Schüler (Zentr.):** Nachdem am 6. Tage die Generaldebatte geschlossen ist, nachdem drei Berichterstatter, zwölfmal die Regierung und 44 Abgeordnete, darunter 5 doppelt, gesprochen haben, verzichtet der Berichterstatter auf das Schlußwort (Beifall).

Zum Bericht der Petitionskommission erhält das Schlußwort der Berichterstatter

**Abg. Neuwirth (natl.):** Es ist von verschiedenen Seiten der Wunsch geäußert worden, daß die Anmeldefrist bei der Flurschadensabschätzung, die bisher vier Wochen betragen hat, auf vierzehn Tage verkürzt werden solle. Ich meinerseits glaube auch, daß es nur im Interesse der Bevölkerung liegt, wenn die Entschädigungsfragen hierdurch rascher geregelt werden können, als das bisher der Fall war. Ich möchte deshalb die Regierung bitten, dahin zu wirken, daß die Anmeldefrist von vier Wochen auf vierzehn Tagen herabgesetzt wird. Den übrigen Ausführungen habe ich nichts hinzuzufügen.

Das Wort zu einer persönlichen Bemerkung erhält **Abg. Kolb (Soz.):** Ich bin leider genötigt, auf zwei Bemerkungen des Herrn Abg. Dr. Zehnter eine kurze persönliche Bemerkung zu machen. Ich habe bereits heute früh darauf hingewiesen, daß die Unterstellung, die mir von jener Seite (zum Zentrum) in bezug auf die Flurprozeffionen gemacht worden ist, daß ich damit Ihr religiöses Gefühl verletzt hätte, durchaus ungerechtfertigt ist. Der Herr Abg. Zehnter hat diese Unterstellung wiederholt, obwohl ich ausdrücklich auf den Amtlichen Bericht verwiesen hatte, wonach ich im unmittelbaren Anschluß an die Behauptung, die Landwirte sollten sich mehr mit der wissenschaftlichen Seite des Betriebes befassen, erklärt habe, die Landwirte legen leider auf die Wissenschaft weniger Wert als auf Flur-

prozeffionen. Wie man daraus schließen kann, daß ich damit das religiöse Gefühl verletzt habe, verstehe ich nicht, und ich weise diesen Vorwurf zurück.

Dann hat der Herr Abg. Zehnter an meiner Ehrlichkeit zweifeln zu müssen geglaubt und zwar im Anschluß an eine Bemerkung, die ich über die Berichterstattung des Zentrums gemacht habe. Der Herr Abg. Zehnter hat zum Beweise dafür eine Notiz aus einer sozialdemokratischen Zeitung verlesen. Ich kann nur erklären, daß ich das, was vonseiten der sozialdemokratischen Zeitung geschehen ist, genau so entschieden verurteile wie dasjenige, was ich heute morgen verlesen habe.

Dann hat der Herr Abg. Zehnter auch erklärt, ich hätte am allerwenigsten Ursache dazu, mich darüber zu enttäuschen, denn an meiner Ehrlichkeit selbst ließe sich zweifeln; er hat das zwar nicht direkt gesagt, hat sich aber so ähnlich ausgesprochen, und hat auf ein norddeutsches Blatt verwiesen, worin gesagt sein soll, daß eine Rede, die ich hier gehalten habe, im „Volksfreund“ nicht wiedergegeben sei. Ich weiß nicht, ob das in einer norddeutschen Zeitung gestanden hat. Ich erinnere mich aber, daß das im „Schwäbischen Merkur“ gestanden hat, und zwar wurde diese Äußerung gebracht von einem Manne, der seit Jahren darauf ausgeht, mich zu verdächtigen und Zweifel an meiner politischen Ehrlichkeit hervorzurufen. Der Herr Abg. Zehnter hat absolut keine Ursache, mir gegenüber eine solche Bemerkung zu machen, ich weise sie zurück und werde das auch fernerhin tun. Ich darf aber doch, nachdem der Herr Abg. Zehnter diesen Vorwurf wiederholt hat, darauf verweisen, daß ich seit Jahren den Standpunkt, den ich seit Wochen hier in der Kammer mit aller Entschiedenheit verrete, in der ganzen Öffentlichkeit und auch in meiner Partei vertreten habe, und zwar selbst in einer Zeit, wo damit die Gefahr des Verlustes meiner Existenz verbunden war. Also der Vorwurf ist in keiner Weise berechtigt gewesen, und ich weise ihn zurück.

In der Einzelberatung ergreift Niemand das Wort.

Der Antrag der Budgetkommission:

Die Ausgaben in Titel XVI im ordentlichen Etat und im außerordentlichen Etat mit zusammen für zwei Jahre 1 862 060 M. und die Einnahmen in Titel VII im ordentlichen Etat und im außerordentlichen Etat mit zusammen für zwei Jahre 61 240 M. zu genehmigen,

wird einstimmig angenommen.

Die Anträge der Petitionskommission auf Zustimmung zu den beiden Anträgen der Abgg. Neuwirth und Gen., die Beschleunigung der Feststellung der Vergütung für die durch Truppenübungen entstandenen Flurschäden betr., und die Aenderung des Servistarifs, Beilage I zum Reichsgesetz vom 6. Juli 1904, durch Erhöhung der Quartiervergütung für Dienstpferde betr., werden gleichfalls angenommen.

Schluß der Sitzung gegen 9 Uhr abends.

